

Berichte und Jahresabschluss
der Bremer Landesbank
nach HGB zum 31. Dezember 2016

Inhalt

Berichte und Jahresabschluss der Bremer Landesbank nach HGB zum 31. Dezember 2016

Lagebericht der Bremer Landesbank	3
1 Grundlagen des Instituts	3
2 Wirtschaftsbericht	7
3 Prognose- und Chancenbericht	45
4 Risikobericht	49
5. Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen	99
Bericht des Aufsichtsrates	100
Bericht der Trägerversammlung	102
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016	104
Gewinn-und-Verlust-Rechnung	107
Anhang	108
1 Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und den Grundlagen für die Währungsumrechnung in Euro	108
2 Erläuterung der einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn-und-Verlust-Rechnung	120
3 Sonstige Angaben	127
4 Organe der Bremer Landesbank	149
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	155
Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	156
Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex	158
Impressum	164

Lagebericht der Bremer Landesbank

1 Grundlagen des Instituts

1.1 Ziele und Strategien

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – „BLB“ ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt und mündelsicher. Die BLB ist mit Niederlassungen an den beiden Oberzentren der Metropolregion Nordwest vertreten, in Oldenburg mit rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in Bremen mit rund 700. Die Region Nordwest ist ihr staatsvertraglich anerkanntes Geschäftsgebiet.

Bis zum 31. Dezember 2016 waren die NORD/LB mit 54,8343 %, das Land Bremen mit 41,2 %, und der Sparkassenverband Niedersachsen mit 3,9657 %, Träger der BLB. Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 sind sämtliche Anteile an der Bremer Landesbank an die NORD/LB übertragen worden. Somit ist die Bremer Landesbank eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der NORD/LB.

Im Zusammenhang mit der Übernahme aller Anteile an der BLB durch die NORD/LB haben die beiden Gesellschaften einen von ihren Trägern genehmigten Beherrschungsvertrag mit Verlustausgleichsanspruch abgeschlossen. Zusätzlich gibt es eine harte Patronatserklärung der NORD/LB für die BLB.

Bei der zuständigen Aufsichtsbehörde wurde am 19. Januar 2017 ein Antrag auf Nutzung eines Waivers nach § 2a (1) und (2) des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) i. V. m. Artikel 7 (1) CRR eingereicht. Mit Bewilligung des Antrages entfallen bestimmte Aufsichtsanforderungen an die Eigenmittelausstattung der BLB auf Einzelinstitutsebene. Der Antrag wurde am 31. März 2017 bewilligt.

Als ein wichtiges Unternehmen der NORD/LB-Gruppe wird die BLB in deren Konzernabschluss einbezogen und voll konsolidiert. Gleichzeitig erstellt die BLB einen eigenen Teilkonzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung.

Die BLB hat ihre strategischen Ziele in einem kundenorientierten Geschäftsmodell mit fünf strategischen Geschäftsfeldern sowie den ihnen zugeordneten zehn strategischen Geschäftseinheiten (SGEs) verankert. Die Bündelung von Kompetenzfeldern soll das Spezial-Know-how stärken und die Ausrichtung an Kundenbedürfnissen verbessern.

- **Firmenkunden**

Strategisches Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden ist es, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch kontinuierlich steigende Marktanteile zu unterlegen. Für die Kunden will das Geschäftsfeld als Spezialist auf Augenhöhe agieren und durch individuelle Beratung maßgeschneiderte Lösungen anbieten. Das Geschäftsfeld gliedert sich in die strategischen Geschäftseinheiten Corporates und Sozialimmobilien.

- **Privatkunden**

Strategischer Hauptfokus des Geschäftsfeldes Privatkunden ist die Positionierung als der führende Anbieter von Finanzdienstleistungen im Nordwesten für gehobene Privatkunden. Das Geschäftsfeld Privatkunden gliedert sich in die strategischen Geschäftseinheiten Private Banking und Privatkundenbetreuung auf.

- **Spezialfinanzierungen**

Die Spezialfinanzierungen umfassen die strategischen Geschäftseinheiten Refinanzierung von Mobilien-Leasing- und Factoringgesellschaften sowie Erneuerbare Energien mit den Teilsegmenten Windkraft, Photovoltaik und Biogas. Im NORD/LB-Konzern sind die Spezialfinanzierungen Bestandteil des Werttreibers Energie- und Infrastrukturkunden.

- **Schiffsfinanzierungen**

Der strategische Hauptfokus des Geschäftsfeldes Schiffsfinanzierungen mit seinem dominanten Portfolio liegt auf der konsequenten Fortsetzung der Restrukturierungsarbeit, verbunden mit einem signifikanten Portfolioabbau sowie der Neuausrichtung des Geschäftes.

- **Financial Markets**

Im Geschäftsfeld Financial Markets sind die SGEs Öffentliche Kunden (bisher Kommunen), Sparkassen und Institutionelle Kunden gebündelt. Strategisches Ziel ist die Festigung der regionalen Marktführerschaft in den betreffenden Märkten. Darüber hinaus ist Financial Markets mit dem Vertrieb von Handelsprodukten für Kunden anderer Geschäftsfelder (Produkt-SGE Sales Corporates) beauftragt. Außerdem werden Handels- und Treasury-Geschäfte betrieben.

BLB

Die BLB fungiert als Landesbank des Bundeslandes Bremen, ist das Spitzeninstitut der Sparkassen ihres Geschäftsgebietes in Niedersachsen und Bremen und darüber hinaus eine regional ausgerichtete Geschäftsbank mit überregionalem und selektivem internationalem Spezialgeschäft.

- Die Strategie und das Geschäftsmodell der BLB entsprechen sich.
- Regionale Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft, Landesbank und Sparkassenzentralbank.
- Besonderer Fokus liegt dabei auf der problemlösungsorientierten Beratung anspruchsvoller Kunden und der Förderung der Entwicklung des Wirtschaftsraumes Nordwest.

Die Steuerung der Geschäftsfelder erfolgt rentabilitätsorientiert. Für jedes Geschäftsfeld sind auf Basis geschäftsfeldbezogener Strategien Profitabilitätsziele festgelegt. Daneben kommt einer nachhaltig hohen Kapitalquote und einem entsprechend hohen Risikodeckungsgrad in der geschäftspolitischen Ausrichtung der Bank eine risikopolitisch wichtige Bedeutung zu. Infolge der nochmals verschärften Krise an den Schifffahrtsmärkten haben sich die Ziele zur Kapitalquote und zum Risikodeckungsgrad in 2016 nicht realisieren lassen. Es kam zu einer starken Belastung der Kapitalquoten mit einer gemäß der Ad-hoc-Meldung vom 9. März 2017 rückwirkenden Unterschreitung der aufsichtsrechtlichen Kernkapitalquote und einer nicht mehr gegebenen Risikotragfähigkeit. Aktuell steht für die Bank das Ziel der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalquoten absolut im Vordergrund.

Die Kreditpolitik ist in allen fünf Geschäftsfeldern grundsätzlich konservativ bzw. risikoavers ausgelegt. Dies dokumentiert sich in der konkreten Ausgestaltung der konzerninternen abgestimmten Risikostrategie und der Finanzierungsgrundsätze. Vor dem Hintergrund der nochmals verschärften Krise auf den Schifffahrtsmärkten entspricht die Kreditpolitik für das Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen in der Nachbetrachtung nicht der grundsätzlichen Ausrichtung.

Insgesamt hat das Geschäftsmodell der Bank durch die Konzentration auf das Kerngeschäft mit einer Vielzahl von Branchen in der Region Nordwest bei gleichzeitig selektiver Nutzung überregionaler und vereinzelter internationaler Marktchancen das Ziel eines ausgewogenen Rendite-Risiko-Verhältnisses.

Inhaltlich orientiert sich das Geschäftsmodell der BLB seit jeher am Leitsatz der Nachhaltigkeit. Als Regionalbank mit einer traditionell sehr starken Verbindung mit ihrer Heimatregion Nordwestdeutschland und den oft über Generationen hinweg andauernden Kundenbeziehungen basiert die strategische Positionierung maßgeblich auf Beständigkeit und Zuverlässigkeit, verbunden mit einem langfristigen Kundenbeziehungsansatz.

Für die Region, die Menschen, die Kunden und die Mitarbeiter ist die Bremer Landesbank ein langfristig denkender, verlässlicher Partner. Ziel ist es, durch vorausschauendes Agieren und eine institutserhaltende und langfristige Geschäftsstrategie einen dauerhaften Unternehmenserfolg der BLB und eine solide Gewinnerzielung und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Aus diesem Grund vereinigt die Bremer Landesbank in ihrem Verständnis von Nachhaltigkeit die Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales als integrale Bestandteile.

Zur Sicherstellung eines nachhaltig stabilen Geschäftsmodells verfolgt die BLB einen Portfolioansatz, in dessen Rahmen die Ertragsstruktur der Bank über alle strategischen Geschäftseinheiten laufend überprüft und optimiert wird.

Es wurde gemeinsam mit der NORD/LB ein Projekt initiiert, welches sich mit einem überschneidungsfreien Geschäftsmodell beider Banken, einem daran angepassten Betriebsmodell sowie der Arbeitshypothese einer Integration der BLB in die NORD/LB beschäftigt. Die Ergebnisse werden derzeit im Projekt erarbeitet und den Gremien beider Institute nach Finalisierung zur Entscheidung vorgelegt.

1.2 Gesamtbanksteuerung

Die risikoorientierte Rentabilitäts- und Produktivitätssteuerung der Bremer Landesbank obliegt dem Vorstand. Ziel dieser Steuerung ist die kurz- und mittelfristige Optimierung ihrer Rentabilität und Effizienz bei größtmöglicher Erlös- und Kostentransparenz. Die Gesamtbanksteuerung der Bremer Landesbank ist damit wert- und risikoorientiert ausgerichtet; neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen werden den Entscheidungsträgern wesentliche steuerungsrelevante Informationen bereitgestellt. Zentrale Steuerungsinstrumente der Bank bilden die Gewinn-und-Verlust-Rechnung (GuV) mit dem Hauptfokus auf das Jahresergebnis vor Steuern, die nach Geschäftsfeldern und Kostenstellen strukturierte Deckungsbeitragsrechnung, der Kostenarten- und der Monatsreport sowie der Risikotragfähigkeitsbericht (RTF) und aufsichtsrechtlich die harte Kernkapitalquote. Maßgebliche Größen der Rentabilitätssteuerung auf Gesamtbankebene sind die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity = RoE)¹ und die Cost-Income-Ratio (CIR)².

Die Gesamtbanksteuerung gewährleistet damit die simultane Betrachtung der extern und intern orientierten Steuerungskreisläufe.

Ausgangspunkt des Steuerungskreislaufs in der Bremer Landesbank ist der Strategie-Review durch den Vorstand und die zweite Führungsebene im Frühjahr eines jeden Jahres. Neben der Überprüfung der strategischen Ausrichtung der Bank werden im Rahmen eines Strategieworkshops künftige Handlungsfelder für die Gesamtbank und die Geschäftsfelder herausgestellt (im Rahmen des Beteiligungscontrollings sind zudem die wichtigen Tochtergesellschaften in den Planungs- und Steuerungsprozess des Konzerns einbezogen).

Aus den Ergebnissen des Strategieworkshops leiten sich die Top-down-Vorgaben für die Geschäftsfelder ab. Der sich anschließende Prozess der mittelfristigen Planung mit einem Fünfjahreshorizont findet seinen Abschluss in der Planungsklausur im Herbst eines jeden Jahres. Die finalen quantitativen Planwerte sind wesentliche Eingangsgrößen für den bankweiten Zielvereinbarungsprozess.

Dieser in sich geschlossene und etablierte Prozess der Unternehmenssteuerung, dessen integraler Bestandteil das Management von Chancen und Risiken inklusive des Monitorings von Zielerreichungsgraden ist, wird fortlaufend konzeptionell weiterentwickelt, das eingesetzte Instrumentarium wird kontinuierlich verfeinert.

¹ RoE: Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit abzgl. aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinne/

² CIR: Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen/(Zinsergebnis, Provisionsergebnis, Nettoertrag des Handelsbestands und sonstiges betriebliches Ergebnis).

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1 Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Weltwirtschaft und Ausblick 2017

Das Wachstum der Weltwirtschaft soll sich laut Berechnungen des IWF im laufenden Jahr 2017 auf 3,4% nach 3,1% in 2016 stellen. Das Jahr 2016 war geprägt und belastet von unerwarteten politischen Wendungen, unter ihnen das Votum für den Brexit als auch die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten.

Die Voraussetzungen für die Entwicklung der Weltwirtschaft sind im Jahr 2017 positiv. Die global verfügbare hohe Liquidität bei anhaltenden Niedrigzinsen setzt grundsätzlich unterstützende Impulse für die globale Konjunkturlage.

Die Wahl Donald Trumps hat nach der Unsicherheit im Vorwege der Wahl unmittelbar danach US-Wachstumshoffnungen geweckt, die in den Sentiment-Indikatoren seit Monaten deutlich ablesbar sind, jedoch noch nicht in den harten Fakten auftauchen.

Die politischen Risikoherde in der Ukraine und im Nahen Osten stellen unverändert latente Belastungsfaktoren dar. Darüber hinaus sind die Themen der anstehenden Wahlen in Kontinentaleuropa, vorrangig in Frankreich und voraussichtlich in Italien, belastend, da sie das Risiko in sich tragen, im Vorwege die Wahrnehmung der europäischen Reformfolge zu neutralisieren.

Die Wirtschaft der USA lieferte 2016 einen enttäuschenden Konjunkturpfad. Im Verlauf des Jahres nahm die öffentliche Verschuldung im Rahmen der Alimentierung der Konjunkturlage deutlich zu und stellte sich für das Gesamtjahr auf 5,6% des BIP (Quelle: US-Treasury). Der IWF unterstellt 2017 eine Expansion der US-Wirtschaftsleistung um 2,3% nach 1,6% in 2016.

Japans Wirtschaft konnte 2016 mit einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 0,9% nicht überzeugen. Für das Kalenderjahr 2017 unterstellt der IWF erneut eine unterproportionale Konjunkturlage mit einem Wachstum in Höhe von 0,8%.

Positive Akzente wurden und werden durch die Umsetzung des grenzübergreifenden Infrastrukturprojekts „One Belt – One Road“ unter Federführung Chinas gesetzt. Die damit verbundenen steigenden Rohstoffpreise wirken unterstützend auf die Wirtschaftslage der Produzentenländer. Damit nimmt das Wachstumstempo der aufstrebenden Länder deutlich zu. Der IWF unterstellt in 2017 ein Wachstum in diesem Segment der Weltwirtschaft in Höhe von 4,6% nach 4,1% in 2016.

Der anhaltende Umbau des chinesischen Wirtschaftsmodells von Produktion und Export zu einer stärker binnenwirtschaftlich geprägten Ökonomie wirkt unterschwellig dämpfend auf die Konjunkturlage. Gleichzeitig unterstützt der Infrastrukturaufbau im Rahmen des Projekts „One Belt – One Road“. Das Wachstum stellte sich laut IWF im Jahr 2016 auf 6,7 %. Für das laufende Jahr erwartet der IWF eine Expansion des BIP um 6,5 %.

Indien setzte 2016 mit einem Wachstum in Höhe von 6,6 %, ausgelöst durch die Einschränkung des Bargeldverkehrs, enttäuschende Akzente. Der IWF prognostiziert für 2017 ein Wachstum in Höhe von 7,2 %.

Brasiliens Wirtschaftsleistung enttäuschte 2016 erneut mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um 3,5 %. Regierungskrisen und Vertrauensverluste der Öffentlichkeit, basierend auf Korruption und Korruptionsvorwürfen, sind entscheidende Katalysatoren der Schwäche. Entspannung steht laut IWF 2017 auf der Agenda. Dabei spielen stabilisierte Rohstoffpreise, beispielsweise für Eisenerz, neben dem Bevölkerungswachstum eine nicht unwesentliche Rolle. Der IWF unterstellt eine Zunahme des BIP um 0,2 % im laufenden Jahr.

Russlands Wirtschaft bleibt zunächst auch 2017 von den Sanktionen des Westens betroffen. Die getroffenen Gegenmaßnahmen in Russland tragen Früchte. In der Folge prognostiziert der IWF im Jahr 2017 eine Expansion der Wirtschaftsleistung um 1,1 % nach –0,6 % in 2016.

Europa

Die Eurozone widersetzte sich 2016 der abnehmenden globalen Konjunkturdynamik. Das Wachstum der Eurozone ist im Gegensatz zu dem der USA maßgeblich von wiederkehrenden Einkommen bei rückläufiger öffentlicher Verschuldung (IWF-Prognose: 1,7 % des BIP in 2017) und sinkender Arbeitslosigkeit geprägt; Letztere sank auf den niedrigsten Stand seit 2009. Neben Deutschland tragen die erfolgreichen Reformländer Irland und Spanien die wirtschaftliche Expansion der Eurozone. Frankreich nimmt konjunkturell moderat Tempo auf. Im Verlauf des zweiten Halbjahres wurden die Wachstumsprognosen von 1,4 % auf 1,7 % revidiert. Für 2017 unterstellt der IWF eine Expansion des BIP um 1,6 %.

Deutschland

Die deutsche Wirtschaft reüssierte 2016 mit einem Wachstum in Höhe von 1,7 %. Der private und staatliche Konsum waren und bleiben neben einer erstarkenden Nachfrage aus der Eurozone die wesentlichsten Treiber der positiven Konjunkturlage. Für das laufende Jahr 2017 unterstellt der IWF eine Ausweitung der Wirtschaftsleistung um 1,5 %.

Finanzmärkte

Im abgelaufenen Jahr 2016 dominierte hohe Volatilität an den Finanzmärkten, die sich voraussichtlich im Jahresverlauf 2017 fortsetzen wird.

Die nervöse Haltung war und ist durch diverse Krisenherde forciert. Die unverändert destabilisierte Sicherheitslage in und um die Ukraine, fortgesetzte Instabilität im Nahen Osten, das Brexitvotum, die Wahlen in Kontinentaleuropa und vom Mainstream unerwartete Dynamikverluste der US-Konjunktur 2016 wirkten sich auf die Psychologie an den Finanzmärkten 2016 zwischenzeitlich belastend aus.

Der DAX kam zu Beginn des Jahres, ausgehend von circa 10.480 Punkten, unter starken Druck und befestigte sich 2016 von Tiefstkursen bei 8.700 Punkten im Februar in der Spitze unter zum Teil erheblichen Schwankungen auf 11.481 Punkten zum Jahresultimo. Im laufenden Jahr kam es zu einer Konsolidierung auf hohem Niveau in der Bandbreite von 11.410 – 11.893 Punkten.

Hinsichtlich einer unter historischen Gesichtspunkten unterproportionalen Bewertung und ansprechender Dividendenrenditen von derzeit circa 3% bei gleichzeitiger Repression am Zinsmarkt bietet der Aktienmarkt 2017 in Schwächephasen attraktive Investitionsmöglichkeiten.

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe markierte 2016 mit $-0,21\%$ einen historischen Tiefpunkt, um dann trotz der Aufkäufe der EZB am europäischen Anleihemarkt sukzessive zuzulegen. In der Spitze wurden zu Jahresbeginn 2017 Höchstrenditen im Umfeld von $0,50\%$ erreicht. Die Tendenz zu verstärktem Preisauftrieb ist zu Jahresbeginn 2017 ausgeprägt und wird sich im Jahresverlauf auf dem erhöhten Niveau verstetigen. Das liefert weiteren Raum für erhöhte Renditen bis in den Bereich von circa 1% am Kapitalmarkt für 10-jährige Bundesanleihen.

Die von der EZB etablierte Null- und Negativzinspolitik begrenzt jedoch grundsätzlich den Spielraum einer übermäßigen Zunahme der Renditen am Kapitalmarkt. Mehr noch impliziert die Vorfestlegung der EZB auf die Nullzinspolitik für 2017 eine steilere Zinskurve.

Der Euro konnte sich zu Jahresbeginn 2016 gegenüber den Hauptwährungen erfolgreich behaupten. Gegenüber dem USD wertete der Euro von Januar 2016 (1,08 USD) bis Anfang Mai (1,16 USD) auf. Insbesondere in der US-Vorwahlperiode und mehr noch im Gefolge der US-Wahl kam es zu einer spürbaren Abwertung des Euros bis in den Bereich von 1,03 gegenüber dem USD. Seither konsolidiert der Markt diese Euroschwäche in einer Seitwärtsbewegung.

Die ausgeprägte Politik monetärer Entspannung durch die EZB, gekoppelt mit zögerlichen Schritten in der US-Zinswende, einerseits wie auch die bisherige positive Performance der Konjunktur der Eurozone auch unter Qualitätsaspekten andererseits implizieren weitere Seitwärtsbewegung mit leicht positiven Vorzeichen zu Gunsten des Euros.

2.1.2 Region

Bremen und das Umfeld sind von unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen geprägt. Aus dieser Divergenz ergeben sich für die verschiedenen Regionen Bremen, Oldenburg und Emden in Teilen unterschiedliche Bewertungen und Betrachtungen bezüglich einzelner Branchen.

Die aktuellen Bewertungen in den drei Handelskammerbezirken zeigen einen grundsätzlich robusten Konjunkturverlauf, der aber bezüglich der Dynamik unterschiedlich ausgeprägt ist.

Bremen

Die bremische Wirtschaft mit hohem Exportanteil war 2016 laut der IHK Bremen auf einem branchenübergreifenden robusten Wachstumskurs. Nach einer vorübergehenden Eintrübung der Geschäftsaussichten, bedingt durch diverse Risiken (unter ihnen Brexitvotum, Türkeifragen, Russlandsanktionen und die potenzielle Handelspolitik Trumps), verbesserte sich das Konjunkturklima im vierten Quartal um fünf auf 111 Punkte und erreichte damit den Mittelwert der letzten zehn Jahre.

Auffällig ist dabei die Divergenz zwischen der positiven Beurteilung in der stadtbremischen Wirtschaft im Vergleich zu der leicht abgekühlten Situation in Bremerhaven, wo die Hafenvirtschaft eine bedeutende Rolle spielt.

Die Rahmenbedingungen werden als größtes Risiko wahrgenommen. Stabile Exportaussichten prägen dennoch das Bild. Im Bereich Beschäftigung steht Stabilität auf der Agenda. Das Investitionsklima ist leicht aufgehellt.

Das Konjunkturbild ist im Baugewerbe, in der Immobilienwirtschaft und im Einzelhandel gut. Das Verkehrsgewerbe zeigt sich leicht erholt, während die Erwartungen im Groß- und Außenhandel gedämpft sind. Der Dienstleistungssektor exklusive des Kreditgewerbes verzeichnet eine sehr gute Konjunkturlage.

Oldenburg

Die oldenburgische Wirtschaft schloss das Jahr 2016 erfolgreich ab. Die Sektoren Dienstleistung, Baugewerbe und Großhandel stachen positiv hervor. Dagegen zeigte sich eine leicht verhaltene Lage im industriellen Sektor, im Verkehrsgewerbe und im Einzelhandel.

Der regionale IHK-Konjunkturklimaindex sank seit Jahresbeginn 2016 von 114,1 auf zwischenzeitlich 109,1 Punkte, um im vierten Quartal auf 111,9 Zähler zuzulegen.

Die Erwartungshaltungen sind bezüglich der Binnennachfrage solide und trotz geopolitischer Risiken bei den Auslandsaufträgen zuversichtlich. Der Fachkräftemangel wird neben steigenden Rohstoffpreisen als Wachstumsrisiko klassifiziert.

Emden

Das Jahr 2016 lieferte ein robustes Bild im Bezirk der IHK Emden. Der Konjunkturklimateindex legte im vierten Quartal nach zwischenzeitlicher Schwäche um zehn Punkte auf 112 Zähler zu und erreichte damit sein langjähriges Mittel.

Übergreifend ergibt sich in den Feldern Industrie, Einzelhandel und Großhandel als auch dem Verkehrsgewerbe eine zunehmende Dynamik. Dagegen hat sich die Situation im Dienstleistungsgewerbe merklich eingetrübt.

Die Erwartungshaltungen zu Jahresbeginn fallen zurückhaltend positiv aus. Stabilisierte Aussichten im Auslandsgeschäft, eine positive Investitionsbereitschaft als auch eine unterschwellig positive Haltung zu weiterem Arbeitsplatzaufbau prägen das aktuelle Bild.

Kritisch fallen der Fachkräftemangel, die Entwicklung der Arbeitskosten und die allgemeinen Rahmenbedingungen ins Gewicht der Beurteilung.

2.1.3 Branche

Laut dem Monatsbericht der Deutschen Bundesbank zum Januar 2017 hat das Wirtschaftswachstum in Deutschland besonders im letzten Quartal 2016 deutlich an Fahrt gewonnen. Gestiegene Warenexporte und ein hoher Auftragseingang sorgten für ein deutliches Plus bei der Industrieproduktion. Auch der Bausektor und der private Konsum entwickelten sich im Jahr 2016 positiv.

Trotz des vorteilhaften gesamtwirtschaftlichen Umfelds ist das deutsche Bankensystem seit Längerem von einer strukturellen Ertragsschwäche geprägt, die sich insbesondere im Rückgang der Zinsspanne zeigt. Ursächlich ist ein intensiver Wettbewerb, der den Aufbau von Kapitalpolstern aus einbehaltenen Gewinnen erschwert, sowie Margenrückgänge aufgrund des Niedrigzinsumfeldes. Zudem haben sich auf einzelnen sektoralen Kreditmärkten beachtliche Risiken aufgebaut. Besonders betroffen von Ausfallrisiken sind hierbei im Hinblick auf die norddeutschen Landesbanken Schiffskredite. Wichtig für das deutsche Bankensystem als Ganzes ist darüber hinaus, dass sich im Niedrigzinsumfeld keine übermäßigen Risiken aus der Kreditvergabe für Wohnimmobilien in Deutschland aufbauen.

Die Situation der deutschen Finanzbranche wurde im Jahr 2016 weiterhin stark durch Entwicklungen im regulatorischen Umfeld beeinflusst. Im Rahmen des Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) wurde ein europaweit einheitliches Schema zur Beurteilung von bedeutenden Finanzinstituten geschaffen. Dieses Schema ist mit einer umfassenden Erhöhung der Anforderungen an die Banken in den Bereichen Geschäftsmodell, interne Kontrollsysteme, Risikotragfähigkeit und Liquiditätssteuerung verbunden. Neben stark erhöhten Eigenkapitalanforderungen und einem neuen Modell zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit eines Finanzinstituts ergeben sich zusätzliche Liquiditätsanforderungen sowie eine Vielzahl von Anpassungen in der Risiko- und Geschäftssteuerung.

Auch die Anforderungen an die Qualität der IT-Systeme haben sich bei europäischen Banken stark erhöht. Der Standard BCBS 239 (Basel Committee of Banking Supervisors) beispielsweise verlangt von den betroffenen Instituten erhebliche Anpassungen bei der Risikodatenhaltung, -auswertung und dem darauf basierenden Reporting.

Für nach internationaler Rechnungslegung bilanzierende Bankkonzerne finden in der Regel umfassende Projektaktivitäten im Hinblick auf die Umsetzung der Anforderungen aus dem ab 2018 anzuwendenden Standard IFRS 9 zur Bewertung von Finanzinstrumenten statt.

Darüber hinaus gibt es weitreichende Anforderungen der Bankenaufsicht an die IT-Sicherheit der Banken, die in zeit- und kostenintensiven Projekten umzusetzen sind.

Im Jahr 2016 wurden von der EZB direkt beaufsichtigte Bankgruppen einem europaweiten Bankenstresstest unterzogen, bei dem sie nachweisen mussten, in bestimmten Szenarien der gesamtwirtschaftlichen bzw. branchenbezogenen Entwicklung genügend Mittel zur Deckung von potenziellen Verlusten vorzuhalten.

2.1.4 Märkte

Nordwesten

Die einzelnen Branchen der Wirtschaft im Nordwesten zeigen eine unterschiedliche Entwicklung. Insgesamt gesehen ist die konjunkturelle Lage gut und die künftigen Aussichten werden positiv beurteilt. Investitionsbereitschaft ist vorhanden, aber vor dem Hintergrund der jüngeren Vergangenheit eher von hanseatischer Vorsicht geprägt, sodass der Finanzierungsbedarf der Unternehmen in der Region sich lediglich in überschaubarem Umfang bewegt. Leicht steigende Beschäftigung und Einkommen sorgen für eine grundsätzlich positive Beurteilung der Perspektiven bei den privaten Haushalten, die sich in stärkerem Konsum ausdrückt. Die vermögende Privatkundenklientel wird jedoch stark umworben und sucht aufgrund des niedrigen Zinsniveaus nach alternativen Anlagemöglichkeiten.

Schiffe

Der bereits im Vorjahr einsetzende Negativtrend in der Handelsschifffahrt spiegelte sich in dem Erreichen eines neuen Allzeittiefs des Baltic Dry Index im ersten Quartal wider. Die Verschrottungen wurden dabei zunächst durch die schlechte Einkommenssituation im Sektor begünstigt und zogen deutlich an. Mit einsetzender Erholung der Schüttgutbranche zur Jahresmitte verflachten die Abwrackaktivitäten jedoch etwas, sodass die im Vorjahr erzielten Höchststände von verschrotteten 30,6 Mio. dwt nicht übertroffen wurden. Dank einer verstärkten Eisenerznachfrage Chinas im vierten Quartal konnten die Ratenindizes einen Jahresendspurt hinlegen. Als positiver Aspekt ist die über das Jahr hinweg erkennbare anhaltende Orderzurückhaltung im Bulkersektor zu nennen.

Das Wachstum des Containersektors verlief 2016 wesentlich gebremster als noch im Vorjahr. Die Containerflotte stieg zwar nur um ca. 1,5%, überschritt aber die Marke von 20 Mio. TEU. Insbesondere die Eröffnung neuer Schleusen am Panamakanal führte zu deutlichen Verschiebungen in der Tonnagenachfrage. Infolge einer erneut schwachen Hauptsaison und einer generell ausbleibenden Nachfrage in Kombination mit wachsenden Kapazitäten fielen die Ratenniveaus teilweise unter die Betriebskosten. Die überraschende Insolvenz der koreanischen Hanjin-Reederei, eines der Top-Liner-Unternehmen, sorgte für zusätzliche Verwerfungen und beschleunigte Konsolidierungen im Markt. Dementsprechend nahm die Aufliegerflotte zu und erreichte mit annähernd 1,6 Mio. TEU gegen Ende 2016 einen neuen Höchststand. Im Containersektor stieg die Zahl der Verschrottungen in der zweiten Jahreshälfte parallel dazu signifikant. Mit insgesamt ca. 660.000 TEU wurde so viel Schiffsvolumen wie nie zuvor aus dem Markt genommen.

Leasing

Entsprechend dem gesamtwirtschaftlichen Umfeld in Deutschland herrscht in der Leasingbranche ein grundsätzlich positives Geschäftsklima in der Erwartung anhaltender und möglicherweise verstärkter Unternehmensinvestitionen. Die Bremer Landesbank ist gut positioniert, um Leasingunternehmen in diesem Marktumfeld zu begleiten.

Erneuerbare Energien

Mit der zurückliegenden Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) besteht nun wieder Sicherheit über die rechtlichen Grundsätze und das Förderungsregime für dieses Geschäftssegment. Trotz einer Anpassung von Vergütungssätzen sowie der Pflicht zur Direktvermarktung für die Betreiber großer Energieanlagen sind die erneuerbaren Energien weiter ein bedeutendes Wachstumssegment für die Bremer Landesbank. Die Bank kann sich in diesem Geschäftsfeld auf eine langjährige Erfahrung sowie auf eine bedeutende Marktposition stützen.

Sozialimmobilien

Das Marktumfeld des Segmentes „Sozialimmobilien“ ist in Folge der in den vergangenen Jahren neu geschaffenen Kapazitäten geprägt durch eine verstärkte Wettbewerbssituation. In neue Projekte wird aufgrund des schwierigeren Umfeldes derzeit lediglich verhalten investiert. Durch Übernahmen bestehender Betriebe nimmt der Konzentrationsprozess in der Branche zu. Gleichzeitig bewirkt dies eine Fortsetzung der Professionalisierung. Die politischen Diskussionen über das Thema Pflege führen zur Schaffung alternativer Angebote wie z. B. ambulant betreuter Wohngemeinschaften oder von Wohnen mit Service. Darüber hinaus ist ein Trend zum sogenannten Aufteilergeschäft – dem Vertrieb von Teileigentum an Investoren – zu verzeichnen.

2.1.5 Auswirkungen auf die Bremer Landesbank

Die vorstehend beschriebenen Entwicklungen haben unter Berücksichtigung einer zunehmend langsamer verlaufenden Globalisierung der Weltwirtschaft Einflüsse auf die geschäftliche Entwicklung der Bank:

Allgemeine Auswirkungen

- Die Entwicklung der Weltwirtschaft beeinflusst die globalen Warenströme und damit das Transportvolumen im Schifffahrtsbereich mit entsprechender Wirkung auf Charterraten und Marktpreise. Als Folge aus der Dauer der Krise auf den Schifffahrtsmärkten ergeben sich Auswirkungen auf die Höhe der Risikovorsorge der Bank.
- Die Stabilität der Eurozone – insbesondere der hoch verschuldeten Staaten im Süden Europas hat Auswirkungen auf den Kurs des Euro gegenüber anderen Währungen und damit einerseits auf die Exportchancen der Wirtschaft und andererseits auf die Bewertung von Wertpapieren und Credit Default Swaps (CDS). Insbesondere kann die Kursentwicklung des Euro zum USD eine wahrnehmbare Wirkung auf die Höhe der Kundenforderungen, die RWA und die Bilanzsumme, aber auch auf den Zinsüberschuss und die Risikovorsorge der Bank entfalten.
- Die Binnen- und regionale Konjunktur hat Auswirkungen auf die mittelständische Firmenkundschaft und deren Finanzierungsbedarf und damit auch auf das Kreditgeschäft der Bremer Landesbank.
- Das Zinsniveau beeinflusst einerseits die erzielbaren Margen im Kreditgeschäft, andererseits aber in Verbindung mit den erwarteten wirtschaftlichen Entwicklungen auch den Finanzierungsbedarf von Unternehmen und Privatpersonen im Geschäftsgebiet.
- Die Entwicklung der Aktienindizes – insbesondere des DAX – hat Auswirkungen auf das Verhalten von Privatkunden bei der Investition in Wertpapieren, Aktien und alternativen Investments und damit auch auf das Provisionsergebnis der Bremer Landesbank.

Spezifische Auswirkungen

- Die Ertragssituation der Bremer Landesbank war im Jahr 2016 vor allem durch die Auswirkungen der anhaltenden und sich weiter verschärfenden Krise der Handelsschifffahrt geprägt. Aufgrund der weiteren Verschlechterung der Marktsituation wurde die Risikovorsorge im Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen an die geänderten Ertragserwartungen angepasst. Durch die umfassende Erhöhung der Risikovorsorge wurde das Geschäftsjahr 2016 mit einem hohen Verlust abgeschlossen. Dieser führte auch zu einer Änderung der Eigentümerstruktur der Bremer Landesbank, welche vollständig von der NORD/LB übernommen wurde. In den übrigen Geschäftsfeldern konnten hingegen weiter Erfolge erzielt werden. So

konnte das Geschäft im durch starken Wettbewerb zwischen den Banken gekennzeichneten Segment der erneuerbaren Energien weiter ausgeweitet werden.

- Wie im Vorjahr hatten Änderungen bei der Struktur der Bankenaufsicht sowie regulatorische Vorgaben einen bedeutenden Einfluss auf die Kostensituation der Bank. Neben einer hohen Bindung an personellen Ressourcen sowie der Notwendigkeit zur Schaffung neuer IT-Systeme ist vor allem der Einfluss auf die Steuerung der Bank von großer Bedeutung.
- Auch die Anforderungen an die Qualität der IT-Systeme haben sich bei europäischen Banken stark erhöht. Im Rahmen des BCBS-239-Projekts setzt die Bremer Landesbank die geforderten Anpassungen bei der Risikodatenhaltung, -auswertung und dem darauf basierenden Reporting in einem mehrjährigen Prozess um. Weiterhin finden umfassende Projektaktivitäten im Hinblick auf die Umsetzung der Anforderungen aus IFRS 9 sowie die Umsetzung aufsichtlicher Anforderungen an die IT-Sicherheit statt. Die Bremer Landesbank stellt sich somit proaktiv den regulatorischen Anforderungen und hat bereits damit begonnen, ihre Prozesse zur Risiko- und Ertragssteuerung sowie ihre Systeme an die Anforderungen der Zukunft anzupassen.
- Im Jahr 2016 wurde die Bremer Landesbank als Tochterinstitut der NORD/LB einem europaweiten Bankenstresstest unterzogen, wobei der Gesamtkonzern unter regulatorischen Gesichtspunkten als stabil und ausreichend kapitalisiert betrachtet wird. Im zuletzt 2014 durchgeführten Bankenstresstest der europäischen Aufsichtsbehörden konnte die NORD/LB auch im adversen Szenario einer weltweiten Rezession eine hohe CET1-Kernkapitalquote aufweisen.

Konkretisierungen der Auswirkungen auf einzelne Komponenten der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage finden sich in den jeweiligen Unterabschnitten zur Lage des Instituts.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der Bremer Landesbank im Jahr 2016 wurde massiv durch die sich nochmals deutlich verschärfende Krise im Schifffahrtssegment beeinträchtigt. Das Schifffahrtssegment ist durch sinkende Wachstumsraten in den Schwellenländern, eine insgesamt eher verhaltene Entwicklung des Welthandels und ein bestehendes Überangebot an Transportkapazitäten kontinuierlich erheblichen Belastungen ausgesetzt. Dies äußert sich in einem weit überproportionalen Anstieg der Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2016, einer erheblichen Belastung der Eigenkapitalquoten sowie der fortgesetzten dringlichen Notwendigkeit, Engagements in diesem Segment konsequent zu restrukturieren und abzubauen.

In Ad-hoc-Mitteilungen gemäß § 15 WpHG bzw. Artikel 17 MAR vom 2. Juni und 23. November 2016 sowie vom 9. März 2017 hat die Bank auf erwartete respektive eingetretene hohe Wertberichtigungen für das Schiffsportfolio und damit einhergehende hohe Verluste für das Jahr 2016 hingewiesen.

Eine Folge der Entwicklung in 2016 war ein Downgrade durch eine Ratingagentur im Rahmen eines nicht beauftragten Ratings. Durch die Herabstufung ist es für die BLB zu Verunsicherungen bei Investoren und Refinanzierungspartnern gekommen, welche Einschränkungen im Kapitalmarktauftritt der Bank zur Folge hatten. Nach dem Vollzug der Komplettübernahme der BLB durch die NORD/LB hat die Ratingagentur das Langfrist-Rating der BLB am 10. Januar 2017 wieder angehoben.

Die im Jahresfinanzbericht 2015 abgegebene Prognose eines ausgeglichenen Ergebnisses hat sich in Folge der aufgezeigten Entwicklung in 2016 als nicht haltbar erwiesen.

Die Bank hat die im Rahmen des RWA³- und Shortfall⁴-Managements eingeleiteten Maßnahmen auch in 2016 fortgesetzt, um ihre Kapitalquoten zu stabilisieren. Dabei wurde unter anderem eine weitere synthetische Verbriefung begeben.

Aufgrund der weiteren Verschlechterung der Marktsituation im Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen wurde die Risikovorsorge an die geänderten Ertragserwartungen angepasst. Die unverändert gültigen Inputfaktoren zur Bewertung von Schiffsfinanzierungen wurden regelmäßig validiert und quantitativ angepasst. Eine nachhaltige Erholung des Schifffahrtssektors ist aufgrund hoher Überkapazitäten nach wie vor mit hoher Unsicherheit behaftet. Daher wird das Portfolio der Bremer Landesbank auch in der näheren Zukunft weiteren Belastungen aus der Risikovorsorge auf Schiffsfinanzierungen ausgesetzt sein. Auf Basis der Einschätzung sich mittelfristig erholender Charraten reduziert sich die jährlich erwartete Risikovorsorge deutlich.

Im Juni 2016 hatten sich die Träger der Bank vor dem Hintergrund der überproportional hohen Risikovorsorge auf das Schiffsportfolio der BLB und der damit einhergehenden Belastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel darauf verständigt, das Kapital der Bank in einem angemessenen Umfang intakt zu halten.

Ende August 2016 haben sich dann die Träger der Bremer Landesbank (BLB) darauf geeinigt, dass die BLB 100-prozentige Tochtergesellschaft der NORD/LB wird. Mit Wirkung vom 1. Januar 2017 haben die Freie Hansestadt Bremen (FHB) und der Sparkassenverband Niedersachsen (SVN) ihre Anteile an der BLB an die NORD/LB verkauft.

Der Druck auf die Kapitalquoten blieb im weiteren Jahresverlauf bestehen. Die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Kapitalanforderungen gemäß CRR sowie die Liquiditätsanforderungen gemäß LiqV und an die LCR wurden unterjährig eingehalten. Infolge der deutlich erhöhten Risikovorsorgeauf-

³ RWA: Risk-weighted Assets (Risikoaktiva).

⁴ Shortfall: Im Rahmen der COREP-Eigenmittelmeldung wird der sogenannte Expected Loss (erwarteter Verlust) aus Kreditengagements mit den bereits gebildeten Wertberichtigungen verglichen. Ergibt sich ein Überschuss der Expected Losses, dann spricht man von einem sogenannten Shortfall.

wendungen waren letztlich die Mindestanforderungen an die Kernkapitalquote gemäß Ad-hoc-Meldung vom 9. März 2017 rückwirkend zum Jahresende nicht mehr erfüllt. Ebenso war die Risikotragfähigkeit nach § 25a KWG i. V. m. den MaRisk in der ökonomischen Going-Concern-Betrachtung (Säule II) zum Jahresende 2016 nicht mehr gegeben. Zusätzlich ergaben sich Großkreditüberschreitungen gemäß CRR. Aus dem erheblichen Verlust im Geschäftsjahr 2016, der Unterschreitung der gesetzlichen Mindest-Kernkapitalquote und der nicht mehr gegebenen Risikotragfähigkeit resultieren bestandsgefährdende Tatsachen. Diese wurden der Aufsicht durch den Abschlussprüfer gemäß § 29 Abs. 3 Satz 1 KWG angezeigt.

Im Zusammenhang mit der Übernahme aller Anteile an der BLB durch die NORD/LB haben die beiden Gesellschaften einen von ihren Trägern genehmigten Beherrschungsvertrag mit Verlustausgleichsanspruch abgeschlossen. Zusätzlich gibt es eine harte Patronatserklärung der NORD/LB für die BLB.

Bei der zuständigen Aufsichtsbehörde wurde am 19. Januar 2017 ein Antrag auf Nutzung eines Waivers nach § 2a (1) und (2) des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) i. V. m. Artikel 7 (1) CRR eingereicht. Mit Bewilligung des Antrages entfallen bestimmte Aufsichtsanforderungen an die Eigenmittelausstattung der BLB auf Einzelinstitutsebene.

Aufgrund des hohen Jahresfehlbetrages der BLB ergab sich die Notwendigkeit einer Barkapitalerhöhung im Umfang von 400 Mio. €, die mit Wirkung vom 21. März 2017 durchgeführt wurde. Dadurch wurde die Kapitalrücklage der Bank gestärkt und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten sowie die Großkreditobergrenzen wurden wieder entlastet.

Eine Erhöhung der im Jahr 2016 originierten synthetischen Verbriefung im Laufe des ersten Halbjahres 2017 soll darüber hinaus für eine Entlastung der aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten sorgen.

Die nachhaltige Einhaltung der Kapitalquoten und der Risikotragfähigkeit hängt insbesondere von der Genehmigung eines Waivers zwischen NORD/LB und Bremer Landesbank ab. Für den Fall einer Verzögerung oder Ablehnung des Antrags seitens der Aufsicht liegt ein Beschluss für genehmigtes Kapital in Höhe von 200 Mio. € vor, sodass weitere Mittel kapitalstärkend eingesetzt werden könnten.

Der Fortbestand des Instituts hängt von der planungsgemäßen Umsetzung der oben dargestellten Maßnahmen zur Entlastung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf Ebene der Bremer Landesbank ab.

Nach Aussage der Träger vom 31. August 2016 soll die BLB als aktives, wertvolles Mitglied der NORD/LB-Gruppe erhalten bleiben. Der Sitz der Bank bleibt Bremen. Der Standort Oldenburg bleibt bestehen. Eine bisher von der BLB gehaltene Beteiligung an einem wichtigen Unternehmen mit Bezug zum Bundesland wurde mit Wirkung Anfang 2017 an die FHB übertragen.

Es wurde gemeinsam mit der NORD/LB ein Projekt initiiert, welches sich mit einem überschneidungsfreien Geschäftsmodell beider Banken, einem daran angepassten Betriebsmodell sowie der Arbeitshypothese einer Integration der BLB in die NORD/LB beschäftigt. Die Ergebnisse werden

derzeit im Projekt erarbeitet und den Gremien beider Institute nach Finalisierung zur Entscheidung vorgelegt.

2.3 Lage des Instituts

2.3.1 Ertragslage

Die Ertragslage der Bank hat sich im Jahr 2016 vor dem Hintergrund der außerordentlich hohen Risikovorsorge für das Segment Schiffsfinanzierungen wie in den Ad-hoc-Mitteilungen angekündigt ungenügend entwickelt.

Zinsergebnis

Unter Zinsergebnis versteht die Bank den Saldo aus Zinserträgen und -aufwendungen inklusive der laufenden Erträge aus Wertpapieren des Nichthandelsbestandes, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie der Erträge aus Gewinnabführungsverträgen.

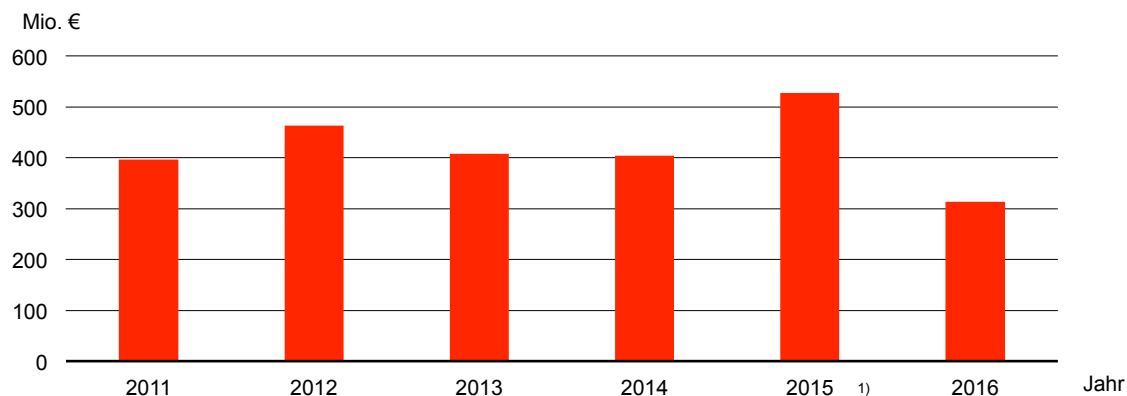
Für das Zinsergebnis hatte die Bank prognostiziert, dass es sich im Berichtsjahr nach Wegfall der Sondereffekte aus dem Vorjahr auf insgesamt niedrigerem Niveau bewegen würde.

Das Zinsergebnis reduzierte sich insbesondere bedingt durch den Wegfall der Sondereffekte – hier sind vor allem positive Effekte aus Maßnahmen zur Risikosteuerung und Gewinnabführungen von Tochtergesellschaften anzuführen – um 41 % von 527 Mio. € auf 313 Mio. €. Die aus dem operativen Geschäft mit Kunden der Bank erzielten Beiträge verblieben trotz intensiven Wettbewerbsdrucks auf einem robusten Niveau, wenngleich sich der strategiekonforme Abbau des Portfolios im Bereich der Schiffsfinanzierungen auch durch rückläufige Zinserträge bemerkbar machte. Das anhaltend niedrige Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt wirkte zudem insgesamt belastend auf das Zinsergebnis der Bank. Negativzinsen wirkten sich bisher insgesamt nicht signifikant aus.

Wesentliche Beiträge im kundenorientierten Geschäft lieferten wie bisher die Segmente Schiffs- und Spezialfinanzierungen sowie Firmenkunden. Der Anteil von Schiffsfinanzierungen am Zinsergebnis ist deutlich rückläufig. Die Geschäfte im Bereich Erneuerbare Energien konnten annähernd das hohe Vorjahresniveau erreichen, während das Zinsergebnis mit der regionalen Firmenkundschaft und mit institutionellen Kunden eine leicht rückläufige Tendenz zeigten.

Im kommenden Jahr wird für das Zinsergebnis zumindest eine Stabilisierung auf dem erreichten Niveau angestrebt.

Jahresvergleich Zinsergebnis:



¹⁾ 2015: inklusive Sondereffekten.

Provisionsergebnis

In der Prognose hatte die Bank bei Fortbestehen der aktuellen Rahmenbedingungen ein niedrigeres Niveau des Provisionsergebnisses unterstellt.

Das Provisionsergebnis hat sich um 38 % von 39 Mio. € auf 24 Mio. € verringert. Operativ haben sich die traditionellen Kernelemente analog der Prognose aus dem Vorjahr weitgehend stabil fortentwickelt. Die beiden in den Geschäftsjahren 2015 und 2016 zur Stabilisierung der aufsichtsrechtlichen Kernkapitalquote durchgeführten Verbriefungstransaktionen und Avalierungen haben aufgrund der zu zahlenden Provisionen jedoch eine signifikante Reduzierung des Provisionsüberschusses bewirkt.

Die Erträge aus Avalprovisionen waren im Hinblick auf die vorgenannten Garantieprovisionen rückläufig. Die operativen Erträge aus dem traditionellen Avalgeschäft konnten hingegen sogar gesteigert werden.

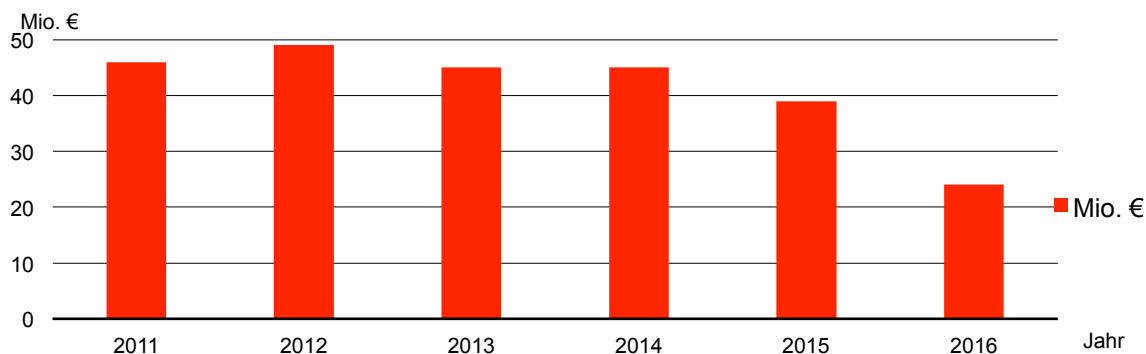
Einer spürbaren Steigerung der Nettoerträge aus dem Wertpapiergeschäft steht ein Rückgang der Provisionen aus dem Auslandszahlungsverkehr in geringerer Größenordnung gegenüber. Die Erträge aus Kreditprovisionen haben sich moderat unter dem Niveau des Vorjahres eingependelt.

Das Ergebnis aus Vermittlungsprovisionen war im Jahr 2015 durch den einmaligen Aufwand im Zusammenhang mit der Platzierung einer Anleihe zur Stärkung des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals geprägt. Durch den Wegfall dieses Effektes im Geschäftsjahr 2016 war eine deutliche Verbesserung des Vermittlungsergebnisses möglich.

Alle übrigen Komponenten, z. B. aus dem Inlandszahlungsverkehr, der Kontoführung und dem Sortengeschäft haben sich in Summe stabil fortentwickelt.

Im Jahr 2017 wird durch die volle Aufwandswirksamkeit der beiden Verbriefungstransaktionen weiterhin eine leicht rückläufige Tendenz erwartet.

Jahresvergleich Provisionsergebnis:



Nettoertrag des Handelsbestandes

Für das Handelsergebnis hatte die Bank für das Jahr 2016 unverändert gute Chancen gesehen, auf deutlich reduziertem Niveau erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren.

Der Nettoertrag des Handelsbestandes des Jahres 2016 hat sich gegenüber dem Vorjahr von 21 Mio. € um 7 Mio. € auf 14 Mio. € verringert.

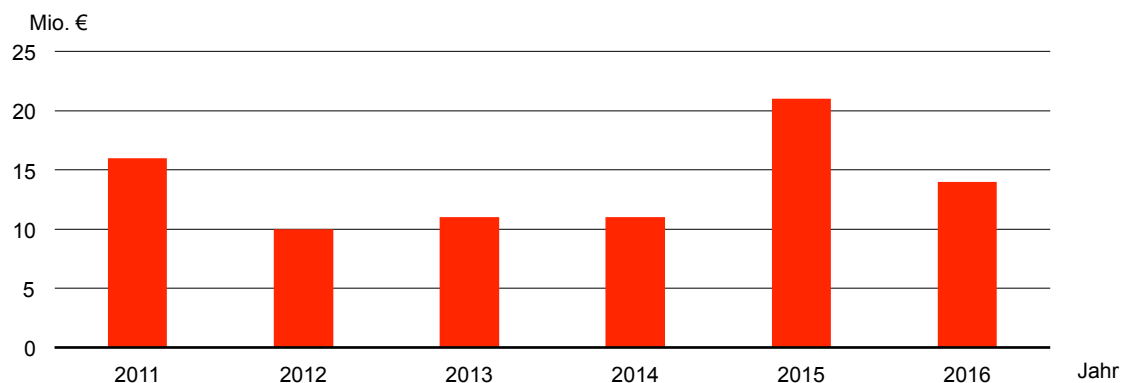
Das Handelsgeschäft der Bremer Landesbank ist kundeninduziert oder dient zur Absicherung von im traditionellen Bankgeschäft eingegangenen Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisiken. Unter diesen selbst gegebenen Rahmenbedingungen konnte die Bank auch im vergangenen Jahr erfolgreich auf den Geld- und Kapitalmärkten agieren. Der Nettoertrag des Handelsbestandes ist insgesamt deutlich positiv.

Durch Neuabschlüsse im Kundengeschäft und aktives Management der daraus resultierenden Positionen konnte im Berichtsjahr ein positiver Effekt in Höhe von 4,9 Mio. € (Vorjahr: 7,5 Mio. €) im Nettoergebnis des Handelsbestands erzielt werden. Analog zum Vorjahr stellte sich im Devisenergebnis ein positiver Ergebnisbeitrag von 6,5 Mio. € (Vorjahr: 7,3 Mio. €) ein. Aufgrund eines gesunkenen Zinsniveaus im Berichtsjahr steuerten Wertpapiere des Handelsbestandes ein Ergebnis in Höhe von 2,7 Mio. € (Vorjahr: –0,3 Mio. €) bei. Den Gewinnen aus Wertpapieren des Handelsbestands stehen aufgrund der Zinsabsicherung kompensatorische Effekte aus Derivaten gegenüber. Aus dem Rückgang des Abschlags für Kontrahentenausfallrisiken im Berichtsjahr resultiert ein Bewertungsgewinn von 2,6 Mio. € (Vorjahr: 5,0 Mio. €).

Der Risikoabschlag für positive Marktwerte bzw. der entsprechende Risikozuschlag für negative Marktwerte von Handelsprodukten und der für Ausschüttungen gesperrte sogenannte Risikopuffer haben das Nettoergebnis des Handelsbestandes im Jahr 2016 um insgesamt –1,0 Mio. € (Vorjahr: +0,4 Mio. €) belastet.

Das Nettoergebnis des Handelsbestandes ist aufgrund der kurzfristigen Natur der Geschäfte und der Marktschwankungen volatil und entsprechend schwer zu prognostizieren. In ihren Planungen geht die Bank jedoch unverändert von guten Chancen aus, auch in 2017 erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren und ein stabiles Handelsergebnis auf dem Niveau der Vorjahre zu erwirtschaften.

Jahresvergleich Nettoertrag des Handelsbestandes:



Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen in Höhe von rund 12 Mio. € hat sich gegenüber 2015 (-2 Mio. €) um 14 Mio. € verbessert. Nachfolgend beschriebene Sondereffekte hatten erhebliche Auswirkungen auf das sonstige betriebliche Ergebnis.

Im Prognosebericht des Jahres 2015 war die Bank wegen des Wegfalls von Sondereffekten von einem deutlich geringeren Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen ausgegangen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich insgesamt auf 9 Mio. € nach 27 Mio. € im Vorjahr. Nachdem im Vorjahr der Großteil der Pensionsverpflichtungen auf die Unterstützungseinrichtung übertragen wurde, werden dort in den Pensionsrückstellungen enthaltene Zinsaufwendungen von rund 2 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €) ausgewiesen. Außerdem sind Aufwendungen für den einmaligen Effekt aus der Veräußerung einer Beteiligung in Höhe von rund 4 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) sowie weitere Rückstellungsbildungen und Aufwendungen für Buchwertabgänge von insgesamt 2 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) enthalten. Im Vergleich zum Vorjahr (-6 Mio. €) besteht ein neutrales Ergebnis aus gemäß BFA4 auf das Anlagebuch entfallenden Bewertungseffekten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind von 25 Mio. € auf 21 Mio. € gesunken. Hierin enthalten sind insgesamt auf Vorjahresniveau angefallene Erträge aus der Auflösung von anderen Rückstellungen sowie Grundstückserträge, Umsatzsteuererstattungen und Kostenerstattungen von Kunden. Die Ursache für die Reduzierung resultiert hauptsächlich aus im Jahr 2016 angefallenen Erträgen in Höhe von 9 Mio. € (Vorjahr: 18 Mio. €) aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen im Zusammenhang mit dem im Vorjahr durchgeführten Wechsel des Durchführungsweges bei wesentlichen Teilen der Versorgungsverpflichtungen der Bremer Landesbank aus betrieblicher Altersversorgung auf die Unterstützungseinrichtung der Bank. Demgegenüber steht eine Erhöhung von Zinserträgen für sonstige Rückstellungen von 3 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €), die im Zusammenhang mit der Veränderung des Diskontierungzinssatzes für Pensionsrückstellungen sowie der Abzinsung für Restrukturierungsrückstellungen stehen.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen lässt sich nur schwer planen.

Verwaltungsaufwendungen

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen haben sich von 170 Mio. € um 22 Mio. € bzw. 13 % auf 192 Mio. € erhöht.

Im Jahresabschluss 2015 wurde für das Jahr 2016 ein deutlicher Anstieg der Personalaufwendungen erwartet.

Die Personalaufwendungen betragen im Jahr 2016 rund 86 Mio. € und liegen damit anders als erwartet um 1 % bzw. rund 1 Mio. € leicht unter Vorjahresniveau. Laufende Zahlungen haben sich tarifbedingt und aufgrund von Einmalzahlungen an ausgeschiedenes Personal leicht erhöht. Dagegen sind Aufwendungen für die Abschlussvergütung aufgrund der Ergebnissituation der Bank im Vergleich zum Vorjahr weitestgehend weggefallen.

Für die anderen Verwaltungsaufwendungen wurde im Rahmen des letzten Jahresabschlusses aufgrund von Großprojekten ein spürbarer Anstieg prognostiziert.

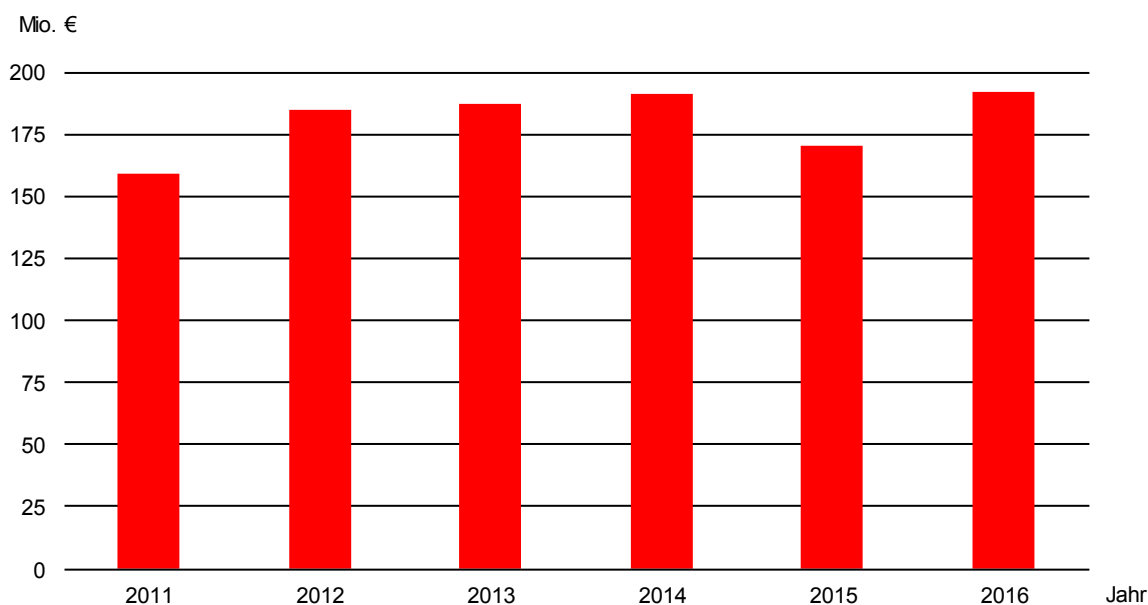
Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind mit 106 Mio. € stärker als erwartet um 23 Mio. € gestiegen (Vorjahr: 83 Mio. €).

Projektbedingt in 2016 stark angestiegene Beratungsaufwendungen sowie Erhöhungen im Bereich der Informationstechnologie sind als wesentliche Kostentreiber zu nennen. Des Weiteren stiegen die anderen Verwaltungsaufwendungen durch den höheren Aufwand für die Bankenabgabe von 10 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €).

Dagegen fällt der Aufwand für die EU-Einlagensicherung in 2016 mit dem Gesamtjahresbeitrag von 7 Mio. € um 1 Mio. € niedriger aus als der zum Vorjahresstichtag angefallene Aufwand von 8 Mio. €. Aufgrund der Mitgliedschaft der Bank in der institutsbezogenen Sicherheitsreserve der Landesbanken und Girozentralen sowie aufgrund der Bankenabgabe können im Fall von Entschädigungs- und Unterstützungsmaßnahmen, die zu einer Unterdotierung dieser Einrichtungen führen, auch von der Bremer Landesbank Sonderzahlungen eingefordert werden. Ob und in welcher Höhe es zu derartigen Zahlungen kommen wird, ist auch aufgrund der Berechnungsmethodik, die auch auf eine relative Entwicklung institutsspezifischer Parameter im Vergleich zur Branche abstellt, derzeit nicht absehbar. Derartige Zahlungsverpflichtungen können jedoch grundsätzlich zu einer Belastung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Bank führen.

Für das Jahr 2017 wird eine Seitwärtsbewegung der Personalaufwendungen erwartet. Die anderen Verwaltungsaufwendungen werden auch in 2017 weiterhin durch Großprojekte beeinflusst. Dennoch erwartet die Bank im kommenden Jahr einen leichten Rückgang.

Jahresvergleich Verwaltungsaufwendungen:



Abschreibungen und Wertberichtigungen

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen betragen 7 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €).

Das Bewertungsergebnis im Kredit- und Wertpapiergeschäft und aus den Beteiligungen der Bremer Landesbank hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verschlechtert und beläuft sich auf einen Aufwandssaldo von 1.549 Mio. € (Vorjahr: 397 Mio. €).

Im Lagebericht des Jahres 2015 war die Bank für die Risikovorsorge im Schiffsbereich auf Basis von sich allmählich erholenden Charterraten von langsam sinkenden Aufwendungen ausgegangen. Sie hatte jedoch aufgrund eines sich möglicherweise verschlechternden weltwirtschaftlichen Umfelds weiterhin Belastungen aus dem Schifffahrtssegment erwartet und hatte angegeben, dass Abweichungen von den im Schifffahrtsbereich unterstellten Bewertungsparametern (z. B. eine weitere Verzögerung der Markterholung) sowie die Verwertung bzw. der Abbau von notleidenden Schiffsfinanzierungen weiterhin erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Risikovorsorge bewirken könnten.

Die Geschäftsentwicklung der Bremer Landesbank im Jahr 2016 wurde massiv durch die Krise im Schifffahrtssegment beeinträchtigt. Das Schifffahrtssegment ist durch sinkende Wachstumsraten in den Schwellenländern, eine insgesamt eher verhaltene Entwicklung des Welthandels und ein bestehendes Überangebot an Transportkapazitäten kontinuierlich erheblichen Belastungen ausgesetzt. Dies äußert sich in einem weit überproportionalen Anstieg der Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2016 sowie der fortgesetzten dringlichen Notwendigkeit, Engagements in diesem Segment konsequent zu restrukturieren und abzubauen.

Im Berichtsjahr wurde aufgrund der weiteren Verschlechterung der Marktsituation im Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen die Risikovorsorge an die geänderten Ertragserwartungen angepasst. Die unverändert gültigen Inputfaktoren zur Bewertung von Schiffsfinanzierungen wurden regelmäßig validiert und quantitativ angepasst, um die weiter anhaltende Krise der Handelsschifffahrt voll zu reflektieren. Dies hat neben echten Ausfällen zu einer weit überproportionalen Erhöhung der Risikovorsorge geführt. Die vorgenommenen Anpassungen der Inputfaktoren stehen nicht im Zusammenhang mit der Änderung der Erhebungspläne bzw. einem Strategiewechsel des Managements der Bank, sondern sind Folge von geänderten Einschätzungen der künftigen Entwicklung im Schifffahrtssektor.

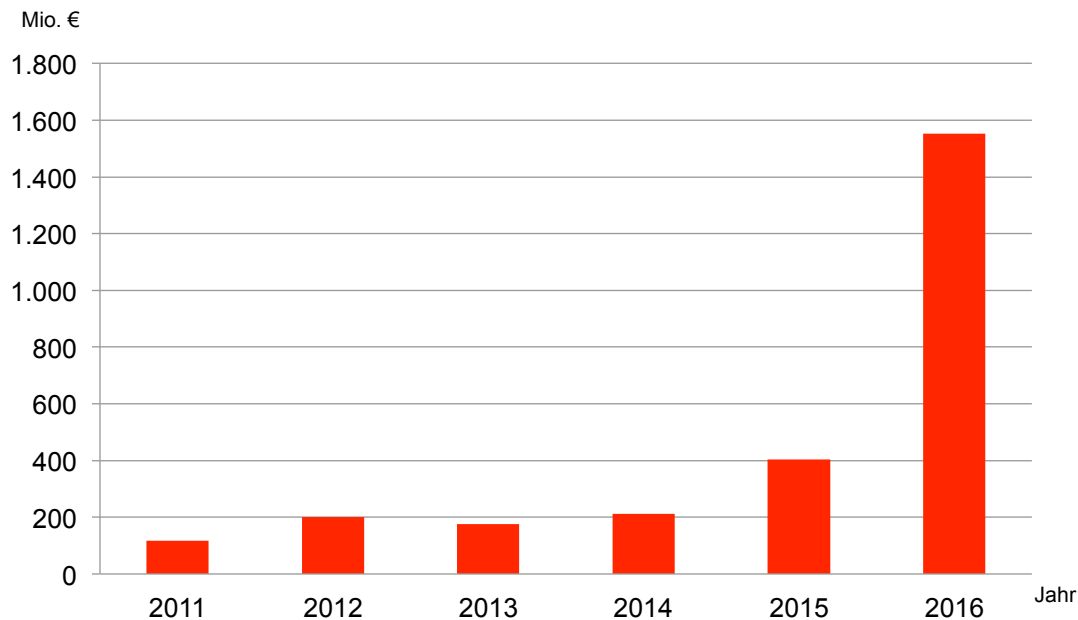
Leichte Erholungstendenzen bei Fracht- und Charraten in der Vergangenheit erwiesen sich als nicht nachhaltig. Kurzfristige Angebotsverknappung wird schnell wieder durch weiterhin bestehende Überkapazitäten kompensiert. Aufliegerzahlen haben sich nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Neubauaktivitäten weisen insgesamt eine Beruhigung auf, sodass bei zukünftig zunehmenden Verschrottungen alter und nicht mehr energieeffizienter Tonnage mittelfristig Marktgleichgewichte wieder in Reichweite kommen können und der ratschädliche Verdrängungswettbewerb abnimmt. Das relativ kleine Tankersegment hat sich nach vergleichsweise positivem Verlauf wieder abgeschwächt, Multipurpose-Schiffe und insbesondere Bulkcarrier sind weiter auf niedrigem Niveau. Die größeren Containerschiffe bleiben unter erheblichem Druck – dies gilt auch vor dem Hintergrund der Erweiterung des Panamakanals und der diesbezüglichen Verschiebung nachgefragter Größenklassen. Kleinere Einheiten im Containersegment – Hauptteil des BLB-Containerportfolios – können sich auf niedrigem Niveau relativ gut behaupten, da hier seit längerem Neubauaktivitäten sehr verhalten sind und moderne Tonnage in der Nische gefragt ist. Auf der Tonnage-Nachfrageseite wird kurzfristig trotz verhalten positiver Signale aus China keine spürbare Konjunkturerholung gesehen.

Eine nachhaltige Erholung des Schifffahrtssektors ist aufgrund hoher Überkapazitäten nach wie vor mit hoher Unsicherheit behaftet. Daher wird das Portfolio der Bremer Landesbank auch in der näheren Zukunft weiteren Belastungen aus der Risikovorsorge auf Schiffsfinanzierungen ausgesetzt sein. Auf Basis der Einschätzung sich mittelfristig erholender Charraten reduziert sich die jährlich erwartete Risikovorsorge deutlich. Abweichungen von den im Schifffahrtsbereich unterstellten Bewertungsparametern (z. B. eine weitere Verzögerung der Markterholung) sowie die Verwertung bzw. der Abbau von notleidenden Schiffsfinanzierungen können weiterhin erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Risikovorsorge bewirken. Für die Einschätzungen der künftigen Entwicklung der Schifffahrt nutzt die Bank externe Prognosen des Bewertungssachverständigen Weselmann sowie der führenden Marktforschungsinstitute Marsoft und MSI.

Auf den Bestand an Wertpapieren der Liquiditätsreserve mussten im vergangenen Jahr Wertkorrekturen in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €) vorgenommen werden. Dagegen stehen gleich hohe Zuschreibungen (Vorjahr: 0 Mio. €) sowie realisierte Nettoerträge aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €).

Im Jahr 2016 ergab sich aus der Veräußerung von Beteiligungen ein Ergebnisbeitrag in Höhe von 3 Mio. €. Im Jahr 2015 war das Ergebnis der Bank durch eine Beteiligungstransaktion und eine Verlustübernahme in Höhe von rd. 4 Mio. € beeinflusst worden.

Risikovorsorgeaufwendungen:



Fonds für allgemeine Bankrisiken

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, der aufsichtsrechtlich dem harten Kernkapital zuzurechnen ist, beläuft sich auf 0 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2016 wurden dem Fonds – 589 Mio. € zum partiellen Ausgleich des durch die Risikovorsorge getriebenen Jahresfehlbetrages entnommen.

Dagegen wurden dem Fonds gemäß § 340e Abs. 4 HGB 10% der Nettoerträge des Handelsbestandes eines separaten, ausschüttungsgesperrten Unterpostens nach § 340g HGB zugeführt. Die Zuführung in 2016 betrug 2 Mio. € (Vorjahr: Reduktion um 1 Mio. €).

Insgesamt beträgt der Fonds für allgemeine Bankrisiken nun 8 Mio. € (Vorjahr 596 Mio. €).

Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit des Jahres 2016 beträgt –796 Mio. € nach 9 Mio. € im Vorjahr.

Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis beträgt im Jahr 2016 rund –43 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €).

Wesentlicher Einflussfaktor war die Bildung einer Rückstellung für Restrukturierungszwecke in Höhe von 37 Mio. €, welche die bis zum Jahre 2020 erwarteten Aufwendungen für die Neuausrichtung der Bank abdecken soll.

Im Jahr 2016 wurden für die Umstellungseffekte aus Pensionsrückstellungen gemäß Bilanzmodernisierungsgesetz (BilMoG) außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €) erfasst.

Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr resultiert außer aus der Bildung einer Restrukturierungsrückstellung aus einem im Vorjahr im Rahmen gesellschaftsrechtlicher Maßnahmen realisierten Buchgewinn in Höhe von 10 Mio. € (Anwachsung Vermögen der 100-prozentigen Tochtergesellschaft BLB Grundbesitz KG).

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Aufgrund des in 2016 erzielten Verlustes und unter Berücksichtigung von steuerlichen Ergebnisanpassungen der Vorjahre hat die Bremer Landesbank einen Steuerertrag von 2 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. € Steueraufwand) erzielt.

Jahresergebnis und Ergebniserwartung

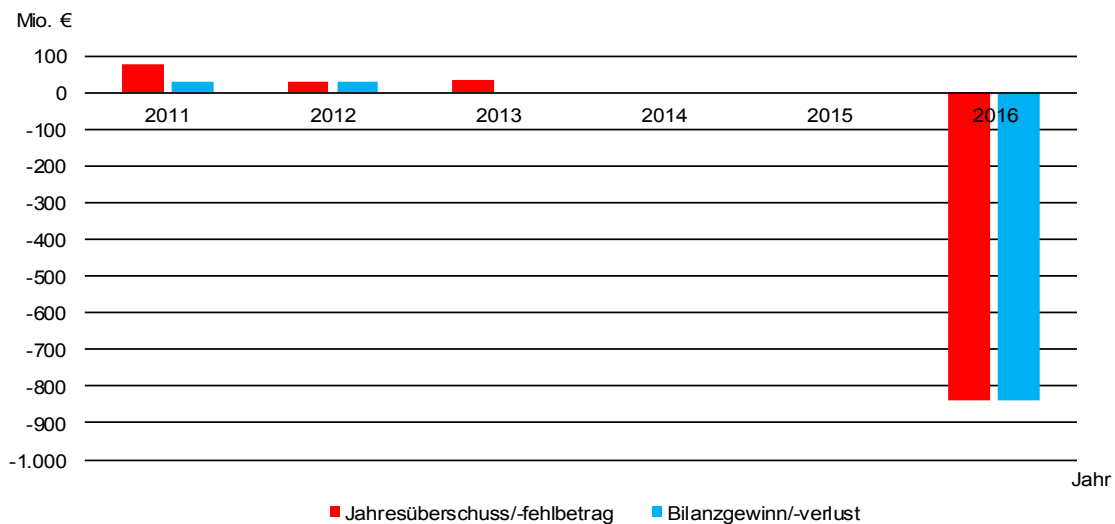
Für das Jahr 2016 hatte die Bank erneut ein ausgeglichenes Ergebnis prognostiziert.

Der Jahresfehlbetrag 2016 beläuft sich auf –837 Mio. € nach einem ausgeglichenen Ergebnis (0 Mio. €) Ende 2015. Das negative Ergebnis ist die Folge der besonderen Risikosituation im Schiffportfolio und der damit verbundenen außergewöhnlich hohen Risikovorsorge. Der Jahresfehlbetrag wurde komplett auf neue Rechnung vorgetragen.

Im Zusammenhang mit der Übernahme aller Anteile an der BLB durch die NORD/LB wurde ein Beherrschungsvertrag mit Verlustausgleichsanspruch abgeschlossen.

Nach den Einschätzungen der Bank wird sich wegen weiter hoher Risikovorsorgeaufwendungen im Jahr 2017 das Ergebnis zwar deutlich verbessern, ein Verlust in unterer dreistelliger Millionenhöhe kann dennoch möglich sein.

Vergleich Jahresergebnis und Bilanzgewinn:



2.3.2 Finanz- und Vermögenslage

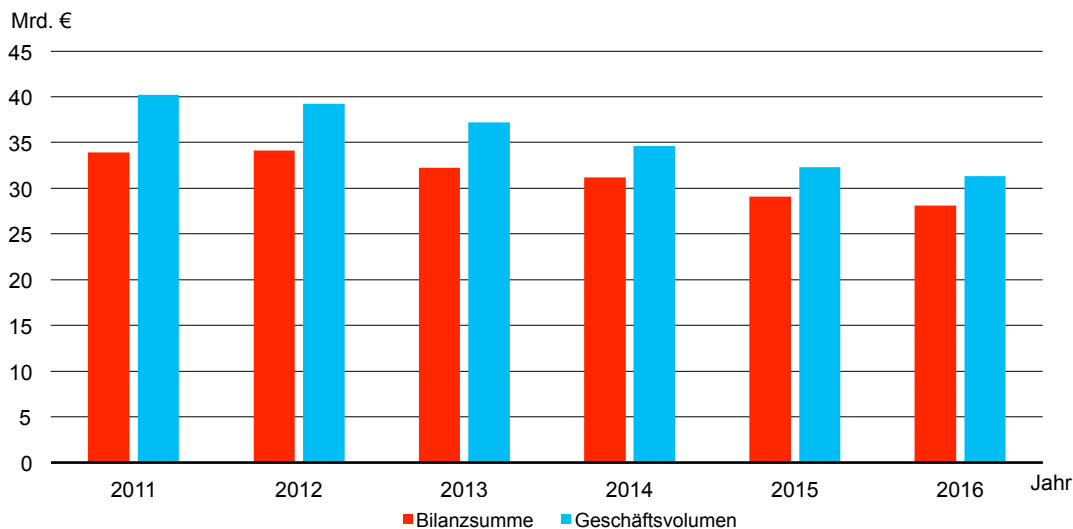
Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bank konzentrierte sich wie in den Vorjahren verstärkt auf Geschäfte, die ein gutes Verhältnis zwischen Rentabilität und Eigenmittelbelastung versprechen.

Auf der Aktivseite entwickelten sich die Interbankengeschäfte – insbesondere die Forderungen an angeschlossene Sparkassen – rückläufig. Ebenso reduzierte sich der Eigenbestand an Wertpapieren sukzessive. Bei den Refinanzierungen sind Rückgänge der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und den verbrieften Verbindlichkeiten zu verzeichnen.

Im Ergebnis reduzierte sich die Bilanzsumme auf 28,1 Mrd. € (Vorjahr: 29,1 Mrd. €). Das Geschäftsvolumen sank um 1,0 Mrd. € oder 3 % auf 31,3 Mrd. €.

Jahresvergleich Bilanzsumme und Geschäftsvolumen:



Forderungen an Kreditinstitute

Im Kommunalkreditgeschäft, welches durch die Geschäftstätigkeit mit den angeschlossenen Sparkassen geprägt ist, war ein Anstieg in Höhe von 2% zu verzeichnen. Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich insgesamt um 221 Mio. € auf nun 3.715 Mio. €.

Forderungen an Kunden

Die Kundenforderungen reduzierten sich aufgrund von über dem Neugeschäft liegenden Fälligkeiten und der gegenläufig wirkenden Aufwertung der USD-Kundenforderungen um rund 1,5 Mrd. € auf rund 20,4 Mrd. €. Der Anteil der Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme beträgt 72,8% (Vorjahr: 75,3%). Eine differenzierte Betrachtung der Bilanzposition findet sich in den Erläuterungen zur Entwicklung der Geschäftsfelder.

Schuldverschreibungen und Aktien

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren blieb gegenüber dem Vorjahr konstant bei 2,7 Mrd. €. Der überwiegende Anteil der Wertpapiere entfällt auf börsennotierte Titel öffentlicher Emittenten mit vergleichsweise geringem Risiko. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren spielt mit 70 Mio. € nach 19 Mio. € im Vorjahr unverändert nur eine untergeordnete Rolle.

Handelsbestand

Der Handelsbestand der Bremer Landesbank mit positiven Marktwerten beträgt stichtagsbedingt zum Bilanzstichtag 160 Mio. € (Vorjahr: 216 Mio. €).

Im Handelsbestand geführte, zur Absicherung von im Bankbuch eingegangenen Zins- und Fremdwährungsrisiken dienende langfristige derivative Geschäfte werden in der Regel durch Gegengeschäfte geschlossen und nicht terminiert. Deshalb steigt der Handelsbestand eines Kreditinstitutes gewöhnlich sukzessive an.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Traditionell kommt die Bremer Landesbank ihren öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und den Verpflichtungen im Verbund auch über das Beteiligungsportfolio nach. Insbesondere sei hier die Förderung der Wirtschaft über Beteiligungen an Bürgschaftsbanken (z. B. Bürgschaftsbank Bremen, Niedersächsische Bürgschaftsbank) sowie Wirtschaftsförderungsgesellschaften genannt.

Der regionale Bezug wird insbesondere durch die Beteiligung der Bank an mehreren Wohnungsbaugesellschaften, die teilweise dem im Anhang aufgelisteten Anteilsbesitz entnommen werden können, deutlich.

Primär zielt das Beteiligungsgeschäft auf den strategischen und operativen Nutzen und erst sekundär auf das Ertragspotenzial ab. Im Rahmen der strategischen Fokussierung der Bremer Landesbank wird daher von einer stagnierenden bis rückläufigen Entwicklung des Beteiligungsvolumens ausgegangen. Neue Beteiligungen kommen künftig nur in Betracht, wenn sie einen deutlichen Mehrwert für die Bank respektive die Region generieren.

Im Jahr 2016 hat sich der Beteiligungsbestand trotz des Abgangs von drei Beteiligungen und des Erwerbs eines zusätzlichen Gesellschaftsanteils an einer Gesellschaft nicht wesentlich geändert. Der Bestand an Beteiligungen beträgt wie im Vorjahr 52 Mio. €.

Treuhandvermögen, -verbindlichkeiten und Sachanlagen

Das von der Bank gehaltene Treuhandvermögen und die korrespondierenden, gleich hohen Treuhandverbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert und verzeichnen weiterhin einen Ausweis in Höhe von rund 15 Mio. €.

Der im Jahr 2014 begonnene Neubau am Standort Bremen wurde im Laufe des Jahres abgeschlossen, mit der bankbetrieblichen Nutzung wurde mit der Eröffnung im August 2016 begonnen. Insbesondere hierdurch bedingt hat sich das Sachanlagevermögen in der Berichtsperiode um 37 Mio. € erhöht.

Sonstige Vermögensgegenstände

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die sonstigen Vermögensgegenstände um 64 Mio. € reduziert. Dies ist in erster Linie auf den Abgang von Anteilen, welche im Vorjahr hier aufgrund einer Verkaufsabsicht ausgewiesen wurden, sowie auf niedrigere Forderungen aus Ergebnisabführungen an BLB-Tochtergesellschaften zurückzuführen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Bank refinanziert sich auch über Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Diese haben sich im Geschäftsjahr um 0,5 Mrd. € auf 11,1 Mrd. € (Vorjahr: 10,6 Mrd. €) erhöht. Das Volumen der im Umlauf befindlichen Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentlichen Namenspfandpapiere wies eine rückläufige Entwicklung auf, während die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stark zunahmen. Die rückläufige Entwicklung bei den Namenspfandbriefen ist auf die vorherrschende Niedrigzinsphase sowie die abwartende Haltung bei den Investoren in Erwartung steigender Zinsen zurückzuführen. Als Ausgleich hat die Bank die Refinanzierung im Rahmen des Interbankenhandels ausgeweitet.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Refinanzierung der Bank bei der Passivposition Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stellte sich mit 9,6 Mrd. € (Vorjahr: 9,8 Mrd. €) dar. Dabei sanken die Einlagen im täglich fälligen Bereich auf 3,6 Mrd. € (Vorjahr: 3,7 Mrd. €). Die begebenen öffentlichen Namenspapiere reduzierten sich auf 1,7 Mrd. € (Vorjahr: 1,9 Mrd. €). Der Bestand an Spareinlagen reduzierte sich auf 196 Mio. € (Vorjahr: 207 Mio. €).

Verbriefte Verbindlichkeiten

Die verbrieften Verbindlichkeiten als eine der wesentlichen Finanzierungsquellen der Bank sind mit 5,4 Mrd. € gegenüber dem Vorjahresbestand von 5,3 Mrd. € um 2,5 % gestiegen. Eine differenzierte Darstellung der Refinanzierung der Bank über die verschiedenen Emissionsprogramme findet sich in den Erläuterungen zum Geschäftsfeld Financial Markets und im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen.

Handelsbestand

Der Handelsbestand der Bremer Landesbank mit negativen Marktwerten beträgt stichtagsbedingt zum Bilanzstichtag 10 Mio. € (Vorjahr: 66 Mio. €). Im Handelsbestand geführte, zur Absicherung von im Bankbuch eingegangenen Zins- und Fremdwährungsrisiken dienende langfristige derivative Geschäfte werden in der Regel durch Gegengeschäfte geschlossen und nicht terminiert.

Rückstellungen

Die Rückstellungen der Bremer Landesbank bewegen sich zum Jahresende 2016 mit 175 Mio. € deutlich über dem Niveau des Vorjahres (150 Mio. €).

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, die auf aktuarischen Gutachten basieren, haben sich um 2 Mio. € auf insgesamt 98 Mio. € verringert.

Die Bank hatte in 2015 für einen weiteren Anteil der bestehenden Altersversorgungsverpflichtungen eine Änderung des Durchführungsweges beschlossen. Soweit unter Beachtung steuerlicher Restriktionen eine weitere Übertragung der Altersversorgungsverpflichtungen auf die bereits bestehende Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen, erfolgte, wird die Altersversorgung mittelbar über die Unterstützungseinrichtung durchgeführt. Der nicht auf die Unterstützungseinrichtung übertragene Anteil der Altersversorgungsverpflichtungen verbleibt unmittelbar bei der Bank und ist somit weiterhin in der Bilanz passiviert. Durch die Übertragung entledigt sich die Bank nicht der ursprünglichen Verpflichtung aus den betrieblichen Altersversorgungsvereinbarungen, sondern diese verbleiben im Rahmen der Subsidiärhaftung weiterhin beim Trägerunternehmen.

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2010 geänderten Bewertung der Pensionsrückstellungen durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) ist es zu einem Anstieg der Pensionsrückstellungen bei der Bremer Landesbank gekommen, der eine aufwandswirksame Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von insgesamt 93 Mio. € erforderlich macht. Der aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen resultierende Zuführungsbetrag ist bis spätestens zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel anzusammeln (Art. 67 Abs. 1 EGHGB). Dementsprechend wurde den Pensionsrückstellungen im Geschäftsjahr 2016 ein Betrag in Höhe von einem Fünfzehntel des zum 1. Januar 2010 festgestellten Unterschiedsbetrages (6 Mio. €) zugeführt. Insgesamt sind den Pensionsrückstellungen gemäß dieser Übergangsregelung bislang 43 Mio. € zugeführt worden.

Weitere Angaben zu den Pensionsrückstellungen ergeben sich aus dem Anhang.

Die Steuerrückstellungen bewegen sich mit 12 Mio. € deutlich unter Vorjahresniveau (16 Mio. €). Die anderen Rückstellungen stiegen 2016 um 31 Mio. € auf 65 Mio. €. Wesentliche Bestandteile der anderen Rückstellungen stehen im Zusammenhang mit Personalaufwendungen wie z.B. Restrukturierungsmaßnahmen (35 Mio. €), Vorruhestandsverpflichtungen (4 Mio. €) und Beihilfen für Pensionäre und deren Angehörige (4 Mio. €). Die ebenfalls hierin enthaltenen Rückstellungen im Kreditgeschäft blieben im Vergleich zum Vorjahr bei konstant 8 Mio. €.

Bei der Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen handelt es sich um Personalabbaumaßnahmen im Rahmen des gemeinsam von NORD/LB und BLB betriebenen Projektes zur stärkeren Integration der BLB in die NORD/LB-Gruppe. Hintergrund der Bildung ist das Bestreben, den Personalabbau sozialverträglich u. a. über Vorruhestandsmaßnahmen vorzunehmen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten tendierten zum Jahresultimo weiterhin bei rd. 600 Mio. € (Vorjahr: 600 Mio. €). Im abgelaufenen Geschäftsjahr gab es weder Zu- noch Abgänge.

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

In 2015 wurden nachrangige Inhaberschuldverschreibungen im Gesamtvolumen von 150 Mio. € emittiert, welche die Voraussetzungen zur Anerkennung als zusätzliches aufsichtsrechtliches Kernkapital erfüllen. Die begebenen Additional Tier-1-Anleihen begründen nicht besicherte, nachrangige Verbindlichkeiten der Bremer Landesbank und verfügen über keine Endfälligkeit.

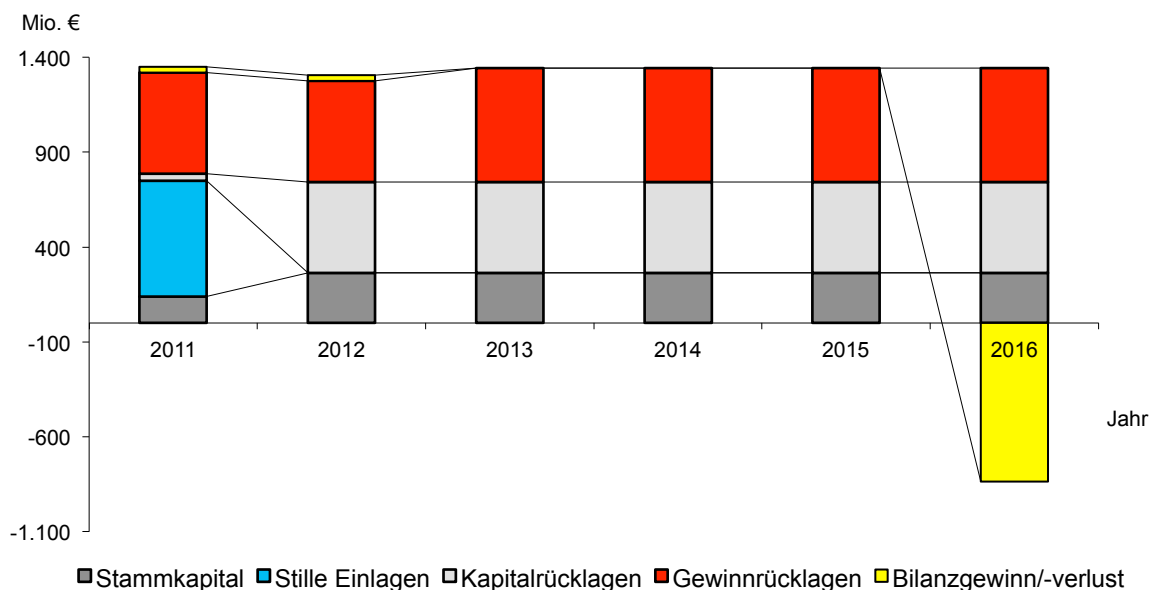
Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt 506 Mio. € (Vorjahr: 1.343 Mio. €). Hiervon entfallen unverändert 265 Mio. € auf das Stammkapital sowie 478 Mio. € auf die Kapitalrücklagen. Die Gewinnrücklagen betragen weiterhin 600 Mio. €. Der auf neue Rechnung vorgetragene Verlust beträgt 837 Mio. €.

Die harte Kernkapitalquote belief sich zum Jahresende auf 5,29% (Vorjahr: 10,8%).

Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank weiterhin nicht notwendig.

Jahresvergleich Eigenkapitalbestandteile:



Eventualverbindlichkeiten

Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen beläuft sich auf 1,3 Mrd. € (Vorjahr: 1,4 Mrd. €).

Während die Eventualverbindlichkeiten aus dem traditionellen außerbilanziellen Geschäft nahezu unverändert geblieben sind, ist der Bestand an Credit Default Swaps (CDS), bei denen die Bremer Landesbank als Sicherungsgeber auftritt, aufgrund von Fälligkeiten und gezielten Positionsaufösungen weiter zurückgegangen und hat mittlerweile nur noch ein unbedeutendes Volumen.

Bei der irischen Bank Permanent TSB (vormals Irish Life and Permanent) besteht unverändert seit 2010 ein Restructuring Credit Event. Für den verbleibenden CDS-Kontrakt mit Fälligkeiten in 2017 in Höhe von 10 Mio. € wurde der Bank nach wie vor keine Credit Event Notice zugestellt. Die Bank erwartet hier auch bis zur Fälligkeit keine Zustellung, somit werden keine Risiken aus einer eventuellen Inanspruchnahme gesehen.

Weitere Credit Events, bei denen die Bank z. B. durch Lieferung des Referenzaktivums als Sicherungsgeber in Anspruch genommen worden wäre, sind nicht aufgetreten.

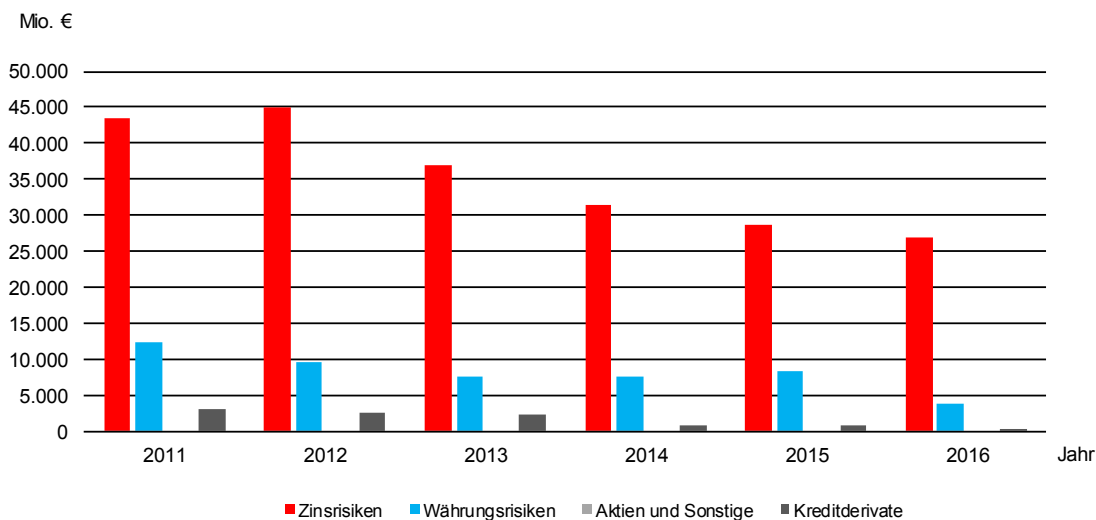
Andere Verpflichtungen

Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 1,9 Mrd. € (Vorjahr: 1,8 Mrd. €).

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Geschäfte werden in der BLB im Wesentlichen zur Steuerung und Absicherung von Zins- und Fremdwährungsrisiken eingesetzt. Das Nominalvolumen zum Jahresende 2016 betrug 30,7 Mrd. € nach 37,6 Mrd. € im Vorjahr und damit das etwa 1,1-Fache (Vorjahr: 1,3-Fache) der Bilanzsumme. Im Vergleich zu anderen Instituten der Branche wird in der BLB in nur relativ geringem Umfang auf solche Geschäfte zurückgegriffen. Kontrahenten sind fast ausschließlich Banken mit Sitz in Ländern, die der OECD angehören, sodass grundsätzlich von einem einwandfreien finanziellen Hintergrund ausgegangen werden kann. Für Detailinformationen zu den Volumina sowie der Fristen- und Kontrahentengliederung wird auf die Darstellung im Anhang des Jahresabschlusses der BLB verwiesen.

Jahresvergleich Derivatevolumen:



Synthetische Verbriefung

Als Instrument zur Steuerung von Kreditrisiken nutzt die BLB seit 2015 synthetische Verbriefungen. Ziel der Verbriefungsaktivitäten ist die Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen. Zur Diversifizierung des Kreditportfolios können die in den eigenen Büchern vorhandenen Kreditrisiken an andere Marktteilnehmer abgegeben werden.

Nachdem die BLB im Jahr 2015 eine erste Verbriefungstransaktion originiert hatte (Anfangsvolumen 2,145 Mrd. €), wurden die Aktivitäten im ersten Halbjahr 2016 fortgeführt. Dabei hat die BLB für ein Kreditportfolio mit einem Anfangsvolumen von rund 3,420 Mrd. € aus den Assetklassen Erneuerbare Energien, Firmenkunden, Sozialimmobilien, Gewerbeimmobilien und Leasing erneut eine synthetische Verbriefung originiert. Zur Absicherung der darin enthaltenen Kreditrisiken wurde mit Wirkung ab dem 30. Juni 2016 eine Garantie mit einem Volumen von zunächst rund 94 Mio. € mit einem privaten institutionellen Investor abgeschlossen. Die vertragliche Laufzeit der Garantie beträgt zehn Jahre zuzüglich einer Periode von maximal zwei Jahren für die Bearbeitung nicht abgeschlossener Verwertungsfälle.

Die von der Bremer Landesbank aus der ersten Transaktion gehaltene Erstverlusttranche beläuft sich auf 10 Mio. €. Sie wurde bisher nicht in Anspruch genommen.

2.3.3 Zusätzliche Erläuterungen

Leistungsindikatoren

Das Jahresergebnis vor Steuern beträgt –839 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €).

Der RoE für das Geschäftsjahr 2016 nach der im Abschnitt Gesamtbanksteuerung definierten Bewertungsformel beträgt –157,3% nach 0,7% für das Vorjahr. Der hohe negative Wert ist auf das infolge der hohen Risikovorsorgeaufwendungen negative Jahresergebnis zurückzuführen.

Die CIR hat sich mit 54,8% nach 29,9% im Jahr 2015 insbesondere aufgrund rückläufiger Zinserträge ungünstig entwickelt.

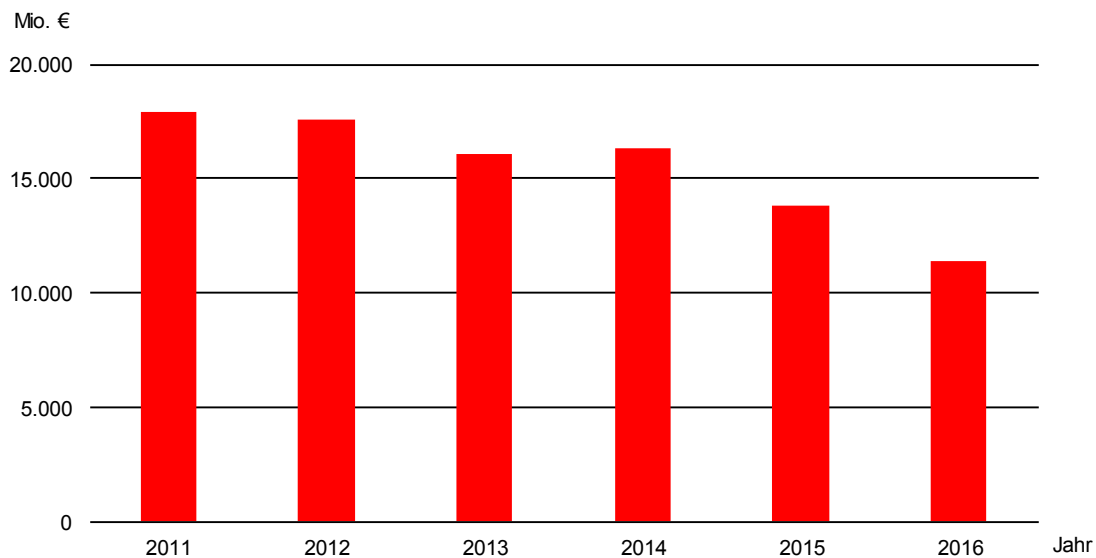
Die Risikoquote (definiert als das Verhältnis zwischen den Risikovorsorgeaufwendungen für das Kreditgeschäft [ohne Veränderungen der Vorsorge für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB; einschließlich der Abschreibungen/Zuschreibungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve] und den Risikoaktiva) zum 31. Dezember 2016 beträgt 14,1% (Vorjahr: 2,7%). Der Anstieg der Risikoquote resultiert aus deutlich erhöhten Risikovorsorgeaufwendungen bei gleichzeitiger Verminderung der Risikoaktiva.

Die Eigenmittelanforderungen nach Capital Requirement Regulation [(CRR) Basel III] betragen insgesamt rund 0,9 Mrd. € (Vorjahr: 1,1 Mrd. €), was Risikoaktiva in Höhe von rund 11,4 Mrd. € (Vorjahr: 13,8 Mrd. €) entspricht. Die Gesamtkennziffer beläuft sich auf 11,0% nach 13,3% zum Ende des Vorjahres. Die Kernkapitalquote der BLB belief sich zum Jahresende auf 5,3% (Vorjahr: 10,8%). Die aufsichtsrechtlich erforderliche Mindestquote von 6,625% war damit zum Jahresende nicht eingehalten.

Anrechnungspflichtige Positionen/Risikoaktiva

Jahresvergleich anrechnungspflichtige Positionen/Risikoaktiva:

Die Situation der BLB ist durch die andauernde Krise an den für die Bank relevanten Schifffahrts-



märkten beeinflusst. Dies äußert sich insbesondere in einem überproportionalen Anstieg der Risikovorsorge für das Geschäftsjahr 2016. Die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse wurde hierdurch letztlich zum Jahresende 2016 vollständig aufgezehrt. Die Risikotragfähigkeit war daher per 31. Dezember 2016 in der ökonomischen Going-Concern-Betrachtung (Säule II) nicht mehr gegeben.

Maßnahmen zur Wiederherstellung der Risikotragfähigkeit und Einhaltung der Mindestquote für das aufsichtsrechtliche Kernkapital wurden ergriffen (siehe Abschnitt Geschäftsentwicklung).

Finanzierungsmaßnahmen

Im Jahr 2016 waren die begebenen Inhaber- und Namensschuldverschreibungen erneut die wichtigste überjährige Refinanzierungsquelle der Bank. Der Bruttoabsatz im Emissionsgeschäft der Bremer Landesbank betrug wie im Vorjahr 1,1 Mrd. €. Das Volumen der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen betrug zum Jahresende 2016 9,6 Mrd. € (Vorjahr: 9,8 Mrd. €) und gliedert sich wie folgt:

Mio. €	Schuldverschreibungen	
	31.12.2016	31.12.2015
Hypotheken- und Schiffspfandbriefe	899	925
Öffentliche Pfandbriefe	3.130	3.578
Sonstige Schuldverschreibungen	5.021	4.753
Medium-Term-Notes	350	359
Additional Tier-1-Anleihen	150	150
Summe	9.550	9.765

Das Volumen an aufgenommenen Schuldscheindarlehen betrug 1,5 Mrd. € per 31. Dezember 2016 nach 1,4 Mrd. € im Vorjahr. Das Gesamtvolumen aufgenommener Refinanzierungsdarlehen bei der Europäischen Investitionsbank (EIB-Darlehen) betrug per 31. Dezember 2016 77 Mio. € (Vorjahr: 117 Mio. €). Das KfW-Programm Globaldarlehen Leasing wurde per 31. Dezember 2016 mit 128 Mio. € in Anspruch genommen (Vorjahr: 50 Mio. €). Im European-Commercial-Paper-Programm (ECP-Programm) sind zum 31. Dezember 2016 50 Mio. € im Umlauf (Vorjahresresultimo ohne Bestand).

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank auch in 2016 neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt sporadisch die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Für weitergehende Erläuterungen wird auf die Abschnitte Risikobericht und Entwicklung der Geschäftsfelder verwiesen.

Investitionstätigkeit

Die BLB hat erhebliche Investitionen in die Modernisierung und Umgestaltung ihrer Gebäude getätigt. Der im Jahr 2014 begonnene Neubau am Standort Bremen wurde im Laufe des Jahres abgeschlossen, mit der bankbetrieblichen Nutzung wurde mit der Eröffnung im August 2016 begonnen.

Personal und Nachhaltigkeit

Auch im Geschäftsjahr 2016 wurde die strategische Verankerung des Themas Nachhaltigkeit weiter vorangetrieben.

Wie schon im Vorjahr wurden Nachhaltigkeitsthemen in den Zielvereinbarungsprozess aufgenommen und wirkten sich somit auch auf die Bemessung von Budgets der variablen Vergütung aus.

Im dritten Quartal 2016 veröffentlichte die Bank ihren dritten Nachhaltigkeitsbericht, der erstmals nach den Vorgaben der Global Reporting Initiative (GRI) im Standard G4 erstellt wurde.

Die Bank nimmt weiterhin regelmäßig an Veranstaltungen, Workshops oder Seminaren externer Einrichtungen teil, um aktuelle Entwicklungen und Trends kurzfristig zu erkennen und die Weiterentwicklung des Themas Nachhaltigkeit weiter zu forcieren. Zudem nimmt die Bremer Landesbank an dem regelmäßigen Austausch der Nachhaltigkeitsbeauftragten des NORD/LB-Konzerns teil.

Vergütungssystem für den Vorstand

Die Vorstandsvergütung setzt sich aus einem Jahresfestgehalt und einer variablen Vergütung zusammen.

Das Aufsichtsorgan entscheidet über die Höhe der variablen Vergütung nach Maßgabe der Zielvorgaben und der erreichten Ergebnisse. Der Zielerreichungsgrad des Vorstands setzt sich aus einer Gesamtbankzielerreichung und einer individuellen Zielerreichung zusammen. Die individuelle Zielerreichung umfasst neben persönlichen auch dezernatsbezogene Ziele.

Die Gesamtbankzielerreichung besteht aus folgenden quantitativen Zielen:

- Jahresergebnis vor Steuern (IFRS-Einzelabschluss) gem. Dreijahresdurchschnitt,
- RWA⁵,
- RWA-Produktivität⁶,
- Cost-Income-Ratio,
- harter Kernkapitalquote

und wird mit insgesamt 70 % gewichtet. Die individuelle Zielerreichung besteht aus quantitativen und qualitativen Kriterien und wird mit 20 % gewichtet. Zudem fließt mit einer Gewichtung von 10 % das IFRS-Konzernergebnis als Konzernkennzahl mit ein. Die Kriterien spiegeln die Lage der Bank und des Konzerns, den Erfolg des verantworteten Dezernats sowie die individuellen Aufgaben und Leistungen unter Berücksichtigung der eingegangenen Risiken wider.

Seit dem Geschäftsjahr 2014 wird die variable Vergütung des Vorstands über einen Zurückbehaltungszeitraum von fünf Jahren gestreckt und unter Berücksichtigung von Risikokriterien ratierlich ausgezahlt. 50 % der variablen Vergütung sind an die nachhaltige Wertentwicklung des Unternehmens geknüpft.

Weitere Informationen zu den Vergütungen des Vorstands sowie der Ausgestaltung der Vergütungssysteme werden im Offenlegungsbericht gemäß § 16 Institutsvergütungsverordnung i. V. m. Artikel 450 CRR veröffentlicht.

⁵ Unter RWA+ versteht die Bank die in Risikoaktiva umgerechneten Eigenmittelanforderungen, erhöht um den in Risikoaktiva umgerechneten Shortfall.

⁶ Die RWA-Produktivität wird definiert als (Deckungsbeitrag 3 + Risikovorsorge – Risikoprämie)/stichtagsbezogene RWA+.

2.3.4 Entwicklung der Geschäftsfelder

Geschäftsfeld Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden steht seinen Kunden in der Region Nordwest sowie in ausgewählten Branchenbereichen auch darüber hinaus als zuverlässiger und innovativer Partner bei Finanzdienstleistungen zur Verfügung.

Das Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden ist es, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch kontinuierlich steigende Marktanteile zu unterlegen. Für die Kunden soll als Spezialist auf Augenhöhe agiert werden und durch individuelle Beratung sollen maßgeschneiderte Lösungen angeboten werden.

Die Bremer Landesbank hat traditionell in der Region den Ruf als stabiler, verlässlicher und kompetenter Partner. Dieser Vertrauensbonus wird auch regelmäßig in Kundenzufriedenheitsanalysen bestätigt. Darin wird weiterhin eine gute Basis gesehen, neue Kunden zu gewinnen und bei bedeutenden Unternehmen noch stärker die Rolle der Hausbankfunktion übernehmen zu können.

Die originären Erträge aus dem Kreditgeschäft waren trotz moderatem Volumenausbau leicht rückläufig. Durch die herausfordernde Wettbewerbssituation im Firmenkundengeschäft ist ein Rückgang der Kreditmargen und eine Aufweichung der Standards zu beobachten. Viele der Kunden verfügen darüber hinaus über eine sehr gute Liquiditätsausstattung, welche insbesondere an den weiter ansteigenden Passiveinlagen abzulesen ist. Im aktuellen Umfeld der negativen Zinsen lassen sich hieraus jedoch keine zusätzlichen Erträge generieren. Die Inanspruchnahme von kurzfristigen Krediten ließ sich gegenüber dem Vorjahr jedoch wieder spürbar ausbauen. Dagegen liegt die Entwicklung der Risikokosten leicht über Plan.

Eine weiterhin positive Entwicklung zeigt die von der Bremer Landesbank angebotene Absicherung von Agrarrohstoffen im Rahmen des Agrar-Commodity-Handels. Zur Erweiterung der Produktpalette bietet die Bremer Landesbank ihren in der Milchwirtschaft tätigen Kunden seit letztem Jahr die Möglichkeit, über Milchkontrakte von den Absicherungsmöglichkeiten von Warentermingeschäften zu profitieren.

Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen

Die Spezialfinanzierungen umfassen die strategischen Geschäftseinheiten Refinanzierung von Mobilien-Leasing- und Factoringgesellschaften sowie Erneuerbare Energien mit den Teilsegmenten Windkraft, Photovoltaik und Biogas. Im NORD/LB-Konzern sind die Spezialfinanzierungen Bestandteil des Werttreibers Energie- und Infrastrukturkunden.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der BLB hat sich in 2016 positiv entwickelt und konnte den Wachstumspfad weiter fortsetzen. Die Ertragserwartungen wurden nahezu erfüllt und die Erträge werden sich zukünftig bei sukzessiv wachsenden Aktiva weiter steigern lassen. Hier sind insbesondere die erneuerbaren Energien mit einem überdurchschnittlichen Neugeschäft Wachstumstrei-

ber. Die Risikovorsorge des Geschäftsfeldes bewegt sich unverändert auf moderatem Niveau. Lediglich im Segment Biogas waren erkennbare Wertberichtigungen zu verzeichnen – hier wird durch Umstrukturierungen mittelfristig eine Portfolioreduktion erzielt werden. Die Risikogewichte bleiben für das gesamte Geschäftsfeld niedrig.

Bei der Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften konnte die BLB ihre Position als führender Financier mittelständischer Leasinggesellschaften in 2016 nach eigener Marktbeobachtung behaupten. Insgesamt, d.h. auch mit Banken- und Herstellerleasingtöchtern, verlief das Neugeschäft auf Planniveau, die Ertragsprognose konnte aufgrund des erfreulichen Syndizierungsgeschäftes und des damit einhergehenden Portfolioabbaus der letzten Jahre in Verbindung mit dem erhöhten Wettbewerbsdruck durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld nicht ganz erreicht werden. Die Refinanzierung von Factoringgesellschaften wird weiter sukzessive ausgebaut und rundet das Portfolio ab. Die Entwicklung von Leasing und Factoring korreliert eng mit der allgemeinen Konjunktur und Investitionsnachfrage. Daneben wurde die Refinanzierung von Contracting-Grundpreisforderungen fortgesetzt, wobei Leasinggesellschaften als Intermediär agieren. Damit wurde die Produktpalette erweitert und der Geschäftsansatz auf eine zunehmend breitere Basis gestellt. Durch den Abschluss eines KfW-Globaldarlehens hat die BLB ihre Refinanzierungsbasis für das Segment gestärkt. Die Kompetenzcenter-Funktion innerhalb der NORD/LB-Gruppe bietet weitere Wachstumspotenziale.

Im Segment der regenerativen Energien hat sich das Neugeschäft in 2016 erfreulich entwickelt und lag über den Erwartungen. Begründet ist dies u. a. durch Vorzieheffekte bei Wind onshore mit Blick auf die anstehende Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in Deutschland sowie durch ein erfreuliches Neugeschäft in Frankreich. Die Erträge bleiben innerhalb des ambitionierten Wachstumskorridors, die Wettbewerbssituation im deutschen Markt nimmt allerdings weiterhin zu. Das Teilsegment Photovoltaik bietet erwartungsgemäß und bedingt durch das EEG-induzierte Ausschreibungsverfahren nur eingeschränktes Neugeschäftspotenzial in Deutschland mit kleineren Einzelprojekten. Innerhalb der NORD/LB-Gruppe nimmt die BLB die Kompetenzcenter-Funktion für Biogas und Photovoltaik in Deutschland wahr. Darüber hinaus werden erfahrene Kunden selektiv ins europäische Ausland begleitet. Auch unter den nunmehr definierten EEG-Anpassungen ab 2017 mit u. a. zunehmenden Marktanteilen, insbesondere der Ausschreibung bei Wind onshore, werden vor dem Hintergrund der unverändert politisch angestrebten Energiewende und der Klimaschutzziele in Deutschland auch zukünftig noch gute Wachstumsmöglichkeiten in der Windparkprojektfinanzierung gesehen.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der BLB sieht sich nach eigener Einschätzung mit seinen Segmenten und der Ausrichtung auf langjährige, verlässliche Kundenbeziehungen weiterhin gut positioniert.

Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen

Die Schiffsfinanzierungen standen in 2016 weiterhin unter Druck. Gegenüber dem Vorjahr waren keine wesentlichen Erholungstendenzen und zum Teil gravierende Verschärfungen der Marktsituation zu verzeichnen. Das Überangebot an Schiffstonnage belastet die Märkte nach wie vor und spürbare Marktberichtigungen sind auf kurz- bis mittelfristige Sicht nicht zu erwarten. Das Krisenmanagement und die Portfolioreduzierung wurden konsequent weitergeführt und werden auch in 2017 einen hohen Stellenwert einnehmen.

Die BLB hat das Schiffsexposure und die Anzahl der finanzierten Schiffe weiter reduziert. Neugeschäft wird nur sehr selektiv vor dem Hintergrund von Restrukturierungserfordernissen bzw. zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit der Schiffe getätigt. Die Ertragsseite des Geschäftsfeldes konnte die Erwartungen insgesamt nicht erfüllen. Das Portfolio wird in 2016 durch eine signifikante Erhöhung der Risikovorsorge verstärkt abgesichert, der Verbrauch von Wertberichtigungen ermöglicht die fortgeführte Bereinigung der Problemkredite und die weitere Reduzierung des Exposures. Die Risikovorsorge in den Schiffsfinanzierungen führt zu einer hohen Ergebnisbelastung für die BLB.

Leichte Erholungstendenzen bei Fracht- und Charterraten in der Vergangenheit erwiesen sich als nicht nachhaltig. Kurzfristige Angebotsverknappung wird schnell wieder durch weiterhin bestehende Überkapazitäten kompensiert. Aufliegerzahlen haben sich nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Neubauaktivitäten weisen insgesamt eine Beruhigung auf, sodass bei zukünftig zunehmenden Verschrottungen alter und nicht mehr energieeffizienter Tonnage mittelfristig Marktgleichgewichte wieder in Reichweite kommen können und der ratschädliche Verdrängungswettbewerb abnimmt. Das relativ kleine Tankersegment hat sich nach vergleichsweise positivem Verlauf wieder abgeschwächt, Multipurpose-Schiffe und insbesondere Bulkcarrier sind weiter auf niedrigem Niveau. Die größeren Containerschiffe bleiben unter erheblichem Druck – dies gilt auch vor dem Hintergrund der Erweiterung des Panamakanals und der diesbezüglichen Verschiebung nachgefragter Größenklassen. Kleinere Einheiten im Containersegment – Hauptteil des BLB-Containerportfolios – können sich auf niedrigem Niveau relativ gut behaupten, da hier seit längerem Neubauaktivitäten sehr verhalten sind und moderne Tonnage in der Nische gefragt ist. Auf der Tonnage-Nachfrageseite wird kurzfristig trotz verhalten positiver Signale aus China keine spürbare Konjunkturerholung gesehen – mittelfristig bestehen jedoch Wachstumspotenziale (auch im Rohstoffbereich) für das Welthandelsvolumen.

Das Exposure im Segment Schiffsfinanzierungen wird weiter deutlich reduziert werden.

Geschäftsfeld Privatkunden

Das abgelaufene Jahr wurde erneut von der Schuldenkrise der Europäischen Union begleitet. Die daraus resultierende und sich verschärfende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank beeinflusst das Privatkundengeschäft anhaltend. Ausläufer der globalen Finanzmarktkrise und der Staatsschuldenkrise in der EU sind spürbar.

Die weiterhin bestehende hohe Volatilität an den Kapitalmärkten in Verbindung mit niedrigem Zinsniveau führten zu Verunsicherungen der Kunden. Dazu trägt die aktuelle Situation der Bank wie auch der Trägerwechsel bei. Der Informationsbedarf ist hoch. Die Kundenberatung begegnet der Situation aktiv mit professionellem Kundenmanagement.

Auch in der Vermögensverwaltung spiegelt sich der Wunsch der Kunden nach ganzheitlicher Beratung wider. Das vom Asset- und Portfoliomanagement als Kompetenzcenter gesteuerte Vermögensverwaltungsportfolio überzeugte mit dem selbst konzipierten und umgesetzten SIP®-Investmentprozess. Dieser wird sowohl in der Vermögensverwaltung als auch in der SIP®-Fondsproduktfamilie und im Beratungsprozess eingesetzt. Mit Jahresbeginn 2016 wurde zudem die SIP®-Fondsproduktfamilie um eine weitere innovative Investmentstrategie, den BLB Global Opportunities Fund, erweitert.

Neben der privaten Lebenssituation werden im Rahmen der ganzheitlichen Beratung auch die geschäftlichen Aspekte von Unternehmern betrachtet. Das Geschäftsfeld Privatkunden arbeitet in diesem als „Unternehmerbanking“ umschriebenen Beratungsansatz mit anderen Marktbereichen der Bank zusammen. Dieses Themengebiet wird weiter erfolgreich ausgebaut und festigt bestehende Beziehungen von Kunden zur BLB.

Im Kreditgeschäft engagiert sich das Geschäftsfeld Privatkunden für individuelle Investoren und Freiberufler sowie Standardfinanzierungen. Mit der Vertriebsmaßnahme SIM (Starterpaket für internationale Mediziner) kooperiert die BLB als einziges Finanzinstitut mit einem Start-up-Unternehmen zur Integration ausländischer Ärzte und zur Behebung des bundesweiten Fachkräftemangels. Dadurch kann das Engagement auf dem Gesundheitsmarkt ausgebaut werden. Trotz des niedrigen Zinsniveaus und hohen Wettbewerbsdrucks – insbesondere im Standardgeschäft spürbar – überzeugt die BLB mit hochwertiger Beratung und maßgeschneiderten Lösungsansätzen.

Geschäftsfeld Financial Markets

Das Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank stellt den Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten für die privaten, gewerblichen und institutionellen Kundengruppen sowie für das Eigengeschäft der Bank bereit. Die über- und unterjährigen Refinanzierungsmaßnahmen der Bremer Landesbank werden ebenfalls im Geschäftsfeld Financial Markets durchgeführt.

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank auch im Geschäftsjahr 2016 neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt sporadisch die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Das vom Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank über das Kunden- und Kontrahentenportfolio generierte Geschäftsvolumen steuert einen nennenswerten quantitativen und qualitativen Beitrag zum Bilanzportfolio des Konzerns bei.

Die Steuerung der Liquiditäts- und Zinsrisiken, die durchgängige Sicherstellung der Liquidität der Bank und die Versorgung der gewerblichen Kunden mit Geld- und Kapitalmarktprodukten bildeten dabei die Schwerpunkte des Handels.

Das Geld- und Kapitalmarktgeschäft wurde in einem europäischen Marktumfeld durchgeführt, das in 2016 weiterhin durch die anhaltenden Folgen der Eurokrise auf die Finanz- und Realmärkte in den Euro-Teilnehmerländern gekennzeichnet war. Europa- und weltweit ergaben sich neue politische und wirtschaftliche Fragestellungen, insbesondere aufgrund des Brexitvotums und des Ausgangs der US-Wahlen.

An den Finanzmärkten waren in 2016 vorsichtige Signale steigender Zinslevels ohne einen klaren Trend zur Zinswende hin zu beobachten. Die Aktienmärkte zeigten über das Gesamtjahr eine insgesamt deutlich positive Entwicklung. Trotz des anspruchsvollen Marktumfeldes zeigten sich insgesamt die Treasury-, Handels- und Vertriebsaktivitäten der Financial Markets-Einheiten der Bremer Landesbank im Jahresverlauf als erfreulich stabil.

Öffentliche Kunden

Einen stabilen Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten bildete die Refinanzierung der öffentlichen Hand, die in 2016 kontinuierlich nachgefragt wurde. Neben den eigenen Finanzierungsangeboten gegenüber Gebietskörperschaften stellte die Unterstützung der Verbundsparkassen bei deren Finanzierung der öffentlichen Hand einen weiteren festen Bestandteil der Vertriebsaktivitäten des abgelaufenen Jahres dar.

Sparkassen

In dem 2016 erneut nicht leichten wirtschaftlichen Umfeld und bei anhaltend starkem Wettbewerb gelingt es dem Geschäftsfeld Financial Markets dennoch bisher, im Geschäft mit verbundenen Sparkassen des Geschäftsgebietes über die ganzheitliche Betreuung im Kredit-, Geld- und Kapitalmarktgeschäft ein befriedigendes Ergebnis zu erreichen. Im Konsortialgeschäft mit Firmenkunden der verbundenen Sparkassen standen neben dem klassischen Finanzierungsgeschäft erneut das Zins- und Währungsmanagement sowie das dokumentäre Auslandsgeschäft im vertrieblichen Fokus. Daneben hat die Bremer Landesbank die Verbundsparkassen in ihr erfolgreiches Spezial- und Projektfinanzierungsgeschäft über Syndizierungsaktivitäten eingebunden.

Institutionelle Kunden

Die Sales-Einheiten des Geschäftsfeldes verzeichneten in dem vom konjunkturellen und politischen Umfeld geprägten Geld- und Kapitalmarkt in 2016 einen ganzjährig intensiven Beratungs- und Absicherungsbedarf im Liquiditäts-, Zins-, Rohstoff- und Währungsmanagement der betreuten Kunden.

Die daraus resultierenden Geschäftsumsätze im Kundengeschäft entwickelten sich 2016 auf Vorjahresniveau. Hierbei konnte das Risikomanagement für die Kunden aus dem Commodity-Sektor weiterhin ausgebaut und um den Sektor Milchwirtschaft ergänzt werden.

2.3.5 Gesamtaussage

Die Geschäftsentwicklung der BLB im Jahr 2016 wurde massiv durch die Krise im Schifffahrtssegment beeinträchtigt und hatte gravierenden Einfluss auf das handelsrechtliche Ergebnis der BLB. Erstmals ist es in 2016 nicht gelungen, den weit überproportionalen Anstieg der Risikovorsorge durch das operative Ergebnis und/oder die Realisierung bestehender Reserven auszugleichen. Das Geschäftsjahr 2016 wird daher mit einem sehr deutlichen Verlust abgeschlossen. Das Ergebnis betrachtet die Bank als ungenügend.

Mit der zu Beginn des Jahres 2017 wirksamen vollständigen Übernahme durch die NORD/LB, dem Abschluss eines Beherrschungsvertrages mit Verlustausgleichsanspruch mit der Konzernmutter, einer vom Mutterunternehmen abgegebenen harten Patronatserklärung für die BLB, der Durchführung einer Kapitalerhöhung sowie der Beantragung eines sogenannten Waivers sieht sich die Bank auf einem guten Weg.

Es wurde gemeinsam mit der NORD/LB ein Projekt initiiert, welches sich mit einem überschneidungsfreien Geschäftsmodell beider Banken, einem daran angepassten Betriebsmodell sowie der Arbeitshypothese einer Integration der BLB in die NORD/LB beschäftigt. Die Ergebnisse werden derzeit im Projekt erarbeitet und den Gremien beider Institute nach Finalisierung zur Entscheidung vorgelegt.

3 Prognose- und Chancenbericht

3.1 Chancen

Die weiterhin massiven Beeinträchtigungen an den Schiffahrtsmärkten hatten im Jahr 2016 gravierenden Einfluss auf das Ergebnis der Bremer Landesbank.

Dieser wird aller Voraussicht nach auch im kommenden Jahr deutlich spürbar bleiben. Sollte die Markterholung schneller als allgemein erwartet einsetzen, ergeben sich Chancen auf ein verbessertes Ergebnis der Bank.

Unterstützende Impulse im Geschäft werden von den mittlerweile umgesetzten Großprojekten, wie z. B. in der Hafenvirtschaft, von der Geschäftsausweitung in Zukunftsbranchen und der stärker fokussierten Aufstellung der Geschäftsfelder erwartet.

Der Wettbewerb im Kreditgewerbe wird weiter zunehmen. Speziell der in der Vergangenheit oftmals untergewichtete Mittelstand ist mittlerweile in den Fokus der Großbanken geraten.

Mit Blick auf Wettbewerbsvorteile wie ortsansässige Beratung, kurze Entscheidungswege und Kapitalmarktkompetenz vor Ort, Expertise im Auslandsgeschäft und eine umfangreiche Produkt- und Leistungspalette ist die Bremer Landesbank dennoch zuversichtlich, sich im Wettbewerb um dieses ertragreiche Geschäft nicht nur zu behaupten, sondern ihre Marktanteile auch durchaus noch weiter ausbauen zu können. Die nachhaltig gestärkte Kooperation mit den verbundenen Sparkassen und Landesbanken, kurze Entscheidungswege und eine hohe Reaktionsgeschwindigkeit bilden Erfolg versprechende Rahmenbedingungen für eine weitere solide Entwicklung des Ergebnisses in den Kerngeschäftsfeldern.

3.2 Prognose

Wesentliche Annahmen der Prognose

Die Planung basiert auf der volkswirtschaftlichen Prognose der NORD/LB-Gruppe für die Jahre 2017 bis 2021. Grundlegende Annahmen bilden ein Rahmenwerk für: weltwirtschaftliche Entwicklung, reales Welthandelsvolumen, Rohölpreis, BIP-Wachstum in den USA, Wachstumsdynamik in den Emerging Markets und USD-Entwicklung. Von diesem Rahmenwerk werden die Makroprognosen für Deutschland, Euroland und die wesentlichen Auslandsmärkte abgeleitet. Die detaillierte Prognose für Zinsen und Spreads umfasst einzelne Finanzinstrumente in differenzierten Laufzeitbändern. Es wird im Rahmen der Mittelfristprognose mit einem zunächst anhaltenden Niedrigzinsumfeld und einer nur langsam einsetzenden Erholung der Planungszinssätze ab dem Jahr 2018 gerechnet. Die Prognose für Wechselkurse wird für die wesentlichen relevanten Wechselkurse vorgenommen. Der USD verbleibt über den Planungshorizont stark gegenüber dem Euro, wobei Letzterer nur langsam an Wert gewinnt.

Im Bereich der Sachaufwendungen erfolgt eine Prognose für die Preisentwicklung zentraler Kostenblöcke wie EDV, Mieten etc.

Basierend auf der Annahme einer anhaltenden Krise in der Handelsschifffahrt mit zunächst nur schwachen Erholungstendenzen für das Jahr 2017, wird mit weiteren Ergebnisbelastungen gerechnet. Im weiteren zeitlichen Verlauf wird für die jeweiligen Schiffssegmente die Erholung der Charterraten für unterschiedliche Zeitpunkte prognostiziert. Dann führt eine absinkende Risikovorsorge dazu, dass die Geschäftserfolge der übrigen Geschäftsfelder wieder stärker das Gesamtergebnis der Bremer Landesbank prägen.

Die Bremer Landesbank wird in Folge der Änderung ihrer Eigentümerstruktur künftig voraussichtlich mit einem geänderten Geschäftsmodell operieren. Es wurde gemeinsam mit der NORD/LB ein Projekt initiiert, welches sich mit einem überschneidungsfreien Geschäftsmodell beider Banken, einem daran angepassten Betriebsmodell sowie der Arbeitshypothese einer Integration der BLB in die NORD/LB beschäftigt. Die Ergebnisse werden derzeit im Projekt erarbeitet und den Gremien beider Institute nach Finalisierung zur Entscheidung vorgelegt. Ziel ist die Realisierung umfassender Synergien, um langfristig eine deutliche Verbesserung der Kostenstruktur der NORD/LB-Gruppe zu unterstützen. Sämtliche Prognosen in diesem Bericht beziehen sich auf das bestehende Geschäftsmodell, da aus dem genannten Projekt keine abschließenden Ergebnisse vorliegen und sämtliche Geschäftsaktivitäten im organisatorischen Rahmen des NORD/LB-Konzerns weitergeführt werden.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Nach den Planungen der Bank wird sich das Zinsergebnis über den Planungshorizont auf dem Niveau von 2016 stabilisieren. Der Ausweitung des Geschäftsvolumens bei erneuerbaren Energien sowie in anderen Geschäftsfeldern stehen hierbei nachlassende Zinserträge aus Schiffsfinanzierungen gegenüber. Diese sind bedingt durch einen Abbau des Kreditvolumens und Margenverzichte im Rahmen von Restrukturierungen. Belastungen des Zinsergebnisses der Gesamtbank entstehen hierbei zusätzlich auf der Passivseite durch ein anhaltendes Niedrigzinsumfeld, so dass sich bestehende Wachstumstrends insbesondere in den Geschäftsfeldern Firmenkunden und Privatkunden reduzieren.

Durch Maßnahmen zur Steigerung der Risikotragfähigkeit wie z.B. die erfolgreiche Durchführung von synthetischen Verbriefungen im Jahr 2015 und 2016 sinkt das Provisionsergebnis 2017 leicht unter das Niveau der Vorjahre. Mit einer tilgungsbedingten Abnahme des Volumens der durchgeführten synthetischen Verbriefungen über den Planungshorizont kommt es zu einer langsamen Erholung des Provisionsergebnisses.

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften ist aufgrund der kurzfristigen Natur der Geschäfte und der Marktschwankungen volatil und entsprechend schwer zu prognostizieren. Über den Planungshorizont wird ab dem Jahr 2017 mit einem stabilen Nettoergebnis auf dem Niveau der Vorjahre gerechnet.

Für 2017 erwartet die Bank leicht unter dem Vorjahr liegende Personalaufwendungen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich insbesondere aufgrund von regulatorischen Projekten im Jahr 2016 stark gegenüber dem Vorjahr erhöht. Wegen des anhaltenden regulatorisch getriebenen Kostendrucks wird in den Folgejahren, ausgehend von dem aktuell hohen Kostenniveau, nur schrittweise mit einer Erholung gerechnet. Für 2017 wird dennoch mit einem leichten Rückgang gerechnet.

Im Berichtsjahr wurde aufgrund der weiteren Verschlechterung der Marktsituation im Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen die Risikovorsorge an die geänderten Ertragserwartungen angepasst. Die unverändert gültigen Inputfaktoren zur Bewertung von Schiffsfinanzierungen wurden regelmäßig validiert und quantitativ angepasst, um die weiter anhaltende Krise der Handelsschifffahrt voll zu reflektieren. Auch für das Jahr 2017 wird sich zunächst eine hohe Risikovorsorge ergeben. Diese bleibt jedoch deutlich unter dem Niveau des Jahres 2016. Auf Basis der Einschätzung sich mittelfristig erholender Charraten reduziert sich die jährlich erwartete Risikovorsorge deutlich.

Mit weiterhin hohen, jedoch deutlich niedriger als in 2016 ausfallenden Risikovorsorgeaufwendungen durch die sich weiter fortsetzende Krise an den Schifffahrtsmärkten wird sich das Ergebnis vor Steuern nach den Einschätzungen der Bank im Jahr 2017 zwar deutlich verbessern, ein Verlust in unterer dreistelliger Millionenhöhe kann dennoch möglich sein. Erst im weiteren Verlauf wird sich im Planungshorizont wieder ein positives Ergebnis ergeben.

Leistungsindikatoren

Mit weiterhin hohen, jedoch deutlich niedriger als in 2016 ausfallenden Risikovorsorgeaufwendungen durch die sich weiter fortsetzende Krise an den Schifffahrtsmärkten wird sich das Ergebnis vor Steuern nach den Einschätzungen der Bank im Jahr 2017 zwar deutlich verbessern, ein Verlust in unterer dreistelliger Millionenhöhe kann dennoch möglich sein. Erst im weiteren Verlauf wird sich im Planungshorizont wieder ein positives Ergebnis ergeben. Damit einhergehend wird ein deutlicher Anstieg des für 2017 noch negativen Return on Equity erwartet.

Im Jahr 2017 wird aufgrund eines Sondereffektes eine deutlich verbesserte Cost-Income-Ratio erwartet.

Die Risikovorsorgeaufwendungen werden im Vergleich zu 2016 stark zurückgehen, jedoch in 2017 weiter auf einem hohen Niveau verbleiben. Die Risikoquote wird demnach in 2017 deutlich rückläufig sein.

Im Hinblick auf den bestehenden Druck auf die Risikotragfähigkeit und die Kapitalquoten wurde ein Waiverantrag gestellt, so dass diese Größen ab Genehmigung des Antrags künftig im Verbund mit der NORD/LB AöR sowie auch der Deutschen Hypo zu steuern und einzuhalten sind.

Prognose der Geschäftsfelder

In der Planung und der Prognose unterscheidet die Bremer Landesbank diese beiden wesentlichen Dimensionen: Erträge vor Risiko (Zinsüberschuss vor Risiko, Provisionsüberschuss, Nettoergebnis aus Finanzgeschäften) und Ergebnis vor Steuern.

3.3 Gesamtaussage

Eine sich verschärfende Krise der Handelsschifffahrt hat im Jahr 2016 zu einer starken Erhöhung der Risikovorsorge und einem hohen Verlust der Gesamtbank geführt.

Im Berichtsjahr wurde aufgrund der weiteren Verschlechterung der Marktsituation im Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen die Risikovorsorge an die geänderten Ertragserwartungen angepasst. Die unverändert gültigen Inputfaktoren zur Bewertung von Schiffsfinanzierungen wurden regelmäßig validiert und quantitativ angepasst, um die weiter anhaltende Krise der Handelsschifffahrt voll zu reflektieren. Auf Basis der Einschätzung sich mittelfristig erholender Charterraten reduziert sich die jährlich erwartete Risikovorsorge deutlich.

Die Ergebnisentwicklung im Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen ist weiterhin von der Schiffskrise geprägt. Eine Markterholung in Form von steigenden Charterraten und Marktwerten der Schiffe kann nicht oder nur zu einem anderen Zeitpunkt und in einer anderen Ausprägung als bislang in der Planung angenommen einsetzen – mit entsprechenden Risiken, aber auch Chancen für die Risikovorsorge, die Ergebnisentwicklung und Eigenkapitalquoten der Bank. Abweichungen in der Umsetzung des geplanten Portfolioabbaus in Verbindung mit der Marktwertentwicklung könnten zusätzliche Wertberichtigungen erforderlich machen. Weitere Insolvenzen von Reedereien und Schiffsgesellschaften führen möglicherweise ebenfalls zu einer Abweichung bei der erwarteten Risikovorsorgebildung. Gleichzeitig gibt es aufgrund des allgemeinen „Anlagenotstands“ die Chance, opportunistisch agierende Investoren für wertschonende Auffanglösungen bei Restrukturierungen/Insolvenzen zu finden.

Den entstandenen Belastungen im Hinblick auf Kapitalquoten und Risikotragfähigkeit wurde durch die Beantragung eines Kapitalwaivers Rechnung getragen. Zudem wurde in Folge des eingetretenen Verlusts die Eigentümerstruktur der Bremer Landesbank geändert und das Institut vollständig durch die NORD/LB übernommen. Diese Maßnahme ermöglicht langfristig eine nachhaltige Ertragsstärkung des NORD/LB-Konzerns durch eine Hebung von Synergien und auch die Schaffung eines überschneidungsfreien Geschäftsmodells. Alle Aussagen innerhalb des Lageberichts beziehen sich zunächst auf das bestehende Geschäftsmodell. Mögliche künftige Synergieeffekte oder Restrukturierungskosten sind nicht berücksichtigt.

Mit weiterhin hohen, jedoch deutlich niedriger als in 2016 ausfallenden Risikovorsorgeaufwendungen durch die sich weiter fortsetzende Krise an den Schifffahrtsmärkten wird sich das Ergebnis vor Steuern nach den Einschätzungen der Bank im Jahr 2017 zwar deutlich verbessern, ein Verlust in unterer dreistelliger Millionenhöhe kann dennoch möglich sein. Erst in den Folgejahren wird die BLB nachhaltig in die Gewinnzone zurückkehren.

4 Risikobericht

4.1 Steuerungssysteme

4.1.1 Generelles Risikomanagement

Risikomanagement – Grundlagen und Anwendungsbereich

Als Risiko definiert die BLB aus betriebswirtschaftlicher Sicht die Möglichkeit direkter oder indirekter finanzieller Verluste aufgrund unerwarteter negativer Abweichungen der tatsächlichen von den prognostizierten Ergebnissen der Geschäftstätigkeit.

Die Bank führt mindestens einmal jährlich bzw. anlassbezogen einen bereichsübergreifenden Prozess zur Herleitung eines Gesamtrisikoprofils nach den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) AT 2.2 bzw. AT 4.5 durch (Risikoinventur). Das Gesamtrisikoprofil bildet die für die Bank relevanten Risikoarten ab. Ergänzend erfolgt eine weitere Differenzierung zwischen wesentlichen und nicht wesentlichen Risiken. Wesentlich sind in diesem Zusammenhang alle relevanten Risikoarten, welche die Kapitalausstattung, die Ertragslage, die Liquiditätslage oder das Erreichen von strategischen Zielen der Bank wesentlich beeinträchtigen können.

Als für die Bank wesentliche Risiken gelten Adressrisiken (Kredit- und Beteiligungsrisiken), Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken. Als relevant gelten daneben Geschäfts- und strategische Risiken inkl. Verbundrisiken, Reputationsrisiken, Immobilienrisiken und Pensionsrisiken.

Von den wesentlichen Risiken stellen die Kreditrisiken für die BLB als Kreditbank das bedeutendste Risiko dar. Daneben haben auch Marktpreisrisiken und Liquiditätsrisiken eine hohe Bedeutung. Die weiteren wesentlichen Risiken Beteiligungsrisiko und operationelles Risiko sind von untergeordneter Bedeutung.

Risiko/Subrisiko (Risikouniversum)			Relevant	Wesentlich		
Adressrisiken	Kreditrisiken	Klassisches Kreditrisiko	x	x		
		Adressrisiko des Handels			Ausfallrisiko im Handel	
					Wiedereindeckungsrisiko	
					Settlementrisiko	Vorleistungsrisiko
						Abwicklungsrisiko
	Emittentenrisiko					
Beteiligungsrisiken		x	x			
Marktpreisrisiken	Zinsrisiken	x	x			
	Währungsrisiken					
	Aktienkursrisiken					
	Fondspreisrisiken					
	Volatilitätsrisiken					
	Credit-Spread-Risiken					
Liquiditätsrisiken	Rohwarenrisiken	–	–			
	Klassisches Liquiditätsrisiko	x	x			
Operationelle Risiken	Liquiditäts-Spread-Risiken					
	Operationelle Risiken (i. e. S.)	x	x			
	Rechtsrisiken					
	Compliance-Risiken					
	Outsourcing-Risiken					
	Insourcing-Risiken					
	Conduct Risk					
	Fraud-Risiken					
	Modellrisiken					
	IT-Risiken					
Personalrisiken						
Weitere Risiken	Geschäfts- und strategische Risiken inkl. Verbundrisiken	x	–			
	Reputationsrisiken	x	–			
	Immobilienrisiken	x	–			
	Pensionsrisiken	x	–			
	Restwertrisiken	–	–			
	Versicherungstechnische Risiken	–	–			
	Kollektivrisiken	–	–			

Die Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung des Risikomanagementprozesses werden Kreditinstituten bzw. Kreditinstitutgruppen auf der Grundlage von § 25a des KWG durch die MaRisk vorgegeben. Demnach umfasst eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation unter anderem die Festlegung von Strategien auf der Grundlage von Verfahren zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, die sowohl die Risiken als auch das zu deren Abdeckung vorhandene Kapital beinhalten.

In der Risikoberichterstattung werden die Risiken überwiegend nach Anwendung von Risikobegrenzungsmaßnahmen dargestellt. Eine Ausnahme stellt die Darstellung des Kreditexposures dar.

Risikomanagement – Strategien

Die risikopolitischen Grundsätze der BLB entsprechen denen der NORD/LB-Gruppe. Die Handbücher, Methodenhandbücher und Fachkonzepte der NORD/LB-Gruppe werden durch institutsspezifische Dokumente der BLB konkretisiert oder ergänzt.

Die BLB fördert im Sinne einer risikoorientierten Unternehmenskultur den bewussten Umgang mit Risiken. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sind in der Bank klar geregelt. Die Gesamtverantwortung für die wesentlichen Elemente des Risikomanagements trägt der Gesamtvorstand.

Der Vorstand hat eine nachhaltige Geschäftsstrategie sowie eine dazu konsistente Risikostrategie festgelegt. Diese orientiert sich an den Vorgaben der MaRisk und an der Risikostrategie für die NORD/LB-Gruppe. In der Strategie spiegelt sich die nachhaltige Risikopolitik des Geschäftsmodells der BLB wider. Sie dient als Leitlinie für die BLB und enthält Aussagen zu den risikopolitischen Grundsätzen und zur Organisation des Risikosteuerungsprozesses der wesentlichen Risikoarten. Die Risikostrategie wird mindestens jährlich überprüft, dem Aufsichtsrat der BLB zur Kenntnis gegeben und mit ihm erörtert.

Risikomanagement – Struktur und Organisation

Der Vorstand hat ein Risikomanagementsystem eingerichtet, das die gesetzlichen Anforderungen berücksichtigt. Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoerkennung und zum Umgang mit den Risiken aus dem Bankgeschäft. Der Risikomanagementprozess unterliegt einer stetigen Überprüfung und Weiterentwicklung hinsichtlich der Aufbau- und Ablauforganisation, der Methodik der Risikoquantifizierung sowie der Aktualität relevanter Parameter.

Im Rahmen des Prozessschrittes Risikoidentifikation werden die für die Bank relevanten Risikoarten mindestens jährlich sowie anlassbezogen identifiziert und auf ihre Wesentlichkeit hin analysiert. Die wesentlichen Risiken durchlaufen danach die weiteren Prozessschritte Risikobewertung, Risikoreporting sowie Risikosteuerung und Überwachung. Die Prozessschritte werden laufend in einem von der Risikoart abhängenden Rhythmus durchgeführt. Die Instrumentarien zur Risikosteuerung werden sowohl durch betriebsorganisatorische Maßnahmen als auch durch die Anpassung von Risikomess- und Risikosteuerungsparametern laufend verfeinert.

Das bankweit veröffentlichte Risikohandbuch hat die Funktion eines Klammerdokuments und verbindet die drei Dimensionen Strategien, Methoden und Prozesse. Es trägt zu einem einheitlichen Risikoverständnis innerhalb der Bank bei, ist Basis für die Weiterentwicklung des Risikobewusstseins und schafft die notwendige Transparenz. Konkretisierungen und Details werden in risikoartenspezifischen Risikohandbüchern, Rahmendokumenten und Arbeitsanweisungen geregelt und durch Vorstandsbeschlüsse ergänzt. Im Rahmen der Anforderungen an die schriftlich fixierte Ordnung werden die Dokumente des Risikomanagementsystems regelmäßig aktualisiert.

Die Bank hat risikoartenspezifische Frühwarnindikatoren eingerichtet, die dazu beitragen, latente Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu analysieren und an die zuständigen Entscheidungsträger weiterzuleiten.

Grundsätzlich sind der Vorstand und die am Risikomanagementsystem beteiligten Organisationseinheiten (OEs) in gruppenweite Gremien einbezogen, um die Vorgaben der Risikostrategie der NORD/LB-Gruppe einzuhalten. Gruppenweite methodische Standards werden so gewährleistet und weiterentwickelt bzw. abweichende institutsspezifische Regelungen werden abgestimmt.

Das Risikocontrolling ist auf Gesamtbankebene dafür verantwortlich, die verschiedenen Risiken zu identifizieren, messbar zu machen, zu bewerten und darüber zu informieren. Die Gruppen Risikotragfähigkeit/Kreditrisiko, Aufsicht/Liquiditätsrisiko und Marktrisiko/Bewertungsmethoden entwickeln in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe die Methoden, implementieren die notwendigen Systeme, überwachen den gesamten Risikomanagementprozess und berichten über die Risiken.

Die Gruppe Prozess-/Projektmanagement verantwortet die Methodik des IKS der Bank als Teil der prozess- und risikoorientierten Aufbau- und Ablauforganisation und fördert somit die Prozesssicherheit und das Risikobewusstsein im Unternehmen. Das IKS ist in der BLB einheitlich strukturiert. Das hierzu eingeführte IKS-Rahmenwerk, welches sich am Rahmenwerk des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) für interne Kontrollen orientiert, beinhaltet eine spezifische Ablauf- und Aufbauorganisation. Durch die Anwendung standardisierter Methoden und Verfahren wird ein bankweit angemessenes sowie wirksames IKS sichergestellt und eine nachhaltige Optimierung angestrebt.

Der Bereich Compliance fungiert als zentrale Beratungs- und Überwachungsstelle zur Einhaltung der Anforderungen an die Bank, unter anderem in den Themenbereichen Wertpapier-Compliance, Geldwäscheprävention, Finanzsanktionen, Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen und Risk-Compliance. Er berichtet direkt an den Vorstand.

Die interne Revision ist ein Instrument des Vorstands und versteht sich im Rahmen des Risikomanagements als dritte Verteidigungslinie der Bank. Sie prüft risikoorientiert und prozessunabhängig die Angemessenheit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit der Bank. Sie fördert damit die Weiterentwicklung der Steuerungs- und Überwachungsverfahren. Unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und unter Vermeidung von Interessenkonflikten begleitet sie wesentliche Projekte und wird beratend tätig.

Der Neue-Produkte-Prozess regelt den Umgang mit neuen Produkten, neuen Märkten, neuen Vertriebswegen und neuen Dienstleistungen. Wesentliches Ziel des Neue-Produkte-Prozesses ist, dass alle Auswirkungen der neuen Geschäftsaktivität auf das Risikoprofil und das Risikomanagement im Vorfeld der Geschäftsaufnahme aufgezeigt, analysiert und bewertet werden. Die Aufnahme der neuen Geschäftsaktivität wird abschließend durch den Vorstand beschlossen.

Das Risikoberichtssystem gewährleistet die frühzeitige Risikoerkennung und stellt dem Vorstand die für die Risikosteuerung nötigen Informationen, auf Anforderung auch weitere Analysen und Zwischenberichte zur Verfügung und unterstützt die dezentrale Risikosteuerung in den Geschäftsfeldern.

Dem Risikoausschuss, einem Ausschuss des Aufsichtsrates, wird fünfmal pro Jahr über die Risikosituation berichtet. Dem Risikoausschuss ist durch den Aufsichtsrat die Aufgabe übertragen, in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere den Vorstand in der laufenden Geschäftsführung nach den Weisungen des Aufsichtsrates zu überwachen und die Sitzungen des Aufsichtsrates vorzubereiten.

Weiterführende Aussagen zur Organisation des Risikomanagements sowie zu den einzelnen Berichten finden sich in den folgenden Teilabschnitten je Risikoart.

Risikomanagement – Risikotragfähigkeitsmodell

Die aus den wesentlichen Risiken der BLB identifizierten Risikopotenziale sind durch das Risikokapital laufend abzudecken. Die Überwachung erfolgt auf Grundlage des Risikotragfähigkeitsmodells (RTF-Modell).

Das RTF-Modell besteht aus drei Betrachtungsebenen:

- Die erste Betrachtungsebene stellt die Going-Concern-Sicht (bzw. Business Case) dar und geht von der Unternehmensfortführung auf Basis des bestehenden Geschäftsmodells aus. Diese Betrachtungsebene ist maßgeblich für die Beurteilung der Risikotragfähigkeit gemäß den MaRisk. Die Risikomessung basierte 2016 auf einem Konfidenzniveau von 95 % und stellt die gesamten ökonomisch ermittelten Risikopotenziale dem Risikokapital gegenüber. Das Risikokapital wird im Zuge einer Engpassbetrachtung aus den freien Eigenmitteln gemäß CRR zu festgelegten Mindestquoten (Gesamtkapital und Kernkapital) ermittelt und bezüglich verschiedener Aspekte angepasst. Der Fokus liegt auf dieser ersten Betrachtungsebene.
- Die zweite Betrachtungsebene ist als Gone-Concern-Sicht (Liquidationsszenario) ausgestaltet und wird als Nebenbedingung geführt. Sie stellt darauf ab, dass bei einer fiktiven Liquidation (ohne Abstellen auf Zerschlagungswerte) die Gläubiger vollständig befriedigt werden könnten. Auf der Gone-Concern-Betrachtungsebene wird bei der Ermittlung des Risikopotenzials auf ein höheres Konfidenzniveau von 99,9 % abgestellt. Hierbei werden schwerwiegende Ereignisse unterstellt, welche in dieser Höhe statistisch betrachtet circa alle 1.000 Jahre auftreten. Kapitalseitig werden sämtliche Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile und stille Lasten einbezogen. Unterjährig risikokapitalwirksame Effekte werden berücksichtigt. Bei Verzehr des zur Abdeckung der Risiken benötigten Kapitals wäre eine Fortführung der Bank unter ansonsten unveränderten Annahmen grundsätzlich nicht mehr möglich.
- In der dritten Betrachtungsebene, der Regulatorik, wird die Risikotragfähigkeit auf Basis der regulatorischen Vorgaben geprüft. Kapitalseitig wird auf alle aufsichtsrechtlichen Kapitalbestandteile abgestellt. Diese Sichtweise ist als strenge Nebenbedingung einzuhalten.

Die Ausgestaltung des RTF-Modells sieht vor, dass die Gone-Concern-Betrachtungsebene in ihrer Funktion impulsgebend für die zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit maßgeblichen Going-Concern-Betrachtungsebene sein kann. Die Ableitung operativer Limite für die als wesentlich identifizierten Risikoarten aus der Betrachtung der Risikotragfähigkeit erfolgt unter Berücksichtigung der in der Risikostrategie vorgenommenen Risikokapitalallokation auf der Grundlage der Going-Concern-Betrachtungsebene. Parallel hierzu werden RWA-Obergrenzen für die Geschäftsfelder der Bank festgelegt. Die genannten Kennzahlen und Limite werden im Rahmen der monatlichen Berichterstattung überwacht. Diversifikationseffekte zwischen einzelnen Risikoarten werden aus konservativen Bewertungsgrundsätzen nicht berücksichtigt.

Die Ermittlung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt auch Risikokonzentrationen, sowohl innerhalb einer Risikoart als auch über die Risikoarten hinweg. Konzentrationen innerhalb einer Risikoart betreffen maßgeblich Kreditrisiken als bedeutendste Risikoart der BLB. Diese werden über das interne Kreditrisikomodell in das RTF-Modell integriert. Risikoartenübergreifende Konzentrationen werden mit gezielten Stresstests regelmäßig überwacht und berichtet.

Bei der Auswahl der Stressszenarien werden bewusst Geschäfts- und Risikoschwerpunkte der BLB herangezogen. Grundlage der Auswahl bildet das im NORD/LB-Konzern durchgeführte ausgedehnte Interviewverfahren. Die erhobenen Risikofelder werden priorisiert und bei entsprechender Bedeutung einer detaillierten Szenarioanalyse unterzogen. Diese Szenarioanalyse ist zunächst losgelöst von den bei der Risikopotenzialmessung getroffenen Annahmen über Konzentration und Diversifikation. Insofern stellt das Verfahren einen unabhängigen Ansatz dar, Konzentrationen zu bewerten. Ziel ist es, Szenarien zu entwickeln, bei denen alle wesentlichen Konsequenzen auf die maßgeblichen Kennzahlen der Bank erfasst werden.

Die im Konzern ausgewählten Szenarien werden in der BLB auf ihre Relevanz hin bewertet und bei Bedarf um institutsspezifische Szenarien erweitert, die den individuellen Geschäftsschwerpunkten Rechnung tragen. Alle Szenarien und Parameter werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert.

Für die Steuerung des Kreditportfolios hat die BLB aus der Risikotragfähigkeit abgeleitete Limitsysteme auf Adress-, Länder- und Branchenebene implementiert. Die sich aus der Geschäftsstrategie ergebenden Konzentrationsschwerpunkte in den Branchen Schifffahrt und Energieversorgung werden zur Vermeidung von Risikokonzentrationen im Rahmen des Branchenlimitsystems gesteuert.

Die BLB strebt eine hohe Diversifikation des Geschäftsportfolios mittels Assetklassen an, die unterschiedlichen Marktzyklen unterliegen. Hierbei zielt die BLB langfristig auf eine Portfoliostruktur ab, die ein Gleichgewicht des großvolumigen Spezialfinanzierungsgeschäfts mit Schiffs- und Energiekunden auf der einen Seite und granularem Geschäft aus den Aktivitäten mit Privat- und Firmenkunden auf der anderen Seite sicherstellt. Durch diese Struktur soll die Bildung von Klumpenrisiken begrenzt und das Portfolio insgesamt weniger zyklusanfällig werden.

Der monatlich erstellte Bericht über die Risikotragfähigkeit (RTF-Bericht) bildet das zentrale Instrument der internen Risikoberichterstattung auf Einzelinstitutsebene gegenüber dem Vorstand sowie den Aufsichtsgremien. Die Einhaltung der Vorgaben der Risikostrategie zur Risikoneigung und zur Allokation des Risikokapitals auf die wesentlichen Risikoarten wird hiermit regelmäßig überprüft. In der Berichterstattung ist darüber hinaus ein Forecast auf die Entwicklung der wesentlichen Quoten und Kennziffern zur Risikotragfähigkeit für das laufende und das nächste Jahr enthalten.

4.1.2 Kreditrisiko – Management

Kreditrisiko – Strategie

Die BLB ist eine regional ausgerichtete Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft. Für die Bank stellt das Kreditgeschäft und somit das Management von Kreditrisiken eine Kernkompetenz dar, die es gilt, permanent weiterzuentwickeln und auszubauen.

Um den besonderen Erfordernissen jedes einzelnen Geschäftsfeldes gerecht zu werden, hat die Bank für jedes Marktsegment Finanzierungsgrundsätze festgelegt, die für den zuständigen Marktbereich verbindliche Leitplanken für das Kreditneugeschäft darstellen. Der Fokus im Kreditneugeschäft liegt auf Abschlüssen mit Kunden von guter Bonität. Das Credit-Investment-Portfolio ist weitreichend abgebaut. Im Segment Schiffe beschränken sich Neuabschlüsse auf Finanzierungen im Rahmen der Restrukturierung bestehender Kreditengagements.

Kreditrisiko – Struktur und Organisation

Das Adressrisiko (inklusive Länderrisiko) umfasst das Kreditrisiko und das Beteiligungsrisiko. Das Risikopotenzial des Adressrisikos wird aktuell über die separate Quantifizierung des Kredit- und Beteiligungsrisikos ermittelt. Neben das originäre Adressrisiko tritt bei grenzüberschreitenden Transaktionen das Länderrisiko (Transferrisiko). Es beinhaltet die Gefahr, dass trotz Fähigkeit und Willigkeit der Gegenpartei, den Zahlungsansprüchen nachzukommen, ein Verlust aufgrund übergeordneter staatlicher Hemmnisse entsteht.

Das Kreditrisiko untergliedert sich in das klassische Kreditrisiko und in das Adressrisiko des Handels.

- Das klassische Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Kreditschuldners ein Verlust eintritt.
- Das Adressrisiko des Handels bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners bzw. eines Vertragspartners bei Handelsgeschäften ein Verlust eintritt. Es gliedert sich in das Ausfallrisiko im Handel, das Wiedereindeckungs-, das Settlement- und das Emittentenrisiko.
 - Das Ausfallrisiko im Handel bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners ein Verlust eintritt. Es entspricht dem klassischen Kreditrisiko und bezieht sich auf Geldhandelsgeschäfte der Bereiche Geldmarkt bzw. Treasury.

- Das Wiedereindeckungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass in einer schwebenden Transaktion mit positivem Marktwert der Vertragspartner ausfällt und diese Transaktion mit Verlust wieder eingedeckt werden muss.
- Das Settlementrisiko untergliedert sich in das Vorleistungs- und das Abwicklungsrisiko. Das Vorleistungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass bei Erfüllung eines Geschäftes nach erbrachter eigener (Vor-)Leistung keine Gegenleistung durch den Vertragspartner erfolgt bzw. bei gegenseitiger Aufrechnung der Leistungen die Ausgleichszahlung nicht erbracht wird. Das Vorleistungsrisiko kann ausgeschlossen werden, wenn der Gegenwert vom Vertragspartner vorab valutengerecht angeschafft wird bzw. Zug um Zug anzuschaffen ist oder wenn entsprechende Deckung besteht. Das Abwicklungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Transaktionen zum vertraglich vereinbarten Erfüllungszeitpunkt oder nach dessen Ablauf beidseitig nicht abgewickelt werden können.
- Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Emittenten oder eines Referenzschuldners (Kreditderivate) ein Verlust eintritt.

Im Hinblick auf kontrahentenspezifische Risiken wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

Entsprechend den MaRisk gewährleistet die Aufbauorganisation der BLB für das Kreditgeschäft eine funktionale Trennung der Marktbereiche von der Marktfolge bzw. dem Risikocontrolling bis auf Vorstandsebene. Die Aufgaben der unabhängigen Marktfolge werden vom Bereich Kreditrisikomanagement, die Aufgaben der unabhängigen Überwachung der Risiken auf Portfolioebene und das unabhängige Berichtswesen der OE Risikotragfähigkeit/Kreditrisiko im Bereich Risikocontrolling wahrgenommen.

Das von der Bank gewählte Modell zur Funktionstrennung im Kreditentscheidungsprozess trägt ihrer strategischen Ausrichtung als regional ausgerichteter Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft Rechnung, indem die Kreditentscheidung sowohl eine qualitativ hochwertige Risikoanalyse im Rahmen des Marktquotums als auch ein Zweitvotum des Kreditrisikomanagements voraussetzt, welches damit die unabhängige und einheitliche Qualitätssicherungsfunktion für die Risikobeurteilung im Kreditgeschäft übernimmt. Das Kreditrisikomanagement ist neben der Erstellung des Zweitvotums für die Überprüfung und Festsetzung des Ratings, die Überprüfung von Sicherheitenwerten, die Bearbeitung und Betreuung der Sanierungs-/Abwicklungsfälle und der Risikovorsorge sowie die Gestaltung der Prozesse und Regelwerke des Kreditgeschäftes der Bank zuständig. Der Bereich Kreditrisikomanagement überwacht unabhängig von den Marktbereichen die Risiken auf Einzelkreditnehmerebene bzw. der Teilportfolioebene. Ferner obliegen dem Bereich die Optimierung und Qualitätssicherung des gesamten Kreditprozesses (Markt, Kreditrisikomanagement) sowie die zentrale Zuständigkeit für die Regularien und die Meldungen der Großkredite gemäß Art. 392 CRR bzw. der Millionenkredite gemäß § 14 KWG.

Ab bestimmten Größenordnungen werden Entscheidungen durch den Vorstand, den Risikoausschuss bzw. dessen Vorsitzenden getroffen.

Basis der operativen Tätigkeiten im Kreditgeschäft sind die in den Organisationsrichtlinien der Bank enthaltenen Arbeitsanweisungen und internen Richtlinien, insbesondere die Kredit-, Zuständigkeits-, Votierungs-, Sicherheiten- und Ratingrichtlinien, welche die wesentlichen Grundsätze der Kreditvergabe enthalten.

Die gesamte Methodenhoheit (Rating, Scoring, Risikomodellierung und Validierung) ist im Risikocontrolling gebündelt.

Kreditrisiko – Sicherheiten

Für die Bemessung der Adressausfallrisiken sind neben der Bonität der Kreditnehmer bzw. der Kontrahenten auch die zur Verfügung gestellten banküblichen Sicherheiten und andere Risikominderungsstechniken von wesentlicher Bedeutung. Die Bank nimmt daher zur Reduzierung des Adressausfallrisikos in- und ausländische Sicherheiten in Form von Gegenständen und Rechten (Beleihungsobjekten) herein. Bei der Hereinnahme von Sicherheiten wird auf die Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen der Besicherung geachtet.

Die Sicherheiten werden sowohl zum Zeitpunkt der Kreditgewährung als auch in der laufenden (mindestens jährlichen) Überwachung danach beurteilt, ob sie nach der voraussehbaren wirtschaftlichen Entwicklung während der (Rest-)Laufzeit des Kredites zu dem angenommenen Wert als verwertbar erscheinen. Es wird daher in jedem Einzelfall geprüft, ob der Wertansatz nach der besonderen Art der Sicherheit und nach ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Verwertbarkeit unter Würdigung der Person des Kreditnehmers und der Art des Kredites gerechtfertigt erscheint. Sofern sich bewertungsrelevante Einflussfaktoren geändert haben, wird die Bewertung entsprechend angepasst.

In den Kreditrichtlinien und Beleihungsgrundsätzen der Bank ist festgelegt, welche grundsätzlichen Arten von Sicherheiten und Beleihungsobjekten Verwendung finden sollen und bis zu welchem Anteil des Beleihungswertes (Beleihungsgrenze) ein Beleihungsobjekt maximal beliehen werden kann. Als Kreditsicherheiten werden insbesondere Bürgschaften, bürgschaftsähnliche Kreditsicherheiten, Sicherungsabtretungen von Forderungen und anderen Rechten, Pfandrechte an Forderungen und anderen Rechten, Grund- und Registerpfandrechte sowie Sicherungsübereignungen von beweglichen Sachen hereingenommen. Darüber hinaus können weitere Sicherheiten mit dem Kreditnehmer kontrahiert werden, die jedoch den Blankoanteil des Engagements nicht reduzieren.

Zur Berechnung der Kreditrisikominderung werden die relevanten Sicherheiten vollständig im Collateral-Management-System (CMS) erfasst. Die realistische Einschätzung der Sicherheitenerlöse bzw. der Verlustquote bei Ausfall sowie der ausfallgefährdeten Beträge ermöglicht zusammen mit der Ausfallwahrscheinlichkeit eine detaillierte Quantifizierung der Verlustpotenziale aus den einzelnen Kreditengagements.

Der juristische Bestand der Sicherheiten wird in einem speziellen System zur Verwaltung von Sicherheiten gepflegt. Dieses bildet zugleich die Basis für die Anrechnung von Sicherheiten bei der Ermittlung der Eigenkapitalunterlegung sowie der aufsichtsrechtlichen Meldungen.

Im Wesentlichen werden Standardverträge verwendet. Abweichungen von Standardverträgen oder individuelle Vereinbarungen werden durch die Rechtsabteilung erstellt oder freigegeben. In Einzelfällen werden externe Rechtsgutachten eingeholt bzw. wird die Vertragserstellung an autorisierte Rechtsanwaltskanzleien vergeben. Gleichzeitig wird ein permanentes Monitoring der relevanten Rechtsordnungen durchgeführt. Bei ausländischen Sicherheiten erfolgt dies auf Basis von Monitoringverfahren internationaler Anwaltskanzleien.

Kreditrisiko – Steuerung und Überwachung

Zur Steuerung der Risiken auf Einzelgeschäftsebene wird für jeden Kreditnehmer ein spezifisches Limit festgelegt. Die wesentlichen Parameter zur Ableitung dieses Limits sind die Bonität des Schuldners, ausgedrückt durch eine Ratingnote, sowie die ihm zur Verfügung stehenden freien Mittel zur Bedienung des Kapitaldienstes.

Die Risikobewertung der Engagements erfolgt mittels Ratingverfahren und im Rahmen definierter Kreditprozesse. Im Bestandsgeschäft wird – ausgehend von den Ergebnissen turnusmäßig oder anlassbezogen durchgeführter Ratingverfahren – ein Handlungsbedarf in den operativen Bereichen identifiziert. Wesentliche Rating- bzw. Bonitätsverschlechterungen lösen je nach Rating/Bonitätsstufe und Engagementhöhe die Erstellung eines Sachstandsberichts oder einer Kreditüberwachungsvorlage aus.

Die Bank stellt weiterhin sicher, dass Engagements mit höherer Ausfallwahrscheinlichkeit in gesonderten Organisationseinheiten von besonders qualifizierten Mitarbeitern betreut werden. Höhere Engagementrisiken führen gemäß Kreditregularien zu Zwangsläufigkeiten in der Bearbeitung und Steuerung. Diese Engagements sind in wesentlich kürzeren Zeitintervallen (halbjährlich oder anlassbezogen bei Negativinformationen) vorzutragen. In Abhängigkeit von Ratingklasse und Engagementhöhe reicht der Genehmigungsprozess bis in den Gesamtvorstand. Grundsätzlich gilt folgende Zuordnung:

1. Engagements ab Ratingklasse 10 sind „intensiv“ zu betreuen. Zu analysieren sind die Ursachen für die Situationsverschlechterung und die Engagementstrategie unter Kosten-Nutzen-Aspekten. Gegebenenfalls werden die Sicherheiten verstärkt, die Konditionen angepasst und die Berichterstattungspflichten des Kunden intensiviert. Die Betreuungszuständigkeit liegt weiterhin in der Markteinheit, die Bearbeitung verbleibt in der bisher bearbeitungszuständigen Einheit des Kreditrisikomanagements. Die neu zu erstellende Engagementstrategie ist mit der Organisationseinheit Sonderkreditmanagement abzustimmen.
2. Ab der Ratingklasse 13 erfolgt eine Übertragung der Betreuungs- und Bearbeitungszuständigkeit in den Bereich Sonderkreditmanagement. Dort erfolgt eine Überprüfung auf Sanierungsfähigkeit und -würdigkeit, gegebenenfalls unter Einbeziehung externer Berater. Eine Neufestsetzung der Engagementstrategie ist unter Kosten-Nutzen-Aspekten vorgeschrieben. Gegebenenfalls erfolgt eine Absicherung des Sanierungskredites durch weitere adäquate Sicherheiten, eine Anpassung der Konditionen sowie eine Entscheidung über die Kündigung der Geschäftsverbindung.

3. Werden akute Ausfallrisiken erkannt, wird ein Prozess initiiert, der die zeitnahe Bildung, DV-Erfassung und Kommunikation einer Einzelwertberichtigung (EWB) einheitlich in der Bank sicherstellen soll. Diese Engagements sind grundsätzlich neu zu bewerten. Aus der Einstufung ergeben sich die bereits aufgeführten Zwangsläufigkeiten. Bei erheblichem Risikovorsorgeneu-/mehrbedarf (ab 2 Mio. € im laufenden Jahr) wird über den Risikodezernenten unverzüglich der Gesamtvorstand informiert. Eine Information der NORD/LB erfolgt bei einem Neu- bzw. Mehrbedarf ab 10 Mio. €, Meldungen an das Aufsichtsorgan ab 20 Mio. €.
4. Gekündigte Engagements werden durch die OE-Abwicklung bearbeitet.

Zur Identifizierung und Überwachung von Risikokonzentrationen auf der Ebene von Gruppen verbundener Kunden hat die Bank ein LEM-Limitmodell (LEM = Large Exposure Management) im Einsatz. Die Limitierung erfolgt dabei auf Basis von Gruppen verbundener Kunden gemäß Art. 4 Abs. 1 Nr. 39 CRR. Das Modell erlaubt eine Bewertung des Risikokonzentrationsgehalts eines Engagements unter Berücksichtigung des Risikokapitals der Bank, der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Kreditnehmers und der Besicherung der Forderung.

Das Limitmodell definiert für jedes Large Exposure Grenzen, anhand derer ein Engagement als unauffällig (Weiß-Bereich), risikokonzentrationsbehaftet (Grau-Bereich) oder stark risikokonzentrationsbehaftet (Schwarz-Bereich) klassifiziert wird. Ziel ist es, Engagements im Schwarz-Bereich zu reduzieren und im Grau-Bereich ein ausgewogenes Verhältnis von Risiko und Ertrag zu erhalten. Damit ist ein Schutz vor zu hohen Konzentrationen auf Adressebene gewährleistet.

Die Steuerung von Risiken auf Portfolioebene erfolgt über ein aus der Risikotragfähigkeit abgeleitetes Branchenlimitsystem (BEM). Anhand der festgelegten Risikogrößen Exposure at Default (EaD), Loss at Default (LaD) und Expected Loss (EL) erfolgt die Identifizierung der zu limitierenden Branchen. Aus dem gemäß Going-Concern-Betrachtungsebene (Fortführungsszenario) zur Verfügung stehenden Limitkapital für Kreditrisiken wird die Höhe der Branchenlimite berechnet. Im Rahmen der RTF-Berichterstellung erfolgt eine monatliche Überprüfung der Limite. Die Large-Exposure-Grenzen und die Branchenlimite werden mindestens einmal jährlich vom Vorstand und von den zuständigen Aufsichtsgremien verabschiedet.

Kreditrisiko – Verbriefungen

Als Instrument zur Steuerung von Kreditrisiken steht der BLB grundsätzlich das Instrument der synthetischen Verbriefungen zur Verfügung. Ziele der Verbriefungsaktivitäten sind die Optimierung des Rendite-Risiko-Profiles des Kreditportfolios sowie die Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen. Zur Diversifizierung des Kreditportfolios können die in den eigenen Büchern vorhandenen Kreditrisiken an andere Marktteilnehmer abgegeben werden.

Im Jahr 2015 hat die BLB eine erste synthetische Verbriefungstransaktion für ein Kreditportfolio mit einem Volumen von rund 2,145 Mrd. € aus den Assetklassen Erneuerbare Energien, Firmenkunden, Sozialimmobilien, Gewerbeimmobilien und Schiffe originiert. Zur Absicherung der darin enthaltenen Kreditrisiken wurde mit Wirkung ab dem 16. Dezember 2015 eine Garantie mit einem Volumen von rund 106 Mio. € mit einem privaten Garantiegeber abgeschlossen. Die vertragliche Laufzeit der Garantie beträgt zwölf Jahre. Die von der BLB gehaltene Erstverlusttranche beläuft sich auf 10 Mio. €, sie wurde bisher nicht in Anspruch genommen.

Eine weitere Transaktion folgte zum Stichtag 30. Juni 2016. Die zweite Verbriefung betrifft ein Kreditportfolio von 3,421 Mrd. € und beinhaltet die Assetklassen Erneuerbare Energien, Firmenkunden, Sozialimmobilien, Gewerbeimmobilien und Leasing. Zur Absicherung der darin enthaltenen Kreditrisiken wurde mit Wirkung ab dem 30. Juni 2016 eine Garantie mit einem Volumen von rund 94 Mio. € mit einem privaten Garantiegeber abgeschlossen. Die vertragliche Laufzeit der Garantie beträgt zehn Jahre.

Kreditrisiko – Bewertung

Grundlage zur individuellen Beurteilung des Adressausfallrisikos auf Kundenebene sind die in der Sparkassenfinanzgruppe entwickelten Ratingverfahren, die auf die jeweiligen Kundensegmente individuell zugeschnitten und bankaufsichtlich zugelassen sind. Neben den wirtschaftlichen Verhältnissen werden in Abhängigkeit von der Kundengruppe auch die Marktverhältnisse, die Produktqualität, die Wettbewerbssituation, das Management sowie Cashflow- und zukunftsbezogene Daten analysiert und beurteilt.

Mithilfe dieser Ratingverfahren wird die Ausfallwahrscheinlichkeit von Kreditnehmern und Kontrahenten ermittelt und einer entsprechenden Ratingklasse zugeordnet. Die BLB verwendet die Masterskala des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV).

Initiative Finanzstandort Deutschland	DSGV-Masterskala	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit	Kundenklasse
Sehr gut bis gut	1 (AAAA)	0,00 %	Normalbetreuung
	1 (AAA)	0,01 %	
	1 (AA+)	0,02 %	
	1 (AA)	0,03 %	
	1 (AA-)	0,04 %	
	1 (A+)	0,05 %	
	1 (A)	0,07 %	
	1 (A-)	0,09 %	
	2	0,12 %	
	3	0,17 %	
Gut/zufriedenstellend	4	0,26 %	
	5	0,39 %	
Noch gut/befriedigend	6	0,59 %	
	7	0,88 %	
Erhöhtes Risiko	8	1,32 %	
	9	1,98 %	
Hohes Risiko	10	2,96 %	Intensivbetreuung
	11	4,44 %	
Sehr hohes Risiko	12	6,67 %	Sanierung
	13	10,00 %	
	14	15,00 %	
	15	20,00 %	
Default (= Non-Performing-Loans)	15B	30,00 %	
	15C	45,00 %	
	16	100,00 %	
	17	100,00 %	Abwicklung
	18	100,00 %	

Die Ratingverfahren stellen ein Instrument des aktiven Risikomanagements dar. Die Prognosequalität der Ratingverfahren sowie jeder einzelnen Ratingkomponente und deren Zusammenwirken werden regelmäßig von der Bank und den Ratingdienstleistern durch Backtesting und Validierung auf Basis der Datenpools geprüft. Diese Qualitätskontrollen bestätigen nicht nur die Einhaltung von Mindeststandards, sondern geben auch Impulse für Weiterentwicklungen.

Die Validierung der Ratingverfahren erfolgt über die beiden zentralen Ratingdienstleister der Sparkassenfinanzgruppe, die „Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH“ (S-Rating), eine Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), und die „Rating Service Unit GmbH & Co. KG“ (RSU), eine zusammen mit anderen Landesbanken gegründete Gesellschaft. Beide Ratingdienstleister gewährleisten ein internes Rating im Sinne der aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Auf Basis eines strukturierten Prozesses wird die Bankenaufsicht regelmäßig über Änderungen und Weiterentwicklungen bei den Ratingverfahren und sonstigen IRBA-Systemen informiert.

Die Daten der BLB werden bei den beiden Ratingdienstleistern gepoolt. Aufgabe der BLB ist es jeweils, die Angemessenheit der auf Poolebene validierten Ratingmodule für das bankinterne Portfolio nachzuweisen (Repräsentativitätsnachweis).

Die Bank hat die aufsichtsrechtlichen Anforderungen umgesetzt und unterlegt seit 2008 ihre Ausfallrisiken auf Basis des auf internen Ratings basierenden Ansatzes (Basis-IRBA) mit Eigenkapital.

Bei den Ratingsystemen der RSU engagiert sich die Bank bei der Weiterentwicklung der Methodik. Die Schwerpunkte liegen hier auf den Schiffs-, Projekt- und Leasingfinanzierungen, bei denen die Bank über eine besondere Expertise verfügt. Bei den Ratingsystemen der S-Rating engagiert sich die Bank in der Qualitätssicherung der Kommunikation der erarbeiteten Ergebnisse innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe.

Zur Ermittlung der Länder- und Transferrisiken nutzt die BLB das volkswirtschaftliche Know-how der NORD/LB.

Die Ratingmodule Banken, Corporates, Länder- und Transferrisiko, Leasing sowie das DSGVO-StandardRating und das DSGVO-KundenkompaktRating basieren auf Scorecard-Verfahren. Im Rahmen von Scorecard-Ansätzen werden Merkmale und Faktoren identifiziert, die die Fähigkeit aufweisen, zwischen guten und schlechten Kreditnehmern zu differenzieren. Voraussetzung für die Anwendung eines Scorecard-Ansatzes ist eine ausreichende Anzahl an relativ homogenen Kreditnehmern.

Da diese Voraussetzung bei Spezialfinanzierungen häufig nicht gegeben ist, kommt hier vorwiegend die Simulationstechnik zum Einsatz. So wird die Bewertung der Finanzierungen von Projekten, Schiffen und nationalen Immobilien mithilfe von Cashflow-Simulationsmodellen durchgeführt. Primäre Quelle für die Rückführung der Verbindlichkeit sind die Einkünfte aus dem finanzierten Objekt. Das Kreditrisiko wird insofern durch die Schwankung der Einkünfte und Ausgaben des Objekts bestimmt. Im Simulationsverfahren wird der Cashflow des Objekts in verschiedenen Szenarien nachgebildet, die hinsichtlich der makroökonomischen und industriespezifischen Gegebenheiten variieren und die die zukünftige Entwicklung von Faktoren wie z. B. Mieten und Charterraten simulieren. Unter der Vielzahl von Szenarien lassen sich im Anschluss diejenigen identifizieren, in denen der Kreditnehmer als ausgefallen gelten muss.

Im Rahmen der Ratingmodule werden sowohl bei den Scorecard- als auch bei den Simulationsverfahren neben den quantitativen auch qualitative Faktoren berücksichtigt. Im Anschluss sind noch Überschreibungsmöglichkeiten vorgesehen, Ratingverbesserungen sind jedoch nur begrenzt möglich. Zudem werden Warnsignale und der Konzernhintergrund einbezogen. Erst die Berücksichtigung dieser Aspekte führt dann zum endgültigen Ratingergebnis.

Die vollständige Bewertung des Kreditnehmers bzw. der Transaktion bildet die Grundlage für die Kreditgewährung, die Kreditrisikosteuerung und die risikoadjustierte Kreditbepreisung des erwarteten Verlustes. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die sich in den Ratingergebnissen widerspiegelnde Ausfallwahrscheinlichkeit der Kreditnehmer bzw. der Transaktionen. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit hinaus sind jedoch auch die Verlustquote, die Laufzeit, der ausfallgefährdete Betrag sowie weitere transaktionsspezifische Risiken (unter anderem Währung, Produkt) von zentraler Bedeutung.

Im Kontext der Kreditrisikosteuerung spielt der Begriff des Kreditexposures eine maßgebliche Rolle. Diese Zahl spiegelt den Gegenwert aller kreditrisikobehafteten Transaktionen mit einem Kontrahenten wider. Basis für die Berechnung des Kreditexposures sind die Inanspruchnahmen (bei Garantien der Nominalwert, bei Wertpapieren der Buchwert) und die Kreditäquivalente aus Derivaten (inklusive Add-on und unter Berücksichtigung von Netting). Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen werden transaktionsspezifisch in das Kreditexposure eingerechnet, während Sicherheiten unberücksichtigt bleiben.

Die Quantifizierung des Ausfallrisikos (Kredit- und Beteiligungsrisiko) erfolgt mit den Risikokennzahlen erwarteter Verlust und unerwarteter Verlust. Der erwartete Verlust wird auf Basis einjähriger Ausfallwahrscheinlichkeiten unter Berücksichtigung von Verlustquoten ermittelt. Die Risikoprämie, die zur Abdeckung des erwarteten Verlustes vereinnahmt werden muss, wird mit der Software Credit Pricing Calculator (CPC) berechnet.

Im Gegensatz zum erwarteten Verlust besteht das eigentliche Risikopotenzial für die Bank in dem unerwarteten Verlust (Unexpected Loss) risikobehafteter Geschäfte, d.h. in der Gefahr, dass tatsächlich eintretende Verluste höher ausfallen als erwartet.

Der unerwartete Verlust wird für unterschiedliche Konfidenzniveaus und einen Zeithorizont von einem Jahr quantifiziert. Die BLB hat diesbezüglich 2009 ein konzerneinheitliches ökonomisches Kreditrisikomodell eingeführt und 2016 erneut in Zusammenarbeit mit der NORD/LB validiert und überarbeitet. Das Modell dient der Schätzung der Eintrittswahrscheinlichkeiten von unerwarteten Verlusten unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten (Konzentrations- und Diversifikationseffekte aufgrund von Korrelationen im Portfolio). Ziel ist die Überwachung und Begrenzung von Kreditrisiken auf Portfolioebene, insbesondere unter Einbeziehung von Adress- und Branchenkonzentrationen. Das Kreditrisikomodell wird stetig weiterentwickelt.

Kreditrisiko – Berichterstattung

Dem Vorstand werden im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich ein Bericht über die Intensivbetreuungs- und Problemengagements sowie die Entwicklung der Risikovorsorge (IPE-Bericht), ein Bericht über die Überwachung von Konzentrationsrisiken bei Gruppen verbundener Kunden (LEM-Bericht) und quartalsweise ein Kreditportfoliobericht vorgelegt.

- Im Rahmen des vom Bereich Kreditrisikomanagement auf Einzelkreditnehmerbasis erstellten Berichts über Intensiv- und Problemengagements erfolgt eine enge Überwachung der Entwicklung potenziell problematischer und ausgefallener Kreditnehmer. Unter anderem können dadurch kurzfristige oder sich über einen längeren Zeitraum erstreckende strukturelle Veränderungen in diesem Portfolio bzw. hieraus abgeleiteten Teilportfolien erkannt und Aktionsfelder für risikobegrenzende bzw. risikoreduzierende Maßnahmen identifiziert werden.
- Im Rahmen des LEM-Berichts wird über Gruppen verbundener Kunden berichtet, die unter Berücksichtigung des Risikokapitals der BLB und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung so-

wie unter Berücksichtigung der Bonität des Einzelkreditnehmers und der Besicherung der Forderung eine bemerkenswerte Risikokonzentration aufweisen.

- Das Risikocontrolling erstellt einen Kreditportfoliobericht, der eine differenzierte Darstellung des Kreditportfolios beinhaltet. Das quartalsweise Pfandbriefreporting der Bank ist Bestandteil des Kreditportfolioberichtes und informiert über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken. Dieser auf Einzelinstitutsebene erstellte Bericht erfüllt die Anforderungen des § 27 Pfandbriefgesetz.

4.1.3 Beteiligungsrisiko – Management

Beteiligungsrisiko – Strategie

Mit ihren Beteiligungen kommt die Bank ihrer besonderen Verantwortung für die Region Nordwest nach. Dementsprechend bilden Beteiligungen an regionalen Unternehmen, neben Beteiligungen im Rahmen des Sparkassenfinanzverbundes, den Schwerpunkt des Beteiligungsportfolios. Die Bank trägt mit ihren Beteiligungen gleichermaßen zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags und der Stärkung des regionalen Wirtschaftsraumes bei.

Die Tochtergesellschaft BLB Immobilien GmbH ist in den Strategieprozess der Bank eingebunden.

Beteiligungsrisiko – Struktur und Organisation

Das Beteiligungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital an Dritte Verluste entstehen. Darüber hinaus ist ein potenzieller Verlust aufgrund von sonstigen finanziellen Verpflichtungen (z.B. Gewährträgerhaftung, Ergebnisabführungsvertrag) Bestandteil des Beteiligungsrisikos, sofern er nicht bei den weiteren Risiken berücksichtigt wurde.

Die Steuerung der Adressausfallrisiken bei Beteiligungen erfolgt durch die OE Vorstandsassistenz/Unternehmensentwicklung/Beteiligungen, die Überwachung durch das Risikocontrolling.

Beteiligungsrisiko – Steuerung und Überwachung

Die laufende Kontrolle und Steuerung der Beteiligungsgesellschaften erfolgen durch die Auswertung und Analyse des regelmäßigen Reportings der wichtigen Beteiligungsgesellschaften und die Einflussnahme in den jeweiligen Gremien der Gesellschaft (Gesellschafterversammlung, Aufsichts-, Verwaltungs- oder Beirat).

Beteiligungsrisiko – Bewertung

Die Beteiligungen der Bank werden grundsätzlich analog zum Kreditprozess dem Ratingprozess unterzogen. Hierauf wird verzichtet, wenn bei eigenen Beteiligungen mit geschäftspolitischer Ausrichtung ohne Kreditgeschäft der Buchwertanteil der BLB gemäß § 19 Abs. 2 KWG 750 T€ nicht übersteigt. Die umfassende Quantifizierung erfolgt mittels eines Scoring-Modells zur Risikoinventur.

Beteiligungsrisiko – Berichterstattung

Das Risikomanagement erfolgt in einem systematischen und permanenten Vorgehen und umfasst die Identifikation, die Analyse und Bewertung sowie die Dokumentation und Kommunikation etwaiger Risiken. Das mit den Beteiligungen verbundene Ausfallrisiko wird dabei im monatlichen RTF-Bericht kommuniziert. Darüber hinaus wird der Vorstand mindestens halbjährlich in Form eines Beteiligungsreports über die wesentlichen beteiligungsrelevanten Sachverhalte informiert.

4.1.4 Marktpreisrisiko – Management

Marktpreisrisiko – Strategie

Im Rahmen des Managements der Marktpreisrisiken konzentrieren sich die Aktivitäten der Bank auf ausgewählte Märkte, Kunden und Produktsegmente. Die Positionierung an den Geld-, Devisen- und Kapitalmärkten orientiert sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Kunden und der Unterstützung der Banksteuerung. Eine darüber hinausgehende opportunistische Positionsnahme wird durch die BLB nicht betrieben.

Hinsichtlich des Zinsrisikos ist es das Ziel der Bank, Fristentransformation zu betreiben und an den allgemeinen Marktentwicklungen im Rahmen der Risikolimiten zu partizipieren.

Marktpreisrisiko – Struktur und Organisation

Das Marktpreisrisiko bezeichnet potenzielle Verluste, die sich aus Veränderungen von Marktparametern ergeben können. Das Marktpreisrisiko unterscheidet das Zins-, das Währungs-, das Aktienkurs-, das Fondspreis-, das Volatilitätsrisiko sowie das Credit-Spread- und das Rohwarenrisiko.

- Das Zinsrisiko besteht aus den Komponenten allgemeines Zinsrisiko und besonderes Zinsrisiko. Ein allgemeines Zinsrisiko besteht immer dann, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios auf Veränderungen von einem oder mehreren Zinssätzen bzw. auf Veränderungen von kompletten Zinskurven reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Der aufsichtsrechtlichen Definition folgend werden unter dem besonderen Zinsrisiko potenzielle Wertveränderungen subsumiert, die sich aus Ratingmigrationen oder aus dem Ausfall von Emittenten (bei Wertpapieren) bzw. Referenzschuldnern (bei Kreditderivaten) ergeben. Im Verständnis der BLB entspricht das besondere Zinsrisiko dem Emittentenrisiko.
- Das Währungsrisiko (oder Wechselkursrisiko) beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Devisenwechselkurse reagiert und die Veränderungen der Wechselkurse zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Aktienkursrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Aktienkurse bzw. -indizes reagiert und die Veränderungen der Aktienkurse oder -indizes zu einer Wertminderung der Position führen können.

- Das Fondspreisrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Fondspreise reagiert und die Veränderungen der Fondspreise zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Volatilitätsrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Optionsposition aufgrund potenzieller Wertänderungen, die aus Marktbewegungen der für die Optionsbewertung herangezogenen Volatilitäten resultieren, reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Credit-Spread-Risiko bezeichnet potenzielle Wertveränderungen, die sich ergeben, wenn sich der für den jeweiligen Emittenten, Kreditnehmer oder Referenzschuldner gültige Credit Spread verändert, welcher im Rahmen der Marktbewertung der Position verwendet wird.
- Das Rohwarenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Position (auch Indizes und Derivate) an Wert verliert, weil sich der Preis der entsprechenden Commodities (z. B. Öl, Weizen) verändert. Das Rohwarenrisiko besitzt für die BLB derzeit keine Relevanz, da keine offenen Positionen geführt werden.

Der Vorstand beschließt das für Marktpreisrisiken zur Verfügung stehende Risikokapital.

Durch Handelstransaktionen und -positionen können die einzelnen Handelsbereiche der OE Financial Markets Marktpreisrisiken eingehen. Die Aufgaben und Tätigkeiten der Handelsbereiche leiten sich ab aus der Handelsstrategie der BLB inklusive Geschäftsstrategien der Bereiche und den Portfoliostrategien für alle Organisationseinheiten, die gemäß MaRisk Handelsgeschäfte tätigen bzw. in denen Markt-, Liquiditäts- oder Adressrisiken im Sinne der Handelsstrategie auftreten. Die Aufgaben und Tätigkeiten sind in den Arbeitsanweisungen der jeweiligen Bereiche geregelt.

Das Management der offenen Marktpreisrisikopositionen erfolgt im Geschäftsfeld Financial Markets in den Handelseinheiten sowie im Aktiv-Passiv-Management, welches unter anderem die im Einlagen- und Kreditgeschäft in Euro begründeten Marktpreisrisiken zentral für Laufzeiten von mehr als zwölf Monaten disponiert und steuert. Der Geldhandel steuert das Zinsänderungsrisiko für Laufzeiten bis zwölf Monate, dem Devisenhandel obliegt die Verantwortung für Abläufe in Fremdwährung über alle Laufzeiten.

Serviceleistungen erbringen die OEs Transaction Banking und Financial-Markets-Geschäftsfeldmanagement. Der Bereich Transaction Banking ist für die Abwicklung und Kontrolle der im Marktbereich abgeschlossenen Handelsgeschäfte verantwortlich. Die Aufgaben beinhalten unter anderem die Kontrolle der vollständigen und korrekten Erfassung der Geschäfte sowie die Prüfung auf Abweichungen von vorgegebenen Standards. Das Reporting über die bereichsinterne Verteilung und Inanspruchnahme des Marktpreisrisiko-Limits des Geschäftsfeldes Financial Markets wird von der OE Financial Markets Geschäftsfeldmanagement auf Basis der Daten des täglichen Reportings der OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden durchgeführt. Die OE Marktrisiko/

Bewertungsmethoden ist den MaRisk entsprechend funktional wie organisatorisch unabhängig von den Marktpreisrisikosteuerungsbereichen. Sie nimmt Überwachungs-, Limitierungs- und Berichterstattungsaufgaben wahr, ist verantwortlich für die Bewertungsmethodik von Marktpreisrisiken und überprüft die Marktgerechtigkeit der Geschäfte.

Das Meldewesen führt das externe Reporting der Marktpreisrisiken gemäß CRR durch. Die BLB verwendet dafür das von der Aufsichtsbehörde vorgegebene Standardverfahren.

Marktpreisrisiko – Steuerung und Überwachung

Die Steuerung der Anlagebuchpositionen erfolgt zentral durch das Asset-Liability-Committee (ALCO), die operative Umsetzung durch den Bereich Financial Markets. Das ALCO ist ein Entscheidungsgremium mit den Zielen der Optimierung des Risk/Return der Bank-Portfolien, des langfristigen Fundings, der Steuerung der Marktpreis- und Liquiditätsrisikopositionen sowie der Investitionsportfolios, des Bilanzstrukturmanagements, der GuV-Steuerung und der Investment-Guidelines. Das Committee besteht aus dem Gesamtvorstand und Vertretern des Geschäftsfeldes Financial Markets und der OEs Risikocontrolling, Finanzen sowie der Marktfolge Financial Markets. Der Ausschuss tagt in der Regel monatlich. Die Entscheidungen trifft der Gesamtvorstand.

Eine Begrenzung der Risikokonzentrationen erfolgt durch eine Limitierung der unterschiedlichen Risikokategorien.

Zu den Instrumenten zur Steuerung des Marktpreisrisikos im Rahmen der Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen wird auf den Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

Marktpreisrisiko – Bewertung

Für die risikoartenspezifische interne Steuerung und Überwachung von Marktpreisrisiken inklusive Credit-Spread-Risiken verwendet die BLB das Verfahren der historischen Simulation, bei dem ein einseitiges Konfidenzniveau von 95 % und eine Haltedauer von einem Handelstag zugrunde gelegt werden.

Als Grundlage für die Berechnung des Value-at-Risk (VaR) werden die historischen Veränderungen der Risikofaktoren (Zinsen/Spreads, Wechselkurse, Aktienkurse/Indizes und Bewertungsvolatilitäten) über die letzten zwölf Monate zugrunde gelegt. Das Modell berücksichtigt implizit Korrelations-effekte zwischen den Risikofaktoren (inkl. der Bewertungsvolatilitäten von Optionspositionen), den Risikoarten, den Währungen und den (Teil-)Portfolios.

VaR-Modelle dienen vor allem der Messung von Marktpreisrisiken in normalen Marktumgebungen. Um auch außergewöhnliche Marktbewegungen abzudecken, werden gesonderte Risikoauswertungen (Stresstests) durchgeführt, die die Sensitivität des Portfolios in Bezug auf große Marktänderungen berücksichtigen. Für jedes Risiko sind konzerneinheitlich Stressparameter definiert.

Für die VaR-Werte werden Limite festgelegt, die sich pro Handelsbereich aus den vom Vorstand festgelegten Verlustlimiten ableiten. Etwaige Verluste der Handelsbereiche werden umgehend auf die Verlustlimite angerechnet und führen dem Prinzip der Selbstverzehrung folgend zu einer Reduzierung der VaR-Limite. Die genannten Limite werden für den Bereich Financial Markets und die strategische Position in Strukturlimite für die verschiedenen Risikokategorien untergliedert.

Die täglichen VaR-Berechnungen werden in der OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden anhand von Backtesting-Analysen überprüft. Dazu werden im Rahmen des Backtestings die täglichen Ergebnisschwankungen der Handelsbereiche den VaR-Prognosen vom Vortag gegenübergestellt. Die zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken verwendeten Prognosemodelle und Parameter werden laufend überprüft und gegebenenfalls an die aktuelle Marktentwicklung angepasst.

Die Anforderungen an eine vorsichtige Bewertung (Prudent Valuation) wurden durch die CRR Art. 34 i. V. m. Art. 105 ausgeweitet und weiter konkretisiert. Durch den Wegfall einer Geringfügigkeitsschwelle hat die Bank für alle zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte eine Bewertungsreserve eingeführt, die vom harten Kernkapital abgezogen wird.

Die Bank ermittelt monatlich einen Zinsschock gemäß den Anforderungen eines Rundschreibens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Hierbei sind die Auswirkungen einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 200 Basispunkte nach oben und nach unten zu analysieren. Die BaFin überprüft die Parallelverschiebung mindestens jährlich und passt gegebenenfalls bei deutlichen Abweichungen die Höhe des Zinsschocks entsprechend an.

Die von der EBA veröffentlichten Leitlinien EBA GL/2014/13 und EBA GL/2015/08 fordern unterschiedliche Sichtweisen auf das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch (IRRBB). Neben dem barwertigen (Economic Value) wird ein ertragsorientierter Ansatz (Earnings based) gefordert. In 2016 hat die Bank die strategische Zinsbuchsteuerung um eine ertragsorientierte Sichtweise erweitert. Der ertragsorientierte Ansatz zielt auf die geplanten zukünftigen Erträge und damit die Fähigkeit, Kapital zu generieren, ab. Ziel des bestehenden barwertigen Ansatzes ist es, den Wert der zinsrisikobehafteten Positionen des Anlagebuchs für den betrachteten Stichtag und einen eher langfristigen Zeithorizont zu bestimmen, um die daraus erwachsenden Risiken zu messen. In 2017 wird die Bank weiter an der Sicherstellung einer konsistenten und integrierten Betrachtung der beiden Steuerungskreise (ökonomisch und gleichzeitig periodisch) arbeiten.

Marktpreisrisiko – Berichterstattung

Gemäß MaRisk berichtet die OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden dem Gesamtvorstand täglich über die Marktpreisrisiken nach VaR und die Erfolge aus der Übernahme von Marktpreisrisiken der BLB.

Der Gesamtvorstand wird monatlich über die Marktpreisrisiken und die Ergebnisse des Backtestings und des Stresstestings im Rahmen der RTF-Berichterstattung informiert. Die Information des Risikoausschusses erfolgt fünfmal jährlich.

4.1.5 Liquiditätsrisiko – Management

Liquiditätsrisiko – Strategie

Die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität stellt für die Bank eine betriebswirtschaftliche, strategische und aufsichtsrechtliche Notwendigkeit dar. Während das klassische Liquiditätsrisiko grundsätzlich durch das Vorhalten ausreichend liquider Aktiva (insbesondere notenbankfähiger Wertpapiere) vermieden wird, wird das Liquiditäts-Spread-Risiko durch eine strukturelle Liquiditätsfristen-transformation begründet. In beiden Fällen werden die Risiken durch entsprechende Limite begrenzt. Bei der Bemessung der Höhe der Liquiditätsrisikolimite werden die Faktoren Sicherstellung der ausreichenden Liquidität, Risikotragfähigkeit und Nutzung der Chance auf einen Erfolgsbeitrag aus der banktypischen Erfolgsquelle Fristentransformation berücksichtigt. Durch die Liquiditätsrisikolimite erhalten die Fachbereiche den zur Zielerreichung notwendigen Handlungsrahmen.

Liquiditätsrisiko – Struktur und Organisation

Das Liquiditätsrisiko umfasst Risiken, die sich aus Störungen in der Liquidität einzelner Marktsegmente, unerwarteten Ereignissen im Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft oder Veränderungen der eigenen Refinanzierungsbedingungen ergeben können. Die Untergliederung des Liquiditätsrisikos wurde im Rahmen der im Berichtsjahr durchgeführten Risikoinventur angepasst. Das Liquiditäts-Spread-Risiko wurde neu eingeführt, Marktliquiditätsrisiken werden implizit berücksichtigt.

Dementsprechend wird das Liquiditätsrisiko in klassisches Liquiditätsrisiko und Liquiditäts-Spread-Risiko unterteilt.

- Als klassisches Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachgekommen werden kann. Dieses Risiko wird auf Basis der Analyse eines dynamischen Stressszenarios begrenzt, das durch die jeweils wahrscheinlichste Krisensituation charakterisiert ist. Potenzielle Ursache kann eine allgemeine Störung in der Liquidität der Geldmärkte sein, die einzelne Institute oder den gesamten Finanzmarkt betrifft. Insbesondere können Marktstörungen dazu führen, dass maßgebliche Assetklassen in der Sicherheitenverwendung ausfallen. Alternativ können auch unerwartete Ereignisse im eigenen Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft eine Ursache für Liquiditätsengpässe darstellen. Der Fokus der Betrachtung liegt in der BLB auf den jeweils nächsten zwölf Monaten.
- Als Liquiditäts-Spread-Risiko werden die potenziellen Ergebniseinbußen bezeichnet, die sich durch die Veränderung der eigenen Refinanzierungsbedingungen am Geld- oder Kapitalmarkt ergeben. Ursache dafür kann eine veränderte Einschätzung der Bonität der Bank durch andere Marktteilnehmer sein oder eine allgemeine Marktentwicklung. Als Marktliquiditätsrisiko werden die potenziellen Verluste bezeichnet, die zu tragen sind, wenn aufgrund geringer Liquidität in einzelnen Marktsegmenten Transaktionen zu Konditionen abgeschlossen werden müssen, die nicht dem fairen Marktwert entsprechen. Im Verständnis der BLB ist das Platzierungsrisiko ebenfalls Bestandteil des Liquiditätsrisikos. Es beschreibt die Ge-

fahr, dass eigene Emissionen am Markt nicht oder nur zu schlechteren Konditionen platziert werden können.

In den Prozess der Liquiditätsrisikosteuerung sind in der Bank der Geld- und Devisenhandel, das Treasury und das Risikocontrolling eingebunden.

Der Geld- und Devisenhandel und das Treasury übernehmen das Management von Liquiditätsrisiko tragenden Positionen und tragen Gewinne und Verluste, die sich aus den eingegangenen Liquiditätsrisikopositionierungen ergeben. Grundlage für das Aktiv-Passiv-Management ist die Liquiditätsablaufbilanz. Im ALCO wird über das Liquiditäts-Spread-Risiko berichtet und über mögliche Handlungsvorschläge hinsichtlich des weiteren strategischen Dispositionsverhaltens beraten. Dem ALCO ist auf Arbeitsebene der Arbeitskreis Liquiditätssteuerung vorgelagert, der sich aus Vertretern der OE Financial Markets und des Risikocontrollings zusammensetzt. Die Hauptaufgaben des Arbeitskreises bestehen darin, die Liquiditätssteuerung zu optimieren und damit in Zusammenhang stehende Detailfragen zeitnah zu klären. Dabei kommt einer kurzfristig reagiblen Steuerung der Neugeschäfts- und Funding-Aktivitäten eine besondere Bedeutung zu. Ebenso werden erarbeitete Weiterentwicklungen über den konzernweiten Arbeitskreis Liquidität, den BLB-internen Arbeitskreis Liquiditätssteuerung und letztlich das ALCO oder den Vorstand in die tägliche Steuerung eingeführt.

Das Risikocontrolling ist verantwortlich für die Einführung und Weiterentwicklung von internen Verfahren zur Messung, Limitierung und Überwachung von Liquiditätsrisiken. Die Berechnung des Liquiditäts-Spread-Risikos und des klassischen Liquiditätsrisikos sowie die Überwachung der Einhaltung der Limite erfolgen ebenfalls durch das Risikocontrolling. Im Meldewesen wird die Auslastung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung sowie die Liquidity Coverage Ratio (LCR)⁷ ermittelt und berichtet. Die Einhaltung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung sowie der LCR wird durch das Risikocontrolling überwacht.

Für die Bank hat die Refinanzierung über Pfandbriefe eine hohe Bedeutung. Bei allen Emissionen der Bank werden die gesetzlichen Anforderungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) umfassend erfüllt.

An die Qualität der zur Deckung der Pfandbriefe notwendigen Darlehen stellt das PfandBG hohe Anforderungen. So hat die Prüfung der formal den Richtlinien des Gesetzes entsprechenden Indekungnahme von Forderungen durch einen externen Treuhänder zu erfolgen. Außerdem sind die wesentlichen Strukturzahlen der Deckungsmasse alle drei Monate durch die Bank zu veröffentlichen.

Das Marktliquiditätsrisiko wird unter den Marktrisiken subsumiert. Ziel ist es, das Marktliquiditätsrisiko grundsätzlich zu begrenzen, indem im Wesentlichen auf liquiden Märkten agiert wird. Durch das differenzierte Wertpapier-Liquiditätsklassenkonzept lassen sich spezifische Haircuts für die Steuerung in der Liquiditätsablaufbilanz, den Liquiditätsstresstests und dem Collateral-Allocation-Management modellieren.

⁷ Seit September 2016 wird die LCR gem. delegiertem Rechtsakt ermittelt.

Die Messung, Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos werden im Risikohandbuch dokumentiert.

Liquiditätsrisiko – Steuerung und Überwachung

Im Zuge der Konzernrisikosteuerung ist eine konzernweite Global Group Liquidity Policy formuliert. Konsistent zu dieser definiert die Liquidity Policy der BLB die Rahmenbedingungen für die Liquiditätssteuerung in der BLB. Das beinhaltet insbesondere die Festlegung der jeweiligen Ziele sowie der Verantwortlichkeiten für die Liquiditätssteuerung unter verschiedenen Szenarien (Situationsmuster). Die Liquidity Policy sowie die Global Group Liquidity Policy werden jährlich überarbeitet.

Der Notfallplan Liquidity Management regelt die Aktivitäten und die Steuerung im Falle von Krisensituationen. Ziel dieses Planes ist die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Bank bei unvorhergesehenen Extremsituationen am Markt. Auch der Notfallplan Liquidity Management ist konsistent zum Notfallplan der NORD/LB-Gruppe.

Zur Steuerung des klassischen Liquiditätsrisikos setzt die Bank folgende Instrumente ein:

Gemäß Liquiditätsverordnung wird die Liquidität des Instituts als gegeben angesehen, wenn die innerhalb der nächsten 30 Tage zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Liquiditätsabflüsse mindestens decken. Die Gegenüberstellung der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen ergibt die Liquiditätskennzahl, welche mindestens eins betragen muss.

Die Liquiditätskennzahl wird neben der monatlichen Meldung an die Deutsche Bundesbank täglich ermittelt und im Geldhandel zur Unterstützung der operativen Steuerung verwendet.

Die LCR ist monatlich an die Deutsche Bundesbank und im Rahmen der Konzernmeldung an die NORD/LB zu melden. Die LCR stellt eine kurzfristig ausgerichtete Stresskennziffer (Zeithorizont 30 Tage) dar und verpflichtet die Institute, einen Liquiditätspuffer in Form von hochliquiden Aktiva vorzuhalten, um im Stressfall Nettozahlungsmittelabflüsse über einen Zeitraum von 30 Tagen kompensieren zu können. Die Einhaltung der LCR wird seitens des Risikocontrollings täglich überwacht.

Mit den Instrumenten der Liquiditätsstresstests werden täglich die Auswirkungen von unerwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank simuliert. Ziel ist es, Liquiditätsengpässe zu verhindern. In einem dynamischen und drei statischen Szenarien werden die Liquiditätszahlungsströme der Bank über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr betrachtet. In den verschiedenen Szenarien werden bestimmte Annahmen über den im Krisenfall zur Verfügung stehenden Zahlungsstrom der Bank simuliert. Die bei der Zentralbank deponierten liquiden, frei verfügbaren Wertpapiere dienen der Absicherung in den Notfallszenarien.

Zur Begrenzung des klassischen Liquiditätsrisikos hat die BLB ein Limitsystem implementiert. Durch ein Ampelsystem (Anzahl der Tage mit Liquiditätsüberdeckung) werden notwendige Steuerungsmaßnahmen ausgelöst, sofern die simulierte Liquiditätsüberdeckung im dynamischen Stressszena-

rio für weniger als 90 Tage bestehen sollte. Steuerungssignale aus den statischen Stresstests führen in der Bank nicht automatisch zu Steuerungsmaßnahmen. Vielmehr geben sie Anlass, die gegenwärtige Liquiditätssituation tiefer zu analysieren und die wesentlichen Treiber der statischen Szenarien auch mit der gegenwärtigen Eintrittswahrscheinlichkeit der Krisen-Stress-Szenarien einzuwerten.

Mit Ermittlung des barwertigen Liquiditäts-Spread-Risikos analysiert die Bank die barwertigen Kosten für das Schließen einer passiven Liquiditätsinkongruenz (Liquiditätsfristentransformation) im Zeitablauf aller Fälligkeiten in allen Laufzeiten und Währungen unter der Annahme einer definierten Erhöhung der Liquiditäts-Spreads (Spread-Parameter). Das barwertige Liquiditäts-Spread-Risiko wird durch das hierfür allokierte Risikokapital limitiert. Ferner wird die Höhe der passiven Liquiditätsinkongruenzen pro Laufzeitband (Liquiditätsablaufbilanz) zur Vermeidung von Konzentrationen in einzelnen Laufzeiten durch Volumenstrukturlimite begrenzt.

Risikokonzentrationen auf der Passivseite wird durch eine diversifizierte Anlegerbasis und Produktpalette vorgebeugt. Der Fokus liegt auf institutionellen und öffentlichen Anlegern, was der risikostrategischen Ausrichtung der NORD/LB-Gruppe entspricht. Die Diversifizierung der Refinanzierungsquellen wird zudem durch Pfandbriefemissionen und Retail-Einlagen unterstützt.

Liquiditätsrisiko – Bewertung

Neben der Liquiditätssteuerung der Gesamtposition, umgerechnet in Euro, ist für die Bank die Fremdwährungsposition in USD wesentlich. Alle weiteren Fremdwährungen sind für die Liquiditätssteuerung der Bank unbedeutend. Liquiditäts-Spread-Risiken aus der Fristentransformation in wesentlichen Fremdwährungen werden auf die Risikotragfähigkeit angerechnet. Wesentliche Fremdwährungen werden auch in der Stress-Test-Sicht des klassischen Liquiditätsrisikos betrachtet. Die Wesentlichkeit von Fremdwährungen wird regelmäßig validiert.

Liquiditätsrisiko – Berichterstattung

Die Berichterstattung über die Liquiditätsrisikosituation erfolgt durch den monatlichen Liquiditätsstatusbericht des Risikocontrollings, welcher im Arbeitskreis Liquiditätssteuerung sowie im ALCO erörtert wird.

Darüber hinaus wird der Gesamtvorstand im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich über die Liquiditätsrisiken im Kontext der Risikotragfähigkeit informiert. Im Rahmen des Kreditportfolioberichtes wird der Vorstand ferner über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken informiert.

Wöchentlich berichtet das Risikocontrolling dem Vorstand über das Liquiditäts-Spread-Risiko. Die Managementeinheiten Geld- und Devisenhandel sowie Treasury erhalten wöchentlich zusätzliche Strukturinformationen aus den Liquiditätsablaufbilanzen in allen Währungen sowie täglich strukturelle Informationen aus den Stressszenarien der klassischen Liquiditätssteuerung.

4.1.6 Operationelles Risiko – Management

Operationelles Risiko – Strategie

Die Leitlinien für den Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie der Bank formuliert. Die Bank verfolgt bei operationellen Risiken weitgehend eine Strategie der Vermeidung, die sich z. B. in einem internen Kontrollsystem, dem Business Continuity Management (BCM) oder im Abschluss von Versicherungen widerspiegelt.

Operationelles Risiko – Struktur und Organisation

Operationelle Risiken sind mögliche und aus Sicht der Bank unbeabsichtigte Ereignisse, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Abläufen, Mitarbeitern und Technologie oder durch externe Einflüsse eintreten und zu einem Schaden oder einer deutlich negativen Konsequenz für die Bank führen (z. B. Gesetzesverstoß). Rechtsrisiken sind enthalten, nicht einbezogen sind strategische Risiken sowie Geschäftsrisiken.

Dieser Definition folgend sind Rechts- und Rechtsänderungsrisiken, Compliance-Risiken, Outsourcing-Risiken, Insourcing-Risiken, Conduct Risk, Fraud-Risiken, Modellrisiken, IT-Risiken und Verwundbarkeiten im Rahmen des Notfall- und Krisenmanagements sowie Personalrisiken im operationellen Risiko enthalten. Im Rahmen der im Berichtsjahr durchgeführten Risikoinventur wurden die Ausprägungen Insourcing- und Personalrisiken ergänzt, während Veritätsrisiken nicht mehr enthalten sind.

- Das Rechtsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rechtsrahmens ein Schaden entsteht.
- Das Rechtsänderungsrisiko bildet das Risiko eines Verlustes aufgrund neuer Gesetze oder Vorschriften, einer nachteiligen Änderung bestehender Gesetze oder Vorschriften beziehungsweise deren Interpretation oder Anwendung durch Gerichte ab.
- Das Compliance-Risiko bezeichnet Risiken gerichtlicher, behördlicher oder disziplinarischer Strafen, die aus nicht ordnungsgemäßen Verfahren, Prozessen etc. (aufgrund der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Verhaltensregeln und Normen) resultieren.
- Das Outsourcing-Risiko beschreibt Gefahren, die aus der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen resultieren.
- Das Insourcing-Risiko beschreibt Gefahren, die aus der Erbringung von Dienstleistungen für Dritte resultieren.
- Conduct Risk ist das bestehende oder künftige Risiko von Verlusten infolge der unangemessenen Erbringung von Finanzdienstleistungen, einschließlich Fällen vorsätzlichen oder fahrlässigen Fehlverhaltens. Dabei weisen insbesondere folgende Aspekte auf ein vorhan-

denes Conduct Risk hin: unter Vorgabe falscher Tatsachen verkaufte Produkte, forciertes Cross-Selling von Produkten, Interessenkonflikte im Vertriebsprozess oder bei Tätigkeit von Geschäften, Manipulation von Referenzzinssätzen oder Fremdwährungskursen, erschwerter Wechsel von Finanzprodukt oder -dienstleister, automatische Verlängerung von Produkten oder Zahlungen von Ausstiegsgebühren sowie unfaire Behandlung von Kundenbeschwerden.

- Das Fraud-Risiko beschreibt die Gefahr, die aus sonstigen strafbaren Handlungen gegenüber der Bank resultiert, welche einen vermeidbaren Vermögens- oder Reputationsschaden herbeiführen.
- Das Modellrisiko bezeichnet den potenziellen Verlust, der einem Institut als Folge von Entscheidungen entsteht, die sich grundsätzlich auf das Ergebnis interner Modelle stützen könnten, wenn diese Modelle Fehler bei der Konzeption, Ausführung oder Nutzung aufweisen.
- IT-Risiken sind alle Risiken für die Vermögens- und Ertragslage der Institute, die aufgrund von Mängeln entstehen, die das IT-Management beziehungsweise die IT-Steuerung, die Verfügbarkeit, Vertraulichkeit, Integrität und Authentizität der Daten, das interne Kontrollsystem der IT-Organisation, die IT-Strategie, die IT-Leitlinien oder den Einsatz von Informationstechnologie betreffen.
- Das Personalrisiko resultiert aus den folgenden Elementen:
 - Engpassrisiko: Gefahrenpotenziale aus Engpässen bei Bedarfs-, Potenziallücken oder Rekrutierung
 - Anpassungsrisiko: Gefahrenpotenziale aus Anpassung bei Kompetenzen, Bereitschaft oder Flexibilität
 - Austrittsrisiko: Gefahrenpotenziale aus Austritten von Leistungsträgern, Retentionmanagement oder Arbeitgeberleistung
 - Performancerisiko: Gefahrenpotenziale der Performance durch Commitment, innere Kündigung und Leistung

In den Risikomanagementprozess operationeller Risiken der Bank sind der Vorstand, das Risikocontrolling sowie alle weiteren Bereiche eingebunden. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit operationellen Risiken unter Berücksichtigung der Risikolage auf Gesamtbankebene fest. Das Risikocontrolling ist für die zentrale Überwachung und unabhängige Berichterstattung der operationellen Risiken zuständig. Die Verantwortung für die Steuerung der operationellen Risiken liegt innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen dezentral bei den einzelnen Bereichen.

Vor dem Hintergrund der Verantwortung für eine angemessene technisch-organisatorische Ausstattung und für ein angemessenes Notfallkonzept auf Gruppenebene gemäß §§ 25a und 25c KWG sind die Rahmenvorgaben der NORD/LB-Gruppe in einem bankeigenen Sicherheitsstandard umgesetzt. Dieser setzt sich in der BLB aus einer in die Risikostrategie eingebetteten Sicherheitsstrategie, Sicherheitsleitlinien, einem Bedrohungskatalog sowie Sicherheitsrichtlinien zusammen und enthält Sicherheitsvorgaben für die Themen Informationssicherheit, Datenschutz, Infrastruktur- und Gebäudeschutz, Arbeitssicherheit sowie für die Querschnittsprozesse BCM und Notfall- und Krisenmanagement.

Das BCM sowie das Notfall- und Krisenmanagement der Bank dienen der Vorsorge und Bewältigung von Notfällen und Krisen. Wesentliches Element hierbei ist die Vermeidung von Ausfällen kritischer Geschäftsprozesse und/oder das Einschränken möglicher Auswirkungen. Ebenso gehört hierzu die Vorbereitung auf Ereignisse, deren Risiken nicht oder nicht weit genug durch vorbeugende Maßnahmen reduziert werden können.

Im Rahmen eines integrierten Personalrisikomanagements werden durch das Personalmanagement die verschiedenen personalwirtschaftlichen Risiken wie Engpassrisiken, Austrittsrisiken, Anpassungsrisiken, Motivationsrisiken sowie eine auf Dauer unangemessene Personalausstattung nach Quantität und Qualität analysiert, bewertet und gesteuert. Die anforderungsgerechte und zielgerichtete Personalentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist primäre Aufgabe der jeweiligen Führungskräfte mit enger Unterstützung durch das Personalmanagement. Das Personalmanagement berät und unterstützt die Fachbereiche bei der Durchführung von Personalmaßnahmen. Die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung werden im BLB-Konzern umgesetzt.

Im IT-Bereich sorgen Verfahrensanweisungen, Ersatzkapazitäten und Sicherungen für eine angemessene Stabilität der IT-Infrastruktur. Sicherheitskonzepte und Wiederanlaufpläne ergänzen die vorbeugenden Maßnahmen, um Schäden durch den Ausfall oder die Manipulation von Anwendungen und Informationen zu verhindern.

Die Bank verfügt in wesentlichen Risikofeldern über angemessenen Versicherungsschutz. Die Ausgestaltung der Versicherungsdeckungen wird regelmäßig überprüft. Zu einzelnen Risiken hat die Bank unter Abwägung des Risikopotenzials zum Prämienaufwand vom Abschluss entsprechender Versicherungslösungen abgesehen.

Nach §§ 25a und 25h KWG ist die Bank verpflichtet, durch die Schaffung angemessener geschäfts- und kundenbezogener Sicherungssysteme sonstige strafbare Handlungen zulasten der Bank und ihrer Tochterunternehmen bereits im Vorfeld zu verhindern. Darüber hinaus verurteilt der Vorstand jeden Versuch betrügerischen bzw. unredlichen Handelns und/oder sonstiger krimineller Handlungen als schweres und nicht tolerierbares Vergehen (Null-Toleranz-Prinzip). Die Bank lässt nichts unversucht, um sonstige strafbare Handlungen zu verhindern oder zumindest so frühzeitig wie möglich aufzudecken sowie die entsprechenden Risiken auf das geringstmögliche Potenzial zu beschränken und Kontrollen durchzuführen. Dabei wird etwaigen kriminellen Handlungen in enger

Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden begegnet. Neben den bereits eingeführten Grundsätzen und Sicherungssystemen hat die Bank zu diesem Zweck eine umfangreiche Fraud-Prevention-Organisation eingeführt und führt regelmäßig eine Gefährdungsanalyse durch. Ein Baustein dieser Fraud-Prevention-Organisation ist die Schaffung eines Fraud-Managements, das in Personalunion vom Geldwäschebeauftragten der Bank ausgefüllt wird. Die Funktion Geldwäscheprävention/Fraud-Management ist als zentrale Stelle im Bereich Compliance angesiedelt und direkt dem Risikovorstand unterstellt.

Zur Absicherung gegen rechtliche Risiken ist unter anderem bei Einleitung von rechtlichen Maßnahmen und beim Abschluss von Verträgen, die nicht auf freigegebenen Mustern basieren, die Rechtsabteilung einzuschalten.

Die Qualität externer Lieferanten und Dienstleister wird durch die Vereinbarung von Service-Level-Agreements oder detaillierte Leistungsverzeichnisse sowie durch die laufende Kontrolle der Leistung sichergestellt. Zur Umsetzung der MaRisk zum Outsourcing wurde ein Prozess zur Beurteilung von Dienstleistern hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit unter Risikogesichtspunkten installiert. Für jede wesentliche Auslagerung wird eine verantwortliche Stelle benannt, der das Leistungs- und Risikomanagement der Geschäftsbeziehung obliegt. Zudem wird für jede wesentliche Auslagerung individuell die Notfallplanung abgestimmt.

Operationelles Risiko – Steuerung und Überwachung

Die Bank sammelt Schadenfälle aus operationellen Risiken und kategorisiert diese nach Ursachen und Auswirkungen. Die gesammelten Schadenfälle werden über die NORD/LB Gruppe in das vom Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) initiierte Datenkonsortium (DakOR) eingebracht.

Mithilfe der in der Bank jährlich durchgeführten Methode Self Assessment wird die vergangenheitsbezogene Schadenfallsammlung um die Zukunftskomponente ergänzt. Durch Expertenschätzungen werden detaillierte Einblicke in die Risikosituation der einzelnen Fachbereiche gewonnen. Das Self Assessment erfolgt in einem ersten Schritt mittels eines Fragenkatalogs, der qualitative Fragen enthält. In einem zweiten Schritt erfolgt für Bereiche mit wesentlichen operationellen Risiken die Durchführung einer Szenariomethode, mit deren Hilfe eine Quantifizierung der operationellen Risiken erfolgt.

Um potenzielle Risiken frühzeitig zu erkennen und ihnen durch Gegenmaßnahmen zu begegnen, werden in der NORD/LB-Gruppe Risikoindikatoren eingesetzt. Die Auswahl der Indikatoren erfolgt risikoorientiert und wird regelmäßig auf ihre Aktualität geprüft.

Die Ergebnisse aus der Schadenfalldatenbank, der Erhebung der Risikoindikatoren und des Self Assessments werden analysiert und es werden gegebenenfalls notwendige Maßnahmen von den Bereichen initiiert.

Mit den eingeführten Methoden und Verfahren zur Steuerung von operationellen Risiken hat die Bank die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. An der Weiterentwicklung der Methoden wird in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe gearbeitet.

Im Jahr 2017 wird der begonnene Weg zur Optimierung des integrierten OpRisk-Managements fortgeführt. Ziel ist vor allem, die in der zweiten Verteidigungslinie eingesetzten Methoden und Daten weiter zu harmonisieren und Effizienzen zu heben sowie das Risikomanagement auch im Sinne der erweiterten aufsichtsrechtlichen Anforderungen weiterzuentwickeln.

Operationelles Risiko – Bewertung

Die Konzeption und Definition der eingesetzten Methoden, Verfahren und Begrifflichkeiten sowie deren laufende Weiterentwicklung obliegen dem Risikocontrolling. Weiterentwicklungen erfolgen grundsätzlich in enger Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe.

Bei der Ermittlung der Risiken im Rahmen des RTF-Modells werden innerhalb der NORD/LB-Gruppe eine einheitliche VaR-Methode und ein gruppenweites Allokationsmodell verwendet. Das interne Modell der NORD/LB-Gruppe ist in 2016 überarbeitet worden.

Im Jahr 2016 wurden einzelne Risikoindikatoren überarbeitet bzw. ergänzt.

Hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung für das operationelle Risiko wird weiterhin der Standardansatz verwendet.

Operationelles Risiko – Berichterstattung

Der Governance-, OpRisk- und Compliance-Bericht berichtet über bedeutende operationelle Risiken und Handlungsbedarfe der Bank und erfüllt zugleich aufsichtsrechtliche Anforderungen.

4.2 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Bremer Landesbank ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und wird behandelt wie eine kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264d HGB. Demgemäß sind nach § 289 Abs. 5 HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems (IKS) im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben.

Das IKS und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist gesetzlich nicht definiert. Die Bank versteht das IKS und Risikomanagementsystem als umfassende Systeme und lehnt sich dabei an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, zum rechnungslegungsbezogenen IKS (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340 Tz. 4) an. Unter einem IKS werden danach die vom Management im Unternehmen eingeführten Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen verstanden, die auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements gerichtet sind:

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Die Bremer Landesbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 289 Abs. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Jahresabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten maßgeblich beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Bremer Landesbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Jahresabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Bremer Landesbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sind bei der Bremer Landesbank folgende Strukturen und Prozesse implementiert:

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie die Lageberichterstattung verantwortlich. Er hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet.

Die Bremer Landesbank stellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB auf. Die für Kreditinstitute spezifischen Vorschriften des § 340 HGB und diejenigen der Rechnungslegungsverordnung für Kreditinstitute (RechKredV) und die Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) sowie ergänzende Vorschriften der Satzung werden zusätzlich beachtet.

Die Erstellung des Jahresabschlusses und die Rechnungslegung werden überwiegend durch den Bereich Finanzen gesteuert und durchgeführt. Dieser nimmt dabei die folgenden wesentlichen Aufgaben wahr:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen
- Erstellung und Pflege der Abschlussanweisungen
- Zusammenstellung des Jahresabschlusses nebst Lagebericht
- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben

Im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses sind weitere Bereiche unter anderem mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen
- Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben
- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten
- Bereitstellung relevanter Angaben zum Anhang und Lagebericht
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und operationelle Risiken

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Feststellung des Jahresabschlusses der Bremer Landesbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, internen Kontrollsystems, Risikomanagement und -controlling, interner Revision (inklusive Auskunftsrecht)
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers

Darüber hinaus hat die interne Revision der Bremer Landesbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstandes Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind, bevor der Jahresabschluss festgestellt wird, durch den vom Aufsichtsrat beauftragten Abschlussprüfer zu prüfen.

Die Grundsätze, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des IKS und Risikomanagementsystems (inklusive des rechnungslegungsbezogenen) sind in einer Arbeitsanweisung niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst wird.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess erachtet die Bremer Landesbank solche Merkmale des IKS und Risikomanagementsystems als wesentlich, die die Bilanzierung und die Gesamtaussage des Jahresabschlusses einschließlich des Lageberichtes maßgeblich beeinflussen können. Dies sind insbesondere die folgenden Elemente:

- Identifikation der wesentlichen Risikofelder und Kontrollbereiche mit Relevanz für den Rechnungslegungsprozess
- bereichsübergreifende Kontrollen zur Überwachung des Rechnungslegungsprozesses
- präventive Kontrollmaßnahmen im Finanz- und Rechnungswesen der Bank, in den strategischen Geschäftsfeldern sowie in operativen, leistungswirtschaftlichen Unternehmensprozessen, die wesentliche Informationen für die Aufstellung des Jahresabschlusses einschließlich des Lageberichtes generieren, inklusive einer Funktionstrennung und vordefinierter Genehmigungsprozesse in relevanten Bereichen
- Maßnahmen, die die ordnungsmäßige EDV-gestützte Verarbeitung von rechnungslegungsbezogenen Sachverhalten und Daten sicherstellen
- Maßnahmen zur Überwachung des rechnungslegungsbezogenen IKS und Risikomanagementsystems.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen IKS und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Bremer Landesbank dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Bremer Landesbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das IKS. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des IKS.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Buchungen verwendet die Bremer Landesbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungstools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitorings überwacht wird.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vieraugenprinzip eine große Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vieraugenprinzip. Hierbei kommt entweder ein technisches und/oder ein organisatorisches Vieraugenprinzip zum Einsatz.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Bremer Landesbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Buchung erfolgt im Vieraugenprinzip.

4.3 Risiken aus den strategischen Geschäftsfeldern

Die BLB hat ihre strategischen Ziele in einem kundenorientierten Geschäftsmodell mit folgenden fünf strategischen Geschäftsfeldern sowie den ihnen zugeordneten zehn strategischen Geschäftseinheiten (SGEs) verankert:



Der Risikoschwerpunkt der BLB liegt in der strategischen Geschäftseinheit Schiffe. Die Steuerung der Risiken erfolgt nach Risikoarten und im Wesentlichen in den zentralen Organisationseinheiten.

Der interne Risikotransfer von Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken aus den strategischen Geschäftseinheiten hin zu den zentralen Organisationseinheiten erfolgt wie in der Banksteuerung üblich über das Rating der Kunden, die hierauf aufbauenden risikoadjustierten Einstandspreise sowie die Berücksichtigung von Liquiditätsaufschlägen. Gewährleistet wird dies in den strategischen Geschäftseinheiten durch die konsequente Anwendung der Finanzierungsgrundsätze und unter Beachtung der Regularien zur Risikosteuerung. Die Steuerung der Geschäfts- und strategischen Risiken sowie der operationellen Risiken findet weitgehend dezentral in den strategischen Geschäftseinheiten statt.

Den strategischen Geschäftseinheiten (SGEs) können die zugehörigen Kredit-, operationellen- sowie Geschäfts- und strategischen Risiken eindeutig zugeordnet werden.

In allen SGEs dominiert dabei das klassische Kreditrisiko. Insbesondere in der SGE Schiffe haben sich Konzentrationsrisiken aufgrund verschlechterter Risikoprofile durch die langanhaltende Krise in der Schifffahrt stark ausgeweitet. Zur Reduzierung dieses Risikos wird der wertschonende Abbau des Portfolios weiter vorangetrieben.

Geschäfts- und strategische Risiken der SGEs resultieren unter anderem aus unerwarteten Veränderungen der Wettbewerbsposition sowie unerwarteten konjunkturellen und Marktentwicklungen. Hier kann zum Beispiel das im Geschäftsfeld Financial Markets gemanagte Refinanzierungsgeschäft genannt werden, dessen Absatzzahlen unter anderem von den Marktbedingungen abhängen. Für die SGE Schiffe sind insbesondere die unsichere Entwicklung des Schifffahrtmarktes, verbunden mit den Unsicherheiten der USD-Kursentwicklung, hervorzuheben. In der SGE Sozialimmobilien bestehen darüber hinaus Geschäfts- und strategische Risiken in Form regulatorischer Eingriffe in den Pflegemarkt. In der SGE Erneuerbare Energien liegen vor allem in der zunehmenden Portfoliokonzentration auf Windkraft aufgrund der Verschärfung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) für Photovoltaik und Biogas sowie der Änderung von Förderbedingungen in den Kernmärkten Deutschland und Frankreich Geschäfts- und strategische Risiken.

4.4 Erweiterter Risikobericht

4.4.1 Risikotragfähigkeit

Entwicklung im Jahr 2016 und Ausblick

Im Vergleich zu der Darstellung der Risikotragfähigkeit zum 31. Dezember 2015 hat sich die Risikosituation aufgrund der andauernden Krise an den für die Bank relevanten Schiffsmärkten im Laufe des Wirtschaftsjahres 2016 massiv verschlechtert. Dies äußert sich in einem weit überproportionalen Anstieg der Risikovorsorge für das Geschäftsjahr 2016.

Die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Kapitalanforderungen gemäß CRR wurden unterjährig eingehalten. Infolge der deutlich erhöhten Risikovorsorgeaufwendungen haben sich sowohl die harte als auch die Kernkapitalquote auf 5,29 % per 31. Dezember 2016 reduziert. Die harte Kernkapitalquote lag damit über der regulatorisch geforderten Mindestquote einschließlich der für 2016 erforderlichen Mindestzuführung zum Kapitalerhaltungspuffer von 5,125 %. Die gesetzlichen Mindestanforderungen an die Kernkapitalquote von 6,625 % waren gemäß Ad-hoc-Meldung vom 9. März 2017 rückwirkend zum Jahresende letztlich nicht mehr erfüllt.

Das für die Risikotragfähigkeitsbewertung relevante, regulatorisch ungebundene Kernkapital (Risikokapital), welches Ende 2015 noch 814 Mio. € betrug, reduzierte sich sukzessive im Verlauf des Jahres durch die zunehmenden Risikovorsorgezuführungen und wurde letztlich zum Jahresende 2016 vollständig aufgezehrt. Die Risikotragfähigkeit war daher per 31. Dezember 2016 in der ökonomischen Going-Concern-Betrachtung (Säule II) nicht mehr gegeben.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Risikotragfähigkeitsberechnung per 31. Dezember 2016 im Vergleich zum Vorjahresultimo.

Auslastungsgrad des Risikokapitals im Going Concern (Konfidenzniveau 95 %)

Risikotragfähigkeit¹⁾ Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Risikokapital	0	814
Kreditrisiken	393	365
Beteiligungsrisiken	12	17
Marktpreisrisiken	44	38
Liquiditätsrisiken	14	20
Operationelle Risiken	17	15
Sonstige ²⁾	-164	-98
Risikopotenzial gesamt	316	358
Auslastungsgrad	n. a.	44 %

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Beinhaltet Korrekturpositionen aus der Gegenüberstellung regulatorischer und ökonomischer Verlustervartung.

Im Jahresverlauf 2016 zeigten die regelmäßigen Forecastberechnungen der Bank – bezogen auf die künftige Entwicklung der Kapitalquoten, Risikodeckungspotenziale und die Risikotragfähigkeit – Handlungsbedarf im Sinne einer erforderlichen Kapitalstärkung frühzeitig auf. Die Bank hat daher im Rahmen ihres aktiven Risikomanagements über die Realisierung einer weiteren synthetischen Verbriefungstransaktion sowie von Avalierungsmaßnahmen spürbare Kapitalentlastungseffekte realisiert. Diese Maßnahmen reichten allerdings nicht aus, um den zum Jahresende hin unerwarteten zusätzlichen Risikokapitalverzehr durch Risikovorsorgebildung auffangen zu können.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2017 ist die BLB 100-prozentige Tochtergesellschaft der NORD/LB geworden. Im Zusammenhang mit der Übernahme wurde als risikomitigierende Maßnahme bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2017 ein Beherrschungsvertrag inklusive Verlustausgleichsvereinbarung zwischen der NORD/LB und der BLB geschlossen sowie eine harte Patronatserklärung seitens der NORD/LB gegenüber der BLB abgegeben. Darüber hinaus hat die NORD/LB mit Wirkung vom 21. März 2017 eine Barkapitalerhöhung in Höhe von 400 Mio. € durchgeführt. Dadurch wurde die Kapitalrücklage der Bank gestärkt und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten wurden wieder entlas-

tet. Eine Erhöhung der im Jahr 2016 originierten synthetischen Verbriefung im Laufe des ersten Halbjahres 2017 soll zudem für eine weitere Entlastung der Risikosituation sorgen.

Zur Möglichkeit der Inanspruchnahme von Erleichterungen bei den Eigenmittelanforderungen hat die BLB am 19. Januar 2017 einen Waiver nach § 2a Abs. 1 und 2 KWG i. V. m. Art. 7 Abs. 1 CRR beantragt. Mit Bewilligung des Antrages entfallen bestimmte Aufsichtsanforderungen an die Eigenmittelausstattung der BLB auf Einzelinstitutsebene. Die Risikotragfähigkeit der BLB wird dann auf Ebene einer integrierten Steuerungseinheit ermittelt und sichergestellt. Hierbei findet das in 2016 umfassend weiterentwickelte konzerneinheitliche Risikotragfähigkeitsmodell der NORD/LB-Gruppe Anwendung.

Die nachhaltige Einhaltung der Kapitalquoten und der Risikotragfähigkeit hängt insbesondere von der Genehmigung eines Waivers zwischen NORD/LB und BLB ab. Für den Fall einer Verzögerung oder Ablehnung des Antrags seitens der Aufsicht sieht der Plan zur Kapitalerhöhung gleichzeitig einen Beschluss für genehmigtes Kapital vor, sodass weitere 200 Mio. € zur Kapitalstärkung der BLB eingesetzt werden könnten.

4.4.2 Kreditrisiko

Kreditrisiko – Entwicklung im Jahr 2016

Das Kreditexposure der Bank beträgt zum 31. Dezember 2016 rund 32.521 Mio. € und ist damit gegenüber dem Vorjahr um rund 1,2% gesunken.

Das Kreditrisiko ist im Wesentlichen durch das Schiffsportfolio geprägt. Im Segment Schiffskunden konzentrierte sich die BLB im vergangenen Jahr vor allem auf den Abbau des Portfolios.

Das Jahr 2016 war zunächst insbesondere durch die Entwicklung in der Bulkschifffahrt geprägt. Der bereits im Vorjahr einsetzende Verfall bei den Charterraten setzte sich fort. Der Baltic Dry Index erreichte im ersten Quartal 2016 ein neues Allzeittief. Im vierten Quartal konnten die Ratenindizes einen Jahresendspurt hinlegen. Ferner ist die erkennbare Orderzurückhaltung im Bulkersektor positiv zu werten. Insgesamt blieb der Markt auf sehr niedrigem Level weiterhin sehr volatil.

Nach einer leichten Erholung des Chartermarktes für Containerschiffe im ersten Halbjahr 2016, die bei den kleineren Schiffen ausreichte, Teiltilgungen zu leisten, kam es ab Spätsommer zu einem erneuten Rückgang der Charterraten. Hintergrund hierfür war der unverändert andauernde Zulauf an Neutonnage, der erst zum Jahresende nachließ.

Das Tankersegment konnte an den positiven Marktverlauf 2015 nicht mehr anknüpfen. Aufgrund des Flottenzuwachses gerieten die Charterraten im Jahresverlauf zunehmend unter Druck, blieben jedoch in großen Teilen über einem kapitaldienstdeckenden Niveau. Hinzu kam die Ankündigung der OPEC über eine Reduzierung der Erdölproduktion, die sich ebenfalls negativ auswirkte.

Der Markt der Mehrzweckschiffe (MPC) stand in 2016 weiterhin unter dem massiven Einfluss der Entwicklung der Container- und Bulkschifffahrt. Schiffe zum Transport von Projektladungen litten unter den insgesamt niedrigen Öl- und Rohstoffpreisen.

Insgesamt reichte das Wachstum des Welthandels in 2016 weiterhin nicht aus, positive Impulse im Schiffsfinanzierungsportfolio zu setzen. Notleidende Schiffe konnten nur noch sehr vereinzelt durch Reedereien gestützt werden. Vor diesem Hintergrund stieg der Wertberichtigungsbedarf im Segment Schiffsfinanzierungen erneut an. Neben Parameterverschärfungen in der Risikovorsorgeermittlung konnte die Fortführungsfähigkeit zahlreicher Kreditnehmer nicht bestätigt werden, so dass die Risikovorsorge in erheblichem Umfang das Niveau der Vorjahre übertraf.

Die Windenergie ist weiterhin das bedeutendste Teilsegment im Bereich der Finanzierung erneuerbarer Energien mit einem starken Wachstum in den letzten Jahren. Die Rahmenbedingungen für Windenergiefinanzierungen waren im Berichtszeitraum unverändert attraktiv und verlässlich. Mit Blick auf die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) – insbesondere dem Wechsel zu einem Ausschreibungsverfahren ab 2017 bei Wind onshore – stiegen die Zubauzahlen 2016 nochmals stark an. Des Weiteren trugen das historisch niedrige Zinsniveau und eine effizientere Anlagentechnologie zu einer verbesserten Rentabilität bei. Die Risiken bei Windparkprojektfinanzierungen sind bisher überschaubar. Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen gab es für Windparkprojektfinanzierungen nicht.

Analyse des Gesamtexposures

Die nachfolgende Tabelle vergleicht die Ratingstruktur des Kreditbestandes mit der des Vorjahrs. Die Klassifizierung entspricht dabei der Standard-IFD-Ratingskala, auf die sich die in der Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD) zusammengeschlossenen Banken, Sparkassen und Verbände geeinigt haben. Diese soll die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Ratingeinstufungen der einzelnen Kreditinstitute verbessern.

Die Ratingklassen der in der Bank genutzten 27-stufigen DSGVO-Rating-Masterskala können direkt in die IFD-Klassen überführt werden.

Kreditgeschäft nach Ratingstruktur

Ratingstruktur ^{1), 6)}	Darlehen ²⁾	Wertpapiere ³⁾	Derivate ⁴⁾	Sonstige ⁵⁾	Gesamt	
Mio. €	31.12.2016				31.12.2016	31.12.2015
Sehr gut bis gut	10.845	2.644	615	6.913	21.017	20.938
Gut/zufrieden stellend	2.257	–	66	591	2.914	2.818
Noch gut/befriedigend	1.357	50	39	286	1.732	2.102
Erhöhtes Risiko	470	–	21	61	552	912
Hohes Risiko	486	–	2	98	586	1.151
Sehr hohes Risiko	1.511	–	3	74	1.588	1.658
Default (= NPL)	4.115	–	2	15	4.132	3.350
Gesamt	21.042	2.694	748	8.038	32.521	32.929

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Beinhaltet in Anspruch genommene bzw. zugesagte Kredite, Bürgschaften, Garantien und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva, wobei analog zur internen Berichterstattung die unwiderruflichen und die widerruflichen Kreditzusagen anteilig einbezogen sind.

³⁾ Beinhaltet den Wertpapiereigenbestand fremder Emittenten (nur Anlagebuch).

⁴⁾ Beinhaltet derivative Finanzinstrumente wie Finanzswaps, Optionen, Futures, Forward Rate Agreements und

Devisengeschäfte.

⁵⁾ Beinhaltet sonstige Produkte wie Durchleitungs- und Verwaltungskredite.

⁶⁾ Zuordnung gemäß IFD-Ratingklassen.

Der hohe Anteil in den Klassen „sehr gut“ und „gut“ resultiert aus der großen Bedeutung des Interbankengeschäftes bzw. des Geschäftes mit öffentlichen Haushalten. Insgesamt hat sich 2016 die Risikostruktur des Kreditportfolios verschlechtert. Ursächlich für den Anstieg des Exposures in den Non-Performing Loans (NPL) ist die andauernde Schiffahrtskrise.

Kreditgeschäft nach Regionen

Regionen ¹⁾ Mio. €	Darlehen	Wertpapiere 31.12.2016	Derivate	Sonstige	Gesamt	
					31.12.2016	31.12.2015
Euroländer	20.063	2.646	481	8.035	31.226	31.455
- davon Deutschland	18.257	2.455	410	7.616	28.738	29.010
Übriges Europa	182	33	215	3	432	512
Nordamerika	24	15	51	0	90	96
Lateinamerika	82	-	-	-	82	81
Naher Osten/Afrika	56	-	-	-	56	117
Asien/Australien	635	-	-	-	635	667
Übrige	-	-	-	-	-	-
Gesamt	21.042	2.694	748	8.038	32.521	32.929

¹⁾ bis ⁵⁾ siehe vorangegangene Tabelle zur Ratingstruktur.

Die Aufteilung des Gesamtexposures nach Regionen belegt, dass das Länderrisiko für die Bank von nachgeordneter Bedeutung ist. Der Euroraum ist nach wie vor das mit Abstand wichtigste Geschäftsgebiet der Bank.

Die Abweichungen zwischen der Gesamtsumme gemäß vorstehender Tabelle nach Regionen und derjenigen für die in der Bilanz enthaltenen Finanzinstrumente resultieren aus unterschiedlichen Bewertungen und anderen Add-ons.

Kreditgeschäft nach Branchengruppen

Branchen ¹⁾ Mio. €	Darlehen	Wertpa- piere 31.12.2016	Derivate	Sonstige	Gesamt	
					31.12.2016	31.12.2015
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	2.837	674	503	2.791	6.805	6.748
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	6.880	2.010	65	674	9.629	9.897
- davon Grundstücks-, Wohnungswesen	1.247	-	33	190	1.470	1.583
- davon öffentliche Verwaltung	3.232	2.010	14	121	5.376	5.789
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	6.430	9	20	143	6.603	7.433
- davon Schifffahrt	6.119	0	14	32	6.164	6.929
Verarbeitendes Gewerbe	616	-	35	130	781	799
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	2.321	-	67	3.932	6.319	5.813
Handel, Instandhaltung, Reparatur	1.371	-	56	114	1.541	1.493
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	119	-	1	192	312	306
Baugewerbe	468	-	1	62	531	441
Übrige	-	-	-	-	-	-
Gesamt	21.042	2.694	748	8.038	32.521	32.929

¹⁾ bis ⁵⁾ siehe vorangegangene Tabelle zur Ratingstruktur.

Der Rückgang des Gesamtexposures ist zu einem Großteil auf den aktiven Abbau des Schiffsportfolios zurückzuführen. Das Darlehensvolumen in der Branche Schifffahrt hat sich, in Euro gemessen, im Vergleich zum Vorjahresresultimo deutlich um 765 Mio. € reduziert. Der Anteil von Finanzie-

rungsinstitutionen/Versicherern am Gesamtexposure ist dennoch mit 21 % (Vorjahr: 20 %) weiterhin relativ hoch, ist aber weiterhin durch Institutionen mit sehr guten bis guten Ratingnoten geprägt.

Non-Performing Loans

In der Bank werden für akute Ausfallrisiken bei Vorliegen objektiver Hinweise EWB gebildet. Der Wertberichtigungsbedarf basiert auf einer barwertigen Betrachtung der noch zu erwartenden Zins- und Tilgungszahlungen sowie der Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft (Avale, Indossamentsverbindlichkeiten, Kreditzusagen) erfolgt durch Bildung einer Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft.

Das Kreditexposure wertgeminderter Forderungen ist im Jahr 2016, bedingt durch die andauernde Schifffahrtskrise, weiter angestiegen. Der Bestand an EWB und Rückstellungen für das Kreditgeschäft hat sich im Jahr 2016 vor allem durch den Anstieg der Wertberichtigungen für das Schifffahrtportfolio nochmals erheblich erhöht. Die EWB-Quote als das Verhältnis von EWB-Bestand zur Summe der Exposures beträgt 6,1 % (Vorjahr: 2,8 %).

Der Bestand an überfälligen oder wertgeminderten Forderungen in der BLB ist überwiegend durch bankübliche Sicherheiten und sonstige Kreditverbesserungen besichert, deren Bewertung anhand von Beleihungsgrundsätzen erfolgt. Das Kreditexposure mit Wertberichtigungsbedarf ist vor Anrechnung von Sicherheiten zu 56,5 % (Vorjahr: 36,2 %) durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt.

Die Risikovorsorgebildung liegt mit einem Aufwand von rund 1.755 Mio. € deutlich oberhalb der Erwartungen. Unter Berücksichtigung von Verbräuchen beläuft sich der Bestand an Einzelwertberichtigungen zzgl. Rückstellungen auf 1.987 Mio. € (Vorjahr: 926 Mio. €).

Risikovorsorgebedarf nach Branchengruppen

Branchen ¹⁾	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen ²⁾		Bestand EWB		Bestand Rückstellungen für das Kreditgeschäft		Veränderungen EWB / Rückstellungen	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Mio. €								
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	9	24	7	10	–	–	–3	3
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	39	60	26	27	1	1	–1	–5
- davon Grundstücks-, Wohnungswesen	8	23	6	6	–	–	1	–1
- davon öffentliche Verwaltung	–	–	–	–	–	–	–	–
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	3.322	2.343	1.844	807	2	2	1.037	266
- davon Schifffahrt	3.318	2.339	1.840	787	–	–	1.053	249
Verarbeitendes Gewerbe	28	33	24	27	1	0	–2	–3
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	65	39	48	25	3	3	24	4
Handel, Instandhaltung, Reparatur	7	8	7	5	1	0	2	–2
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	14	3	10	2	0	0	8	1
Baugewerbe	19	20	13	14	1	1	–1	–4
Übrige	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt	3.504	2.531	1.979	917	8	8	1.061	261

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

Risikovorsorgebedarf nach Regionen

Regionen ¹⁾	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen ²⁾		Bestand EWB		Bestand Rückstellungen für das Kreditgeschäft		Veränderungen EWB/ Rückstellungen	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Mio. €								
Euroländer	3.269	2.298	1.886	857	7	7	1.029	232
Übriges Europa	13	8	8	4	0	0	4	3
Nordamerika	–	–	–	–	–	–	–	–
Lateinamerika	–	–	–	1	–	–	–1	0
Naher Osten/Afrika	45	57	10	20	–	–	–10	20
Asien/Australien	177	167	75	35	1	1	40	6
Übrige	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt	3.504	2.531	1.979	917	8	8	1.061	261

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Branchengruppen

Die folgenden Tabellen geben Auskunft über den in Verzug geratenen, aber noch nicht wertgeminderten Forderungsbestand. Als überfällig werden alle Forderungen ausgewiesen, die ab dem ersten Tag in Überziehung sind.

Branchen ¹⁾	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen ²⁾	
	2016	2015
Mio. €		
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	51	67
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	150	199
- davon Grundstücks-, Wohnungswesen	5	38
- davon öffentliche Verwaltung	113	112
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	272	711
- davon Schifffahrt	272	708
Verarbeitendes Gewerbe	12	13
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	121	213
Handel, Instandhaltung, Reparatur	6	25
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	5	17
Baugewerbe	0	16
Übrige	–	–
Gesamt	618	1.262

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

Verzugsdauer überfälliger, nicht wertgeminderter finanzieller Forderungen nach Regionen

Regionen ¹⁾	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen ²⁾									
	Bis 1 Monat		1 bis 3 Monate		3 bis 6 Monate		Ab 6 Monaten		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Mio. €										
Euroländer	383	738	69	99	25	39	100	275	577	1.151
Übriges Europa	35	46	–	5	–	–	–	–	35	51
Nordamerika	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Lateinamerika	0	–	–	–	–	–	–	–	0	–
Naher Osten/Afrika	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Asien/Australien	0	3	6	–	–	–	–	56	6	60
Übrige	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt	418	787	75	104	25	39	100	332	618	1.262

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

Das Exposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen ist durch die konsequente Risikovor-sorgebildung in 2016 deutlich gesunken. Der Bestand an überfälligen, nicht wertgeminderten Forde-rungen besteht zu 20 % (Vorjahr: 29 %) aus Forderungen, bei denen vereinbarte Zins- oder Til-gungszahlungen mehr als 90 Tage überfällig sind. 68 % (Vorjahr: 62 %) der Forderungen sind bis zu einem Monat überfällig.

Im Berichtsjahr wurden direkte Forderungsabschreibungen auf Kredite in Höhe von 196 Mio. € (Vor-jahr: 43 Mio. €) vorgenommen. Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 3 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €). Für Wertpapiere des Anlagevermögens wurden in der BLB keine direkten Forde-rungsabschreibungen vorgenommen.

Durch Sicherheitenanrechnung wurden die risikogewichteten Aktiva per 31. Dezember 2016 um 0,97 Mrd. € (Vorjahr: 1,34 Mrd. €) vermindert, dies entspricht einem Anteil von 10 % (Vorjahr: 10 %) an den gesamten Kreditrisiko-RWA. Hierbei kamen hauptsächlich Bürgschaften und Garantien von Staaten und Banken, finanzielle Sicherheiten und Grundpfandrechte zur Anrechnung.

Im Zusammenhang mit der Verwertung gehaltener Sicherheiten und sonstiger Kreditverbesserun-gen infolge des Ausfalls von Kreditnehmern hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Vermögensgegenstände erworben. Durch Inbesitznahme von Sicherheiten, die in Form von Siche-rungsgegenständen gehalten werden, oder durch Inanspruchnahme anderer Kreditbesicherungen hat die BLB in der Berichtsperiode ebenfalls keine Vermögensgegenstände erhalten.

Kreditrisiko – Ausblick

Die Bank wird auch im Jahr 2017 ihre Ausfallrisikosteuerung weiterentwickeln. In diesem Zusam-menhang erfolgt die turnusmäßige Validierung der Risikoparameter sowie des Kreditrisikomodells. Ferner soll die Vereinheitlichung des RWA-Managements mit dem der NORD/LB umgesetzt wer-den. Die weiter zu intensivierenden Ausfallrisikoanalysen mit Schwerpunkt auf Risikokonzentri-erungsanalysen auf Adress- und Kreditportfolioebene werden weitere Impulse zur effizienten Kreditrisi-kosteuerung in der Bank liefern.

Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der BLB insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt. Eine nachhaltige Erholung des Schifffahrtsektors ist aufgrund ho-her Überkapazitäten weiterhin unsicher. Für die Risikovorsorge im Schiffsbereich wird auf Basis von sich mittelfristig stabilisierenden Charraten von sinkenden Vorsorgeaufwendungen ausgegangen. Die Bank stellt sich in ihrer Risikosteuerung zunächst auf eine weiterhin herausfordernde Entwick-lung in der Handelsschifffahrt in den nächsten Jahren ein, wird das aktive Portfoliomanagement im Sinne des risikoorientierten Rückbaus des Schiffsfinanzierungsportfolios fortsetzen und Risiken durch eine angemessene Risikovorsorgedotierung abschirmen.

4.4.3 Beteiligungsrisiko

Beteiligungsrisiko – Entwicklung im Jahr 2016

Die „Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH“ stellt für die BLB eine wesentliche Beteiligung dar. Der Identifizierung als wesentlicher Beteiligung wird durch eine isolierte Risikobetrachtung Rechnung getragen. Im Rahmen der RTF-Berichterstattung werden die relevanten Risikokennzahlen für diese Beteiligung entsprechend gewürdigt und kommentiert. Eine Änderung der Quantifizierung des Risikopotenzials der Beteiligung (Risikoart Beteiligungen) erfolgt indes nicht.

Im Juni 2016 wurde bezüglich der Anteile an der Deutschen Factoring Bank GmbH & Co. und ihrer Komplementärin, der Deutschen Factoring GmbH, ein Verkaufsvertrag abgeschlossen und im August 2016 plangemäß vollzogen. Darüber hinaus gab es – über das Beteiligungsportfolio insgesamt betrachtet – keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem 31. Dezember 2015.

Das im Going Concern ausgewiesene Risikopotenzial des Beteiligungsportfolios ist in 2016 auf 12 Mio. € (Vorjahr: 17 Mio. €) gesunken.

Beteiligungsrisiko – Ausblick

Die Optimierung des Beteiligungsportfolios ist weitgehend umgesetzt.

Im Rahmen der Übernahme der BLB durch die NORD/LB ist eine bisher von der BLB gehaltene Beteiligung an einem wichtigen Unternehmen mit Bezug zum Bundesland Bremen mit Wirkung Anfang 2017 an die Freie Hansestadt Bremen übertragen worden.

4.4.4 Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiko – Entwicklung im Jahr 2016

Das Zinsrisiko (inklusive Credit-Spread-Risiko) stellt das wesentliche Marktpreisrisiko für die BLB dar. Dieses Risiko zeigt sich im Jahr 2016 deutlich weniger volatil als im Vorjahr. Das Zinsniveau im Jahr 2016 befindet sich im Vergleich zum Vorjahr weiterhin auf niedrigem Niveau. Gegenüber Zinssteigerungen ist die Bank gut positioniert. Die Credit Spreads sind in 2016 leicht angestiegen. Für 2017 werden leicht sinkende Spreads erwartet.

In der folgenden Tabelle werden die Marktpreisrisiken der Bank (ohne das Credit Investment Portfolio) im Berichtsjahr sowie im Vorjahr gezeigt.

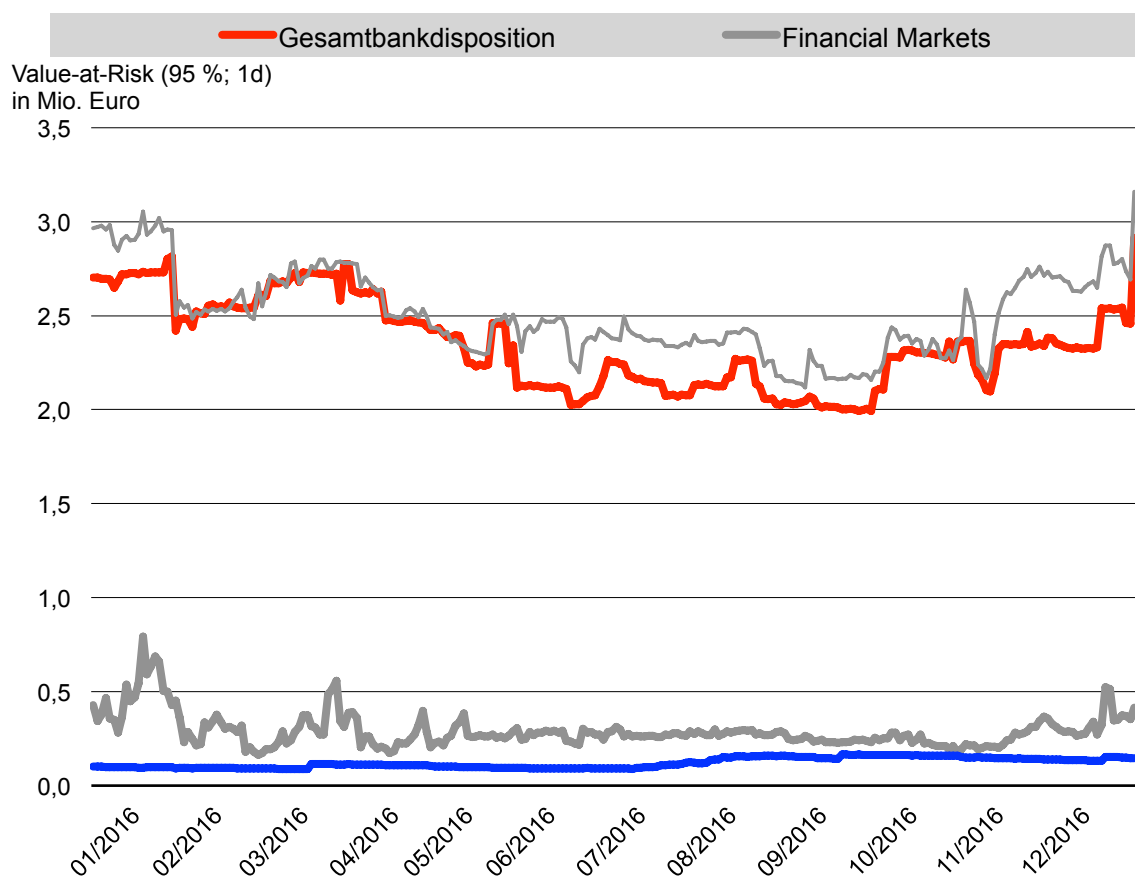
Marktpreisrisiken – Überblick

Tsd. €	Maximum		Durchschnitt		Minimum		Jahresendwert	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Zinsrisiko (VaR)	3.111	5.270	2.364	4.202	2.037	2.535	3.111	2.535
Währungsrisiko (VaR)	85	118	24	32	1	4	19	5
Aktienkurs- und Fondsrisko (VaR)	596	517	280	170	20	16	245	20
Volatilitätsrisiko (VaR)	48	85	14	43	4	11	8	12
Gesamtrisiko (VaR)	3.158	4.770	2.468	4.043	2.099	2.563	3.158	2.563

Die Auslastung des Marktpreisrisikolimits für die Bank lag im Jahresdurchschnitt bei 44 % (die maximale Auslastung betrug 53 %, die minimale Auslastung 37 %). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 betrug der Value-at-Risk (VaR) (Konfidenzniveau von 95 % und Haltedauer von einem Tag) der Bank 3,16 Mio. €. Im Berichtsjahr 2016 beträgt die durchschnittliche Auslastung des Risikolimits der OE Financial Markets 29 %, die der Gesamtbankdisposition 43 %.

Der Verlauf des VaR der Gesamtbank (inklusive des Credit Investment Portfolios) wird in der nachstehenden Grafik für das Jahr 2016 gezeigt.

Marktpreisrisiken Value-at-Risk-Verläufe



Im Berichtsjahr 2016 ergaben die durchgeführten Stresstests auf Gesamtbankebene ein maximales Risiko von 98 Mio. € sowie einen Durchschnittswert von 78 Mio. € bei einem Minimum von 58 Mio. €. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 betrug der Stresstestwert der Gesamtbank 96 Mio. €.

Im Berichtsjahr 2016 betrug das Zinsänderungsrisiko, bezogen auf das haftende Eigenkapital, durchschnittlich 6,1% nach 8,5% in 2015. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bank weit von einer Klassifizierung als „Institut mit erhöhten Zinsänderungsrisiken“ entfernt ist. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die barwertige Ermittlung der Zinsänderungsrisiken mit einbezogen.

Marktpreisrisiko – Ausblick

Für das Jahr 2017 erwartet die Bank für das Portfolio der BLB weiterhin ein weitestgehend stabiles Marktumfeld. Mit einer deutlichen und nachhaltigen Niveauverschiebung ist sowohl bei den Credit Spreads als auch bei den Zinsen nicht zu rechnen.

In 2017 wird der Weiterentwicklung der strategischen Zinsbuchsteuerung besondere Aufmerksamkeit gegeben. In 2016 hat die Bank die barwertige strategische Zinsbuchsteuerung um eine ertragsorientierte Sichtweise (periodische Betrachtung) erweitert. In 2017 wird die Bank weiter an der Sicherstellung einer konsistenten und integrierten Betrachtung der beiden Steuerungskreise (ökonomisch und gleichzeitig periodisch) arbeiten. Daneben werden punktuelle methodische oder prozessuale Weiterentwicklungen im Kontext der Marktpreisrisikosteuerung angestrebt.

4.4.5 Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko – Entwicklung im Jahr 2016

Während der ersten fünf Monate 2016 war die Liquiditätsversorgung der Bank jederzeit zufriedenstellend. Der dynamische Liquiditätsstresstest als Steuerungsinstrument des klassischen Liquiditätsrisikos zeigte auch unter verschärften Stressparametern eine ausreichende Liquiditätsausstattung. Mit Ad-hoc-Mitteilung vom 2. Juni 2016 hat die BLB über einen zu erwartenden starken Anstieg des Risikovorsorgebedarfs informiert. Infolgedessen hat eine Ratingagentur, mit der kein Vertragsverhältnis mehr besteht, ausschließlich auf Basis öffentlich verfügbarer Informationen das Kurz- und Langfrist-Rating der BLB herabgestuft. Durch die Herabstufung ist es zu Verunsicherungen bei Investoren und Refinanzierungspartnern hinsichtlich der BLB gekommen, welche Einschränkungen im Kapitalmarktauftritt der Bank zur Folge hatten. Da durch die Ratingaktion zudem Anpassungen im Hinblick auf die Abbildung des Kreditrisikos und der Sichteinlagen im Stresstest vorgenommen werden mussten, kam es trotz einer auskömmlichen Liquiditätssituation im Monat Juni zum Gelb-Status im dynamischen Liquiditätsstresstest. Der Gelb-Status konnte jeweils durch kurzfristige Mittelaufnahmen (Termingelder) bei der NORD/LB innerhalb von höchstens zwei Tagen in den Grün-Status zurückgeführt werden. Im Jahresverlauf wurden diese Termingelder zur weiteren Liquiditätssicherung vorzeitig prolongiert.

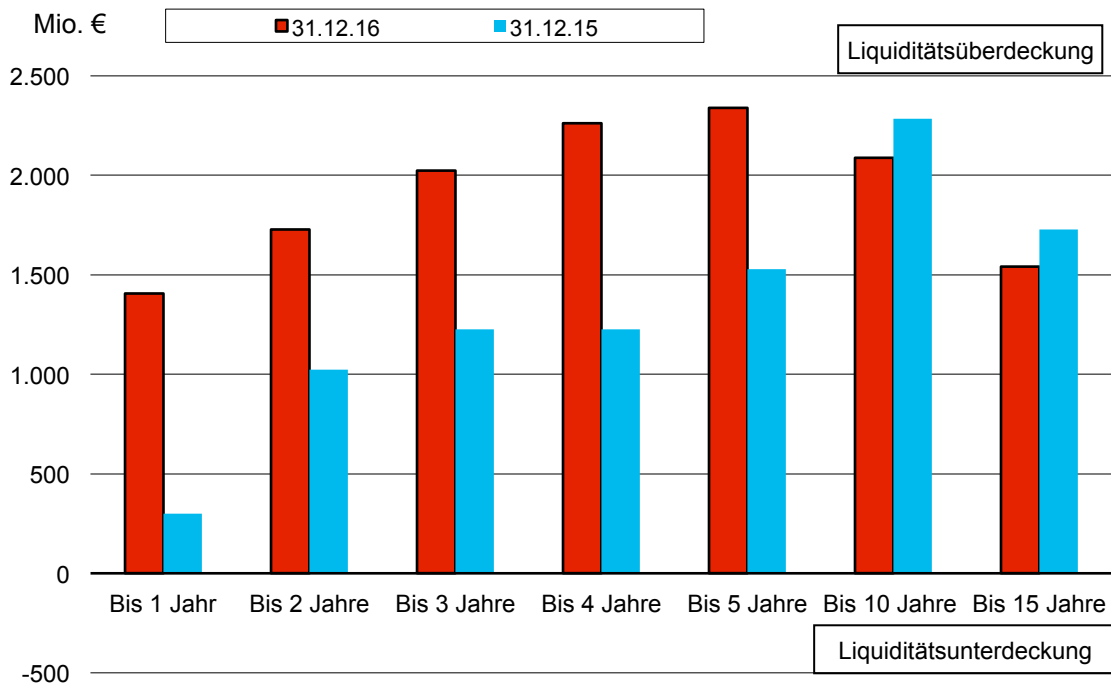
Im Verlauf des zweiten Halbjahrs 2016 konnte die Liquiditätssituation auf zufriedenstellendem Niveau stabilisiert werden, so dass es keine weitere Unterschreitung des Grün-Status mehr gegeben hat. Aufgrund der weiterhin bestehenden unbefriedigenden Ratingsituation und eines teilweise gestörten Geld- und Kapitalmarktzugangs hat die BLB das ganze Jahr über die Liquiditätssituation eng gesteuert und tägliche Sitzungen des Krisenstab-Unterausschusses durchgeführt. Am 23. November 2016 hat die BLB im Rahmen einer zweiten Ad-hoc-Mitteilung über einen abermals angestiegenen Risikovorsorgebedarf und damit einhergehend einen höheren Jahresverlust informiert. Da zu diesem Zeitpunkt schon absehbar war, dass die NORD/LB alle Anteile an der BLB übernimmt, hat dies zu keinen weiteren Reaktionen seitens der Investoren bzw. des Geld- und Kapitalmarkts geführt. Die Übernahme der BLB durch die NORD/LB mit Wirkung zum 1. Januar 2017 wurde am 14. und 15. Dezember 2016 durch die Bremer Bürgerschaft bzw. den niedersächsischen Landtag bestätigt.

Die Anforderungen an den vorzuhaltenden Liquiditätspuffer nach den MaRisk wurden im Verlaufe des Jahres stets erfüllt; die Auslastung des Liquiditätspuffers für eine Woche betrug aufgrund hoher kurzfristiger Liquiditätsüberschüsse zum Stichtag 0 % (Vorjahr: 32 %). Die Auslastung des Liquiditätspuffers für einen Monat betrug zum Stichtag 25 % (Vorjahr: 38 %).

Im Gegensatz zum dynamischen Stressszenario, das stets das für den Konzern als am wahrscheinlichsten eingeschätzte Stressszenario abbildet, zeigt die Liquiditätsablaufbilanz aus erwarteten Zu- und Abflüssen des Bestandsgeschäfts der Bank per 31. Dezember 2016, dass sich die langfristige Liquiditätssituation insgesamt nicht wesentlich verändert hat. Anders als beim dynamischen Stressstest, der Szenarioannahmen für stochastische Cashflows beinhaltet, ist die Liquiditätsablaufbilanz (LAB) eine eher dispositive Sicht auf das Bestandsgeschäft der Bank. Die LAB dient zur Steuerung der langfristigen, strukturellen Liquidität. In der LAB werden daher Cashflows aus zukünftigen bzw. lediglich geplanten Geschäften nicht berücksichtigt.

Kumulierte Liquiditätsabläufe

Die zur internen Steuerung des Refinanzierungsrisikos genutzte Liquiditätsablaufbilanz stellt sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:



Als Ergebnis der Liquiditätssteuerung wurden die kumulierten Liquiditätsüberschüsse im Vergleich zum Vorjahresultimo im Wesentlichen gehalten.

Die Liquiditätsablaufbilanz der Bank zeigt daher zum 31. Dezember 2016 eine zufriedenstellende Liquiditätssituation. Die zur Steuerung genutzten Liquiditätslimite (Volumenstrukturlimite) wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.

Das zur Begrenzung des Refinanzierungsrisikos genutzte Barwertlimit wurde im Verlauf des Jahres 2016 zu keinem Zeitpunkt überschritten. Die Liquiditätskennzahl lag im Berichtszeitraum zwischen 2,43 und 3,67 und damit deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Mindesthöhe von 1,00. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) wird durch das Risikocontrolling seit dem zweiten Halbjahr 2016 täglich überwacht. Die vorgegebene Mindestquote (70 %) wurde dabei stets eingehalten und lag in der täglichen Überwachung zwischen 97 % und 180 %.

Verbindlichkeiten Mio. €	31.12.2016		31.12.2015	
	Volumen	Anteil	Volumen	Anteil
Kreditinstitute	11.084	40 %	10.598	36 %
Kunden	9.645	34 %	9.823	34 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.409	19 %	5.279	18 %
Kapital	506	2 %	1.343	5 %
Rest	1.406	5 %	2.022	7 %
Summe Passiva	28.050		29.065	
Gedekte Refinanzierung (gesamt) ¹⁾	4.029		4.513	
Öffentliche Pfandbriefe	3.130	78 %	3.587	79 %
Hypothekendarlehen	797	20 %	753	17 %
Schiffspfandbriefe	102	2 %	173	4 %

¹⁾ Gedekte Refinanzierung: Ausweis erfolgt in Höhe des Nominalbetrags.

Die Refinanzierung der BLB setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 40 % (Vorjahr: 36 %), gegenüber Kunden mit 34 % (Vorjahr: 34 %) und verbrieften Verbindlichkeiten mit 19 % (Vorjahr: 18 %). Neben ungedeckten Wertpapieren nutzt die BLB dabei auch gedeckte Wertpapiere, darunter öffentliche Pfandbriefe, Immobilien- und Schiffspfandbriefe. Der Anteil der gedeckten Refinanzierung beläuft sich auf 14 % (Vorjahr: 16 %).

Liquiditätsrisiko – Ausblick

Die Situation der BLB wird in 2017 in erster Linie durch das Voranschreiten der Integration in den NORD/LB-Konzern geprägt sein. Mit Übernahme der BLB durch die NORD/LB wurde am 10. Januar 2017 das nur auf öffentlich verfügbaren Informationen basierende Langfrist-Rating der BLB wieder in den Investment-Grade-Bereich angehoben.

Infolge einer nochmals gestiegenen Risikovorsorge im Schiffskreditportfolio hat die BLB mit Ad-hoc-Mitteilung vom 9. März 2017 über den damit einhergehenden Jahresverlust informiert. Die Mitteilung hat zu keinen weiteren Reaktionen seitens Investoren bzw. des Geld- und Kapitalmarkts geführt. Die Liquiditätssituation ist unverändert zufriedenstellend und wird weiterhin eng gesteuert.

Es ist daher davon auszugehen, dass die BLB wieder erfolgreich Emissionen am Kapitalmarkt platzieren kann.

4.4.6 Operationelles Risiko

Operationelles Risiko – Entwicklung im Jahr 2016

Die eingetretenen Schadenfälle des Jahres 2016 werden insgesamt als unwesentlich aus Gesamtbanksicht eingeschätzt. Der Bruttobetrag aller gemeldeten Schadenfälle (inklusive Fällen, die auch das Kreditrisiko betreffen) betrug in 2016 3,7 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €). Unter Berücksichtigung von Schadensminderungen ergibt sich eine Nettoschadenfallsumme von 2,6 Mio. €.

Nettoschäden in % der Gesamtschadenssumme (ohne Schäden mit Kreditbezug)

Schadenfalldatenbank	Anteil 31.12.2016	Anteil 31.12.2015 ¹⁾
Externe Einflüsse	44,3 %	25,9 %
Interne Abläufe	0,0 %	39,5 %
Mitarbeiter	55,7 %	40,8 %
Technologie	0,0 %	-6,2 %

¹⁾ Negativer Wert resultiert aus nachträglicher Minderung eines Schadenfalls aus 2014.

Rechtsrisiken aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zu unwirksamen Widerrufsbelehrungen in Verbraucherdarlehensverträgen und Darlehensgebühren können nicht ausgeschlossen werden. Ansprüche gegen die Bank wurden nur in überschaubarem Umfang geltend gemacht. Darlehensgebühren für Darlehen an Privatkunden wurden, soweit in unverjährter Zeit geltend gemacht, erstattet. Ob die Rechtsprechung auf Darlehen an gewerbliche Kunden übertragbar ist, ist höchstrichterlich nach wie vor nicht entschieden; bisher wurden nur vereinzelt Rückzahlungsansprüche geltend gemacht, diese Forderungen wurden zurückgewiesen. Die Bildung einer Rückstellung wird bisher nicht für erforderlich gehalten.

Basierend auf den Ergebnissen des Self Assessments, der Risikoindikatoren und den Einträgen in der Schadenfalldatenbank geht die Bank davon aus, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit keine existenzgefährdenden Schäden aus operationellen Risiken eintreten werden.

Operationelles Risiko – Ausblick

Auch für das Jahr 2017 geht die Bank davon aus, dass Schadenfälle aus operationellen Risiken wie in den Vorjahren in unwesentlichem Umfang vorliegen werden.

4.5 Sonstige Risiken

Über die bereits dargestellten Kredit-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken hinaus sind die sonstigen Risiken von untergeordneter Bedeutung für die Bank.

4.6 Gesamtaussagen

Gesamtaussage zur Risikolage

Die Situation der BLB ist massiv durch die andauernde Krise an den für die Bank relevanten Schiffahrtsmärkten beeinflusst. Dies äußert sich in einem weit überproportionalen Anstieg der Risikovorsorge für das Geschäftsjahr 2016. Die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse wurde hierdurch letztlich zum Jahresende 2016 vollständig aufgezehrt. Die Risikotragfähigkeit war daher per 31. Dezember 2016 in der ökonomischen Going-Concern-Betrachtung (Säule II) nicht mehr gegeben.

Die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Kapitalanforderungen gemäß CRR wurden unterjährig eingehalten. Die Eigenmittelanforderungen betragen per 31. Dezember 2016 insgesamt rund 0,9 Mrd. €. Dies entspricht risikogewichteten Aktiva in Höhe von rund 11,4 Mrd. €. Die Gesamtkennziffer beläuft sich auf 10,97 %.

Infolge der deutlich erhöhten Risikovorsorgeaufwendungen haben sich sowohl die harte als auch die Kernkapitalquote auf 5,29 % per 31. Dezember 2016 reduziert. Die harte Kernkapitalquote lag damit über der regulatorisch geforderten Mindestquote. Die gesetzlichen Mindestanforderungen an die Kernkapitalquote von 6,625 % waren gemäß Ad-hoc-Meldung vom 9. März 2017 rückwirkend zum Jahresende letztlich nicht mehr erfüllt.

Mit Blick auf die erforderlich gewordene Risikovorsorge per 31. Dezember 2016 sowie die in 2017 erneute Anhebung der Mindestkapitalanforderungen gemäß Basel III ergab sich die Notwendigkeit einer Barkapitalerhöhung durch die NORD/LB im Umfang von 400 Mio. €, die mit Wirkung vom 21. März 2017 durchgeführt wurde. Dadurch wurde die Kapitalrücklage der Bank gestärkt und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten werden wieder entlastet. Eine Erhöhung der im Jahr 2016 originieren synthetischen Verbriefung im Laufe des ersten Halbjahres 2017 soll zudem für eine weitere Entlastung der Risikosituation sorgen.

Zur Möglichkeit der Inanspruchnahme von Erleichterungen bei den Eigenmittelanforderungen hat die BLB am 19. Januar 2017 einen Waiver nach § 2a Abs. 1 und 2 KWG i. V. m. Art. 7 Abs. 1 CRR beantragt. Mit Bewilligung des Antrages entfallen bestimmte Aufsichtsanforderungen an die Eigenmittelausstattung der BLB auf Einzelinstitutsebene. Die Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wird dann auf Ebene einer integrierten Steuerungseinheit ermittelt und sichergestellt.

Die nachhaltige Einhaltung der Kapitalquoten und der Risikotragfähigkeit hängt insbesondere von der Genehmigung eines Waivers zwischen NORD/LB und BLB ab. Für den Fall einer Verzögerung oder Ablehnung des Antrags seitens der Aufsicht sieht der Plan zur Kapitalerhöhung gleichzeitig einen Beschluss für genehmigtes Kapital vor, sodass weitere 200 Mio. € zur Kapitalstärkung der BLB eingesetzt werden könnten.

Aufgrund der Entwicklung in 2016 ist es für die BLB zu Verunsicherungen bei Investoren und Refinanzierungspartnern gekommen. Darüber hinaus musste die BLB in 2016 aufgrund von Nachtragspflichten zum Emissionsprospekt ihre Emissionstätigkeit aussetzen. Ungeachtet dessen war die Liquiditätsausstattung der Bank zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

Eine Folge der Ad-hoc-Mitteilung vom 2. Juni 2016 war ein Downgrade durch eine Ratingagentur im Rahmen eines nicht beauftragten Ratings. Nach dem Vollzug der Komplettübernahme der BLB durch die NORD/LB hat die Ratingagentur das Langfrist-Rating der BLB am 10. Januar 2017 wieder angehoben.

Die Bank erwartet, dass auch 2017 von schwierigen Schiffahrtsmärkten geprägt sein wird. Darüber hinaus kann die Unsicherheit der USD-Kursentwicklung aufgrund des hohen Anteils von USD-Finanzierungen in diesem Geschäftsfeld negative Auswirkungen haben.

Der Druck auf die Risikotragfähigkeit und die Kapitalquoten wird aufgrund der vorgenannten Unsicherheiten sowie der perspektivisch steigenden Mindestanforderungen gemäß CRR (Capital Requirements Regulation) weiter bestehen bleiben. Vor diesem Hintergrund wird die Bank die im Rahmen des RWA(risikogewichtete Aktiva)- und Kapitalmanagements eingeleiteten Maßnahmen weiterhin intensiv fortführen. Der Abbau des Schiffsportfolios wird weiter vorangetrieben.

Durch die vollzogene Übernahme der BLB durch die NORD/LB und die vorgesehenen Maßnahmen sieht sich die BLB für ihren weiteren Weg zukunftsorientiert gerüstet. Gleichwohl sind unvorhersehbare Entwicklungen auf den Schiffahrtsmärkten auch zukünftig nicht auszuschließen. Die Entwicklungen an den Kredit- und Kapitalmärkten werden weiterhin aufmerksam beobachtet und analysiert.

Über die oben genannten Risiken hinaus sieht der BLB-Konzern aktuell keine weiteren Aspekte, denen nicht bereits durch entsprechende Vorsorgemaßnahmen Rechnung getragen wäre.

5 Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Dieser Bericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der BLB, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Die Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Denn es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf das Geschäft der BLB einwirken und zu großen Teilen außerhalb ihres Einflussbereiches liegen. Dazu gehören vor allem die weitere Entwicklung der Schiffahrtsmärkte, die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der Finanzmärkte weltweit und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können also erheblich von den im Bericht getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Es wird seitens der BLB keine Verpflichtung übernommen, die in die Zukunft gerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Vorstand der Bank unterrichtete den Aufsichtsrat und die von ihm eingesetzten Ausschüsse regelmäßig über die geschäftliche Entwicklung und über die Lage der Bank. In sechs Aufsichtsratsitzungen, fünf Risikoausschusssitzungen, drei Prüfungsausschusssitzungen, zwei Sitzungen des Nominierungsausschusses sowie vier Sitzungen des Vergütungskontrollausschusses und zwei Förderausschusssitzungen wurden Grundsatzfragen der Geschäftspolitik und des betrieblichen Bereiches eingehend erörtert. Die Gremien haben über die ihnen vorgelegten Geschäftsvorfälle und sonstigen Angelegenheiten, die nach der Satzung und den in deren Rahmen erlassenen Regelungen der Entscheidung dieser Gremien bedürfen, die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Der Prüfungsausschuss ließ sich in seinen Sitzungen zudem von der Revision und Compliance über deren Feststellungen berichten. Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 sind die Anteile der Freien Hansestadt Bremen und des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes an der Bremer Landesbank an die NORD/LB übertragen worden. Somit ist die Bremer Landesbank eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der NORD/LB.

Der Aufsichtsrat hat sich mit Unterstützung des Nominierungsausschusses auch im Jahr 2016 im Rahmen einer Effizienzprüfung mit der Struktur, Größe, Zusammensetzung und den Leistungen des Vorstandes und des Aufsichtsrates selbst beschäftigt.

Den Jahresabschluss der Bremer Landesbank AöR für das Geschäftsjahr 2016 hat die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, geprüft. Er entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Prüfungsgesellschaft hat einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk mit einem ergänzenden Hinweis erteilt. Ergänzend nahm der Wirtschaftsprüfer an der Jahresabschlusssitzung des Aufsichtsrates am 31. März 2017 teil und berichtete über die Ergebnisse der Prüfung.

Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers zugestimmt und nach dem Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen erhoben. In seiner Sitzung am 31. März 2017 stellte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss der Bremer Landesbank AöR zum 31. Dezember 2016 fest.

Der Aufsichtsrat schlägt der Trägerversammlung vor, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Aus dem Aufsichtsrat schieden aus:

zum 1. Januar 2017 Herr Dr. Gunter Dunkel
Frau Bürgermeisterin Karoline Linnert
Frau Ursula Carl
Herr Dr. Olaf Joachim
Herr Prof. Dr. Matthias Stauch

Neu in den Aufsichtsrat berufen wurden:

zum 1. Januar 2017 Herr Dr. Hinrich Holm
Herr Christoph Dieng
Herr Günter Tallner
Herr Bernd Sablowsky
Herr Dietmar Strehl

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der Bank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit und spricht ihm sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank seinen Dank für die im Jahr 2016 geleistete Arbeit aus.

Bremen, 31. März 2017

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates



Thomas Bürkle

Bericht der Trägerversammlung

Die Trägerversammlung trat im Berichtsjahr viermal zusammen, um die ihr durch Gesetz und Satzung auferlegten Aufgaben wahrzunehmen.

Am 31. März 2017 erteilte die Trägerversammlung dem Vorstand der Bank und dem Aufsichtsrat Entlastung für das Geschäftsjahr 2016. Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 sind die Anteile der Freien Hansestadt Bremen und des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes an der Bremer Landesbank an die NORD/LB übertragen worden. Somit ist die Bremer Landesbank eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der NORD/LB.

Aus der Trägerversammlung schieden aus:

zum 1. Januar 2017 Herr Dr. Gunter Dunkel

 Frau Bürgermeisterin Karoline Linnert

 Herr Minister Peter-Jürgen Schneider

 Herr Thomas Mang

 Herr Arne Schneider

 Frau Dr. Anke Saebetzki

 Herr Harm-Uwe Weber

 Herr Gerhard Fiand

Neu in die Trägerversammlung entsandt wurden:

zum 1. Januar 2017 Herr Christoph Dieng

 Herr Günter Tallner

Die Trägerversammlung besteht mit Wirkung zum 1. Januar 2017 somit aus folgenden Mitgliedern:

Herrn Thomas Bürkle

Herrn Christoph Dieng

Herrn Günter Tallner

Die Trägerversammlung dankt dem Aufsichtsrat, dem Vorstand und den Mitarbeitern der Bank für die im Jahr 2016 geleistete Arbeit.

Bremen, 31. März 2017

Der Vorsitzende der Trägerversammlung

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'T' followed by a long horizontal stroke that curves upwards at the end.

Thomas Bürkle

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016

Aktivseite

Mio. €			31.12.2016	
1. Barreserve			438	73
a) Kassenbestand		7		4
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank		431 (431)		69 (69)
3. Forderungen an Kreditinstitute			3.715	3.494
b) Kommunalkredite		2.767		2.715
c) andere Forderungen darunter: täglich fällig gegen Beleihung von Wertpapieren		948 (572) (-)		779 (369) (-)
4. Forderungen an Kunden			20.415	21.884
a) Hypothekendarlehen		1.586		1.603
b) Kommunalkredite		4.139		4.526
c) andere Forderungen darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren		14.690 (-)		15.755 (-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			2.721	2.823
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		2.622		2.823
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		2.010 (2.010)		2.442 (2.442)
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		612 (554)		381 (340)
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag		99 (100)		- (-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			70	19
6a. Handelsbestand			160	216
7. Beteiligungen			52	52
darunter: an Kreditinstituten			(0)	(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten			(0)	(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			73	73
darunter: an Kreditinstituten			(-)	(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten			(1)	(1)
9. Treuhandvermögen			15	15
darunter: Treuhandkredite			(1)	(2)
11. Immaterielle Anlagewerte			12	11
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnli-				
b) che Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		4		3
d) geleistete Anzahlungen		8		8
12. Sachanlagen			138	101
14. Sonstige Vermögensgegenstände			232	295
15. Rechnungsabgrenzungsposten			9	9
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		8		8
b) andere		1		1
Summe der Aktiva			28.050	29.065

Passivseite

			31.12.201	6
Mio. €				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			11.084	10.598
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		43		129
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		150		252
c) andere Verbindlichkeiten		10.891		10.217
darunter: täglich fällig		553		(771)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber				
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		–		–
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber				
ausgehändigte öffentliche Namenspfandbriefe		–		–
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			9.645	9.823
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		294		326
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		1.737		1.933
c) Spareinlagen		196		207
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	193			203
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	3			4
d) andere Verbindlichkeiten		7.418		7.357
darunter: täglich fällig		3.613		(3.717)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber				
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		–		–
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber				
ausgehändigte öffentliche Namenspfandbriefe		–		–
3. Verbriefte Verbindlichkeiten			5.409	5.279
a) begebene Schuldverschreibungen		5.409		5.279
aa) Hypothekenspfandbriefe	569			480
ab) öffentliche Pfandbriefe	1.265			1.435
ac) sonstige Schuldverschreibungen	3.575			3.364
3a. Handelsbestand			10	66
4. Treuhandverbindlichkeiten			15	15
darunter: Treuhandkredite			(1)	(2)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			436	430
6. Rechnungsabgrenzungsposten			12	15
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		12		15
b) andere		0		0
7. Rückstellungen			175	150
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		98		100
b) Steuerrückstellungen		12		16
c) andere Rückstellungen		65		34
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			600	600
10. Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals			150	150
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			8	596
darunter: für Handelsbestand			(8)	(7)
12. Eigenkapital			506	1.343
a) gezeichnetes Kapital		265		265
aa) Stammkapital	265			265
b) Kapitalrücklage		478		478
c) Gewinnrücklagen		600		600
cc) andere Gewinnrücklagen	600			600
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust		–837		0
Summe der Passiva			28.050	29.065

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Mio. €		31.12.2016	
1. Eventualverbindlichkeiten		1.255	1.357
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.255		1.357
2. Andere Verpflichtungen		1.855	1.830
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.855		1.830

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016

Mio. €		01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2016
1.	Zinserträge aus		716
	a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	694	915
	abzüglich Aufwendungen aus negativen Zinsen	-2	0
	b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	24	37
2.	Zinsaufwendungen		414
	Zinsaufwendungen (brutto)	416	489
	abzüglich Erträge aus positiven Zinsen	-2	-1
			302
3.	Laufende Erträge aus		7
	a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0
	b) Beteiligungen	2	1
	c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	5	2
4.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		4
5.	Provisionserträge		50
6.	Provisionsaufwendungen		26
			24
7.	Nettoertrag des Handelsbestands		14
	davon: Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		(2)
8.	Sonstige betriebliche Erträge		21
8a.	Auflösungen des Fonds für allgemeine Bankrisiken		589
10.	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		192
	a) Personalaufwand	86	87
	aa) Löhne und Gehälter	73	74
	ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	13	13
	darunter: für Altersversorgung	(0)	0
	b) andere Verwaltungsaufwendungen	106	83
11.	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		7
12.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		9
12a.	Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		-
13.	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		1.553
16.	Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		4
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme		-
19.	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		-796
20.	Außerordentliche Erträge		-
21.	Außerordentliche Aufwendungen	-43	-6
22.	Außerordentliches Ergebnis		-43
23.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2	13
24.	Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	0	0
			-2
27.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		-837
28.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-
32.	Einstellungen in Gewinnrücklagen		-
34.	Bilanzgewinn/Bilanzverlust		-837

Anhang

1 Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und den Grundlagen für die Währungsrechnung in Euro

1.1 Grundlagen zur Aufstellung des Jahresabschlusses

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, Oldenburg (Bremer Landesbank) (Domshof 26, 28195 Bremen) hat ihren Sitz in Bremen (Amtsgericht Bremen; HRA 22159) in der Bundesrepublik Deutschland und unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg.

Der Jahresabschluss der Bremer Landesbank zum 31. Dezember 2016 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB; zuletzt geändert am 5. Juli 2016) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung bei Kreditinstituten (RechKredV) und des Pfandbriefbankgesetzes (PfandBG) erstellt.

Die Gliederung der Bilanz und Gewinn-und-Verlust-Rechnung basiert auf der RechKredV. Die Vergleichswerte von 2015 beinhalten die im Vorjahr festgestellten und veröffentlichten sowie testierten Werte. Die Bilanz ist gemäß § 268 Abs. 1 HGB unter Berücksichtigung der Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt worden.

Der Aufstellung des Jahresabschlusses lag zudem die Annahme der Unternehmensfortführung zu Grunde, da die im Nachtragsbericht aufgeführten Maßnahmen in Bezug auf bestandsgefährdende Tatsachen risikomitigierend wirken.

Unsicherheiten bezüglich der Annahme der Unternehmensfortführung resultieren aus der gemäß Ad-hoc-Mitteilung vom 9. März 2017 veröffentlichten unerwarteten Erhöhung der Wertberichtigungen auf das Schiffsportfolio und des damit einhergehenden Verlusts für das Geschäftsjahr 2016, sodass zum 31. Dezember 2016 die gesetzliche Mindest-Kernkapitalquote nicht erfüllt war, die Risikotragfähigkeit nicht gegeben war und die Großkreditgrenzen überschritten wurden.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 wurde zwischen NORD/LB und BLB ein Beherrschungsvertrag mit Verlustausgleichsvereinbarung vereinbart und eine harte Patronatserklärung durch die NORD/LB gegenüber der Bremer Landesbank abgegeben. Zudem wurde mit Wirkung zum 21. März 2017 eine Kapitalerhöhung in Höhe von 400 Mio. € durch Bareinzahlung vorgenommen. Weitere risikomitigierende Maßnahmen betreffen weiterhin den mit Datum vom 19. Januar 2017 gestellten Antrag auf Nutzung eines Waivers nach § 2a (1) und (2) KWG i. V. m. Artikel 7 (1) CRR sowie die geplante Erhöhung einer im Jahr 2016 originierten synthetischen Verbriefung im Laufe des ersten Halbjahres 2017. Für den Fall einer Verzögerung oder Ablehnung des Antrags seitens der Aufsicht sieht der

Plan zur Kapitalerhöhung gleichzeitig einen Beschluss für genehmigtes Kapital vor, sodass weitere 200 Mio. € zur Kapitalstärkung der BLB eingesetzt werden könnten.

1.2 Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Anlagebestand

Die Barreserve wird zum Nennwert bilanziert. Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden zum Nennwert bzw. zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Soweit bei Hypothekendarlehen und anderen Forderungen Unterschiedsbeträge zwischen Nennbeträgen und Auszahlungsbeträgen bestehen, die Zinscharakter haben, erfolgt die Bilanzierung gemäß § 340e Abs. 2 HGB zum vollen Wert. Die Unterschiedsbeträge werden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig aufgelöst.

Minder- oder unverzinsliche Forderungen werden mit dem Barwert angesetzt, gegebenenfalls korrigiert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird gemäß den folgenden Grundsätzen durch Bildung von Wertberichtigungen, die von den entsprechenden bilanziellen Beständen aktivisch abgesetzt werden, Rechnung getragen. Für außerbilanzielle Geschäfte erfolgt dies durch die Bildung von Rückstellungen. Um sicherzustellen, dass die gebildete Risikovorsorge alle erkennbaren Risiken abdeckt, wird diese in folgenden Schritten ermittelt:

Die Kreditengagements werden laufend überwacht. Für alle bei dieser Einzelbetrachtung erkennbaren Adressrisiken im Kreditgeschäft werden Einzelwertberichtigungen in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet, welcher sich aus dem Buchwert der Forderung abzüglich des Barwerts aller noch erwarteten Zahlungseingänge ermittelt. Die erwarteten Zahlungseingänge umfassen insbesondere alle erwarteten Zins- und Tilgungszahlungen sowie Eingänge aus der Verwertung von Sicherheiten; dabei werden entstehende Verwertungskosten berücksichtigt. Im Berichtsjahr wurden Anpassungen der Parameter an die Marktentwicklungen in 2016 zur Ermittlung der Risikovorsorge vorgenommen, die u. a. zu einer Erhöhung der Risikovorsorge geführt haben. Diese Änderungen stehen nicht im Zusammenhang mit einer Änderung des Ansatzes der BLB zur Ermittlung der Wertminderungen der Kreditengagements.

Die Einschätzung der Risiken aus der Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten erfolgt im Rahmen der Einzelfallbetrachtung analog der Bildung von EWB. Die Berücksichtigung von Länderrisiken erfolgt unter Prüfung der Einhaltung der Länderlimite (Ratingverfahren für Länder- und Transferrisiken). Eine EWB wird einzelfallbezogen ermittelt. Die Vorsorgen für Länderrisiken wurden nach unveränderten Grundsätzen ermittelt. Für sonstige allgemeine Kreditrisiken bestehen ange-

messene Pauschalwertberichtigungen. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgt weiterhin auf Basis der Verlautbarungen des BFA 1/1990 und des BMF vom 10. Januar 1994.

Sofern das Kreditrisiko entfällt oder sich vermindert, werden die genannten Arten der Risikovorsorge in entsprechender Höhe aufgelöst. Damit kommen wir dem steuer- und handelsrechtlichen Wertaufholungsgebot nach. Stellt die Bank fest, dass eine Forderung vollständig oder teilweise als uneinbringlich eingestuft werden muss, wird die Abschreibung veranlasst.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten bewertet, soweit keine dauerhaften Wertminderungen vorliegen. Die Wertpapiere des Anlagebestands werden grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten. Es handelt sich hierbei um Emittenten, bei denen derzeit keine Ausfallrisiken erkennbar sind und auch zukünftig keine akuten Bonitätsverschlechterungen erwartet werden. Die Abgrenzung der Wertpapiere des Anlagebestands und der Wertpapiere der Liquiditätsreserve – sämtlich börsenfähige Titel – erfolgt über Depotbestandskonten.

Optionsprämien und Future-Margin-Zahlungen aus noch nicht fälligen Geschäften sowie anteilige Zinsen aus Zinsswapgeschäften werden unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen, noch nicht amortisierte Beträge aus Zinsbegrenzungsvereinbarungen bzw. noch nicht amortisierte Upfront- und Balloon-Beträge aus Zinsswapgeschäften sind in den Rechnungsabgrenzungsposten enthalten und werden planmäßig amortisiert.

Für CDS, bei denen die Bank in der Sicherungsgeberposition ist, erfolgt die bilanzielle Behandlung analog der Verfahrensweise bei Eventualforderungen und -verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen. Ist mit einer Inanspruchnahme aus dem CDS zu rechnen, werden Rückstellungen gebildet. Erfolgskomponenten aus CDS in der Sicherungsgeberposition werden im Provisionsertrag ausgewiesen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten oder im Falle einer dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen, wobei sich der beizulegende Wert grundsätzlich aus dem Barwert der mit dem Eigentum an dem Unternehmen verbundenen zukünftigen Nettozuflüsse an die Unternehmenseigner (Zukunftserfolgswert) ergibt.

Die zur Ermittlung des Ertragswerts abzuzinsenden Nettoeinnahmen der Unternehmenseigner ergeben sich vorrangig aus den Ausschüttungen der vom Unternehmen erwirtschafteten finanziellen Überschüsse. Ausgangspunkt der Ermittlung des beizulegenden Wertes der Beteiligung ist folglich eine Prognose über die Ergebnisentwicklung des Jahres 2016 sowie eine Detailplanung für das Jahr 2017 und gegebenenfalls eine Mittelfristplanung über die folgenden bis zu vier Jahre (Planungsphase I). Für die Folgejahre, die über den Planungshorizont hinausgehen, wird grundsätzlich eine ewige Lebensdauer der Unternehmung unterstellt. Dazu wird eine sogenannte ewige Rente ermittelt, die den nachhaltigen Zustand des Beteiligungsunternehmens widerspiegeln soll (Pla-

nungsphase II). Diese erwarteten Zukunftserfolge werden unter Berücksichtigung der erwarteten Ausschüttungen auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Der verwendete Diskontierungszinssatz repräsentiert die Rendite aus einer zur Investition in das Beteiligungsunternehmen adäquaten Alternativanlage hinsichtlich Fristigkeit sowie Risiko und wird auf Basis eines Kapitalmarktmodells abgeleitet. Der Diskontierungszinssatz setzt sich aus den Komponenten risikofreier Zinssatz sowie Risikozuschlag aufgrund des Risikos künftiger finanzieller Überschüsse zusammen. Der Risikozuschlag stellt dabei das Produkt aus der am Kapitalmarkt beobachtbaren Marktrisikoprämie und dem Betafaktor dar, der die unternehmensspezifische Risikostruktur des jeweils zu bewertenden Unternehmens zum Ausdruck bringt. Als relatives Maß beschreibt der Betafaktor, in welchem Ausmaß die Rendite des betreffenden Wertpapiers an dem Beteiligungsunternehmen die Veränderungen der Rendite des Marktportfolios nachvollzieht.

Zur Bewertung von Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen werden Gruppen vergleichbarer börsengehandelter Titel gebildet und für jeden Einzelwert das Beta in Relation zum jeweiligen landesweiten Index berechnet. Deren Mittelwert wird als Betafaktor der zu bewertenden Beteiligung verwendet. Das Raw Beta stellt dabei das historische Beta eines Unternehmens dar, wie es sich aus einer linearen Regression der Aktienrendite gegen die Rendite des Marktportfolios ergibt. Die Bank setzt für die Bewertung von Beteiligungen den Adjusted Betafaktor ein, der im Gegensatz zum klassischen Betafaktor nicht nur historische Daten zugrunde legt, sondern auch künftige Entwicklungen berücksichtigt. Der Adjusted Betafaktor ($\text{Adjusted Beta} = \text{Raw Beta} \times 0,67 + 0,33$) wird genutzt, um die Volatilität der Beteiligungsbewertung im Zeitablauf zu glätten.

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten bilanziert und bei zeitlich begrenzter Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben. Dabei werden die Nutzungsdauern in Anlehnung an die wirtschaftlichen Möglichkeiten zugrunde gelegt. Soweit voraussichtlich dauernde Wertminderungen eingetreten sind, nimmt die Bank außerplanmäßige Abschreibungen vor. Bestehen die Gründe hierfür nicht mehr, werden Zuschreibungen bis höchstens zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen. Außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB sind im Berichtsjahr nicht angefallen. Vermögensgegenstände, deren Nettoanschaffungskosten zwischen 150 € und 1.000 € liegen, werden als Sammelposten aktiviert und über fünf Jahre pauschal mit jeweils 20 % p.a. abgeschrieben. Im Berichtsjahr betragen diese Abschreibungen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €). Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 € (netto) nicht übersteigen, werden entsprechend der steuerrechtlichen Vorgehensweise im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Die Bank hat von dem Wahlrecht gemäß § 248 Abs. 2 HGB keinen Gebrauch gemacht. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen passiviert worden. Unterschiedsbeträge zwischen Aufnahme- und Erfüllungsbeträgen mit Zinscharakter werden unter den Abgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig aufgelöst.

Zerobonds werden mit dem Kursbetrag bei Ausgabe zuzüglich Aufzinsung gemäß Emissionsrendite bilanziert.

Strukturierte Emissionen in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sowie in den verbrieften Verbindlichkeiten werden gemäß der Grundsätze für die einheitliche oder getrennte Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente des IDW RS HFA 22 behandelt. Sofern die Voraussetzungen für eine einheitliche Bilanzierung nicht gegeben sind, erfolgt eine Trennung der strukturierten Emissionen in ihre Bestandteile Basisvertrag und eingebettete Derivate.

Rückstellungen werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet. Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) ermittelten und bekannt gegebenen durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst. Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen ausgewiesen. Die Auswirkungen aus der Änderung der zugrunde gelegten Abzinsungssätze werden ebenfalls in den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen gezeigt.

Für alle Finanzinstrumente des Bankbuchs (Zinsbücher) ist dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip (Nachweis der verlustfreien Bewertung des Anlagebuchs) dadurch Rechnung zu tragen, dass für einen Verpflichtungsüberschuss aus der Bewertung der gesamten Zinsposition des Bankbuchs eine Rückstellung gemäß § 249 HGB (Drohverlustrückstellung) zu bilden ist.

Der Verpflichtungsüberschuss besteht dann, wenn der Wert der Leistungsverpflichtung der Bremer Landesbank den Wert seines Gegenleistungsanspruchs übersteigt. Für den Nachweis der verlustfreien Bewertung nach der Maßgabe von IDW RS BFA 3 verwendet die Bremer Landesbank als Methode die barwertbezogene Betrachtungsweise (Barwertmethode).

Bei dem Rückstellungstest vergleicht die Bank die Summe der zinsinduzierten Barwerte aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte außerhalb des Handelsbestandes unter Berücksichtigung der erwarteten Refinanzierungs-, Risiko- und Verwaltungskosten mit der Summe der Buchwerte aller zinstragenden Geschäfte. Zum 31. Dezember 2016 ergab sich kein Rückstellungsbedarf.

Negative Zinserträge sowie positive Zinsaufwendungen werden gesondert in der Gewinn- und Verlust-Rechnung ausgewiesen. Die negativen Zinserträge resultieren aus Forderungen an Kreditinstituten und Forderungen an Kunden (inkl. Pensionsgeschäfte). Die positiven Zinsaufwendungen resultieren aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (inklusive Pensionsgeschäften).

1.3 Bildung und Bilanzierung von Bewertungseinheiten

Die Bremer Landesbank vollzieht im Fall einer einzelgeschäftsbezogenen Zinssicherung von festverzinslichen Wertpapieren der Liquiditätsreserve durch Zinsswaps ökonomische Sicherungsbeziehungen durch die Bildung von Bewertungseinheiten auch bilanziell nach.

Neben den vorgenannten als Bewertungseinheiten abgebildeten Sicherungsbeziehungen bestehen folgende wirtschaftliche Sicherungszusammenhänge, die nicht durch Bildung von Bewertungseinheiten, sondern durch die im Folgenden genannten Maßnahmen bilanziell nachvollzogen werden:

- Währungssicherungen im Bankbuch: Der wirtschaftliche Sicherungszusammenhang wird durch die Umrechnung der Fremdwährungsaktiva, Fremdwährungspassiva und schwebender Währungsgeschäfte gemäß § 256a HGB i.V.m. § 340h HGB bilanziell nachvollzogen (siehe Grundsätze der Währungsumrechnung).
- Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung (Gesamtbanksteuerung). Der wirtschaftliche Sicherungszusammenhang wird durch die Einbeziehung aller zinstragenden Bankbuchaktiva und -passiva sowie aller Zinsderivate des Bankbuchs in die Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für die verlustfreie Bewertung von Zinsrisiken im Bankbuch abgebildet.

Soweit handelsbilanzielle Bewertungseinheiten gebildet werden, kommt bei der Bremer Landesbank die sogenannte Einfrierungsmethode zur Anwendung, d.h., soweit sich Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft aus dem abgesicherten Risiko ausgleichen, werden die Wertänderungen nicht bilanziert. Einer etwaigen negativen Ineffektivität aus der Bewertungseinheit wird durch Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste Rechnung getragen. Die Voraussetzung für die Bildung einer Bewertungseinheit für bilanzielle Zwecke setzt – unabhängig von der Entscheidung im Risikomanagement – einzelfallbezogen eine bewusste dokumentierte Entscheidung über Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft voraus.

Es handelt sich bei allen Bewertungseinheiten der Bremer Landesbank um perfekte Micro Hedges, worunter solche Sicherungsbeziehungen verstanden werden, bei denen die den Cashflow bestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft exakt übereinstimmen (Identität von Nominalbetrag, Laufzeit, Währung, Zinstermin und Festzinssatz für das Grundgeschäft und das Sicherungsinstrument). Aufgrund der sogenannten perfekten Bewertungseinheiten erfolgt die prospektive Beurteilung der Wirksamkeit mittels der Critical-Terms-Match-Methode. Auch für die rückwirkende Ermittlung der bisherigen Unwirksamkeit wird die Critical-Terms-Match-Methode zugrunde gelegt. Zusätzlich werden bilanziell die relevanten Wertänderungen aus nicht abgesicherten Risiken rechnerisch ermittelt. Die Ausübung des Wahlrechts zur Abbildung von ökonomischen Sicherungsbeziehungen in der Rechnungslegung erfolgt – im Rahmen der Bewertungsstetigkeit – jeweils durch die Entscheidung der Bremer Landesbank. Bei Verzicht auf die Bildung von Bewertungseinheiten in der Rechnungslegung werden die mit den Geschäften verbundenen Zinsrisiken vollständig in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen.

1.4 Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Handelsbestand

Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden gemäß § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts im Vergleich zum letzten Bilanzstichtag bzw. zu den Anschaffungskosten – das Bewertungsergebnis – wird im Posten Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes erfasst. Neben dem Risikoabschlag werden in diesem Posten Erträge und Aufwendungen aus der Zuführung und Auflösung des Sonderpostens Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340e Abs. 4 HGB ausgewiesen. Bezüglich der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wird auf den Abschnitt Ermittlung von Zeitwerten verwiesen.

Innerhalb des Geschäftsjahres wurden die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand unverändert angewendet.

Die laufenden Erträge (Zinserträge und Dividenden) aus Finanzinstrumenten des Handelsbestandes und Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im Nettoaufwand oder Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

Seit dem ersten Quartal 2016 wurde erstmals ein Funding Value Adjustment (FVA) berücksichtigt, welches die marktimpliziten Refinanzierungskosten für nicht besicherte derivative Positionen darstellt. Hieraus resultiert im Berichtszeitraum ein Effekt in Höhe von 0,4 Mio. €.

Für die Ermittlung des Risikoabschlags bzw. des VaR wird der nach handelsrechtlichen Vorgaben abgegrenzte Handelsbestand zugrunde gelegt und hierauf werden die bankaufsichtsrechtlich bestimmten Parameter angewendet. Für den Risikoabschlag im Sinne von § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB wird der für die interne Steuerung (tägliche Marktpreisrisikomeldung) kalkulierte interne VaR auf den Handelsbestand angewendet und von den Handelsaktiva abgesetzt. Die verwendeten und damit auch für die handelsrechtliche Bilanzierung maßgeblichen VaR-Parameter sind:

- Verwendung eines VaR auf Basis der historischen Simulation, bei der die historisch aufgetretenen Wertveränderungen der Risikofaktoren auf die heutige Position angewendet werden und jeweils der potenzielle Gewinn oder Verlust ermittelt wird. Der VaR kann dann aus der Liste der Gewinne und Verluste abgelesen werden. Die Methodik wird analog in der internen Marktpreisrisikosteuerung der Bremer Landesbank genutzt.
- ergänzende Informationen – Marktrisikokarten, die in der Bremer Landesbank berücksichtigt werden:
 - Zinsrisiko
 - Credit-Spread-Risiko
 - Währungsrisiko
 - Aktienkursrisiko

- Volatilitätsrisiko
- Fondspreisrisiko
- Rohwarenrisiko
- Konfidenzniveau: 99 %
- Haltedauer: zehn Tage
- Beobachtungszeitraum: ein Jahr.

Die Methode zur Ermittlung des Risikoabschlages wurde nicht geändert. Die Ermittlung erfolgt auf Basis der historischen Simulation.

1.5 Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – interne Geschäfte

In den Fällen, in denen Risiken aus dem Nichthandelsbestand in den Handelsbestand transferiert werden, erfolgt eine handelsrechtliche Berücksichtigung der internen Geschäfte im Rahmen des Stellvertreterprinzips analog zu externen Geschäften.

1.6 Ermittlung von Zeitwerten

Beizulegende Zeitwerte sind zum einen für bilanzielle Zwecke (Bewertung von originären und derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestandes zum beizulegenden Zeitwert) und zum anderen für Offenlegungszwecke (Angabe des beizulegenden Zeitwerts für derivative Finanzinstrumente des Anlagebestands) zu ermitteln. Für beide Verwendungszwecke werden die beizulegenden Zeitwerte gleichermaßen wie folgt ermittelt:

Für in einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente entspricht der beizulegende Zeitwert unmittelbar dem Börsen- bzw. Marktpreis, d. h., es werden in diesem Fall keine Anpassungen oder Barwertberechnungen vorgenommen, um den beizulegenden Zeitwert zu ermitteln. Sofern öffentlich notierte Börsenpreise verfügbar sind, werden diese verwendet. Anderenfalls wird auf andere Preisquellen zurückgegriffen (z. B. Quotierungen von Market-Makern). Beispiele für in einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente sind bei der Bremer Landesbank börsengehandelte Wertpapiere, börsengehandelte Optionen sowie Futures.

In allen übrigen Fällen ist der beizulegende Zeitwert von Finanzinstrumenten durch Anwendung allgemein anerkannter Bewertungsmethoden zu bestimmen. Zu den allgemein anerkannten und von der Bremer Landesbank eingesetzten Bewertungsmethoden zählen insbesondere folgende Methoden:

Bewertungs- methode	Anwendungsbereich	Wesentliche Einflussgrößen (Input-Parameter)
Discounted-Cashflow- Methode	Illiquide verzinsliche Wertpapiere	Swapkurven, Bonitätsinformationen
	Credit Default Swaps	Swapkurven, Credit-Spreads, gegebenenfalls Bonitätsinformationen
	Zinsswaps, FRAs	Swapkurven
	Wertpapiertermingeschäfte	Kontraktdaten, konkrete Wertpapierterminkurse, Swapkurven
	Tages- und Termingelder	Geldmarktkurven
	Zinswährungsswaps, Devisentermingeschäfte	Swapkurven in den getauschten Währungen, Basisswap-Spreads, Devisenkurse
Hull & White-Modell für Optionen	Bermudan Swaptions	Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises/Kurses, risikoloser Zins
Garman-Kohlhagen- Modell	FX-Optionen	Wechselkurse, Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises/Kurses, risikoloser Zins
Black/Black-76-Modell	Caps und Floors, Swaptions, Future Options	Wechselkurse, Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises/Kurses; risikoloser Zins

Die wesentlichen Einflussgrößen konnten für alle anhand der oben genannten Bewertungsmethoden bewerteten Handelsgeschäfte verlässlich ermittelt werden, sodass bei der Bank keine Fälle auftraten, in denen die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts nicht möglich war.

1.7 Grundsätze der Währungsumrechnung

Der Anschaffungsvorgang ist erfolgsneutral zu halten. Die differenzierte Folgebewertung von Devisen des Handelsbestandes (§ 340e Abs. 3 und Abs. 4 HGB) und des Nichthandelsbestandes (§ 340h i. V. m. § 256a HGB) erfolgt durch eine strikte Trennung zwischen den Devisenbeständen.

Im Anlagebuch werden aus dem Kriterium der besonderen Deckung nach § 340h HGB Folgen für die Ertragsrealisierung abgeleitet. Voraussetzung der besonderen Deckung ist die Währungsidentität, d. h., eine besondere Deckung kann nur in jeweils einer Währung sowie in der Höhe vorliegen, in der sich die Positionen bzw. Geschäfte in Fremdwährung betragsmäßig entsprechen. Die Währungsrisiken des Anlagebuchs werden über Dispositionsmeldungen an die Handelsabteilung transferiert. Dort erfolgt grundsätzlich unter Einsatz von entsprechenden Instrumenten eine währungsidentische Refinanzierung dieser Geschäfte. Kurzfristige Fremdwährungsspitzen auf dem Fremdwährungs-Verrechnungskonto werden täglich ausgesteuert.

Erfolgswirksamkeit der Umrechnungsergebnisse im Anlagebestand:

- Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte werden gemäß § 340h HGB zwingend erfolgswirksam vereinnahmt.
- Entsprechendes gilt nach § 256a Satz 2 HGB für Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsposten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger.

Fremdwährungsgeschäfte, die nicht besonders gedeckt sind und eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben sowie weder dem Handelsbestand zugeordnet noch bezüglich des Währungsrisikos in eine Bewertungseinheit im Sinne des § 254 HGB einbezogen werden, werden imparitätlich bewertet.

Nach den GoB wird für die Umrechnung der Termingeschäfte im Anlagebuch der Terminkurs des Abschlussstichtags herangezogen. Dienen Devisentermingeschäfte der Absicherung von zinstragenden Bilanzposten, entspricht es den GoB, den Terminkurs aufzuspalten und seine beiden Elemente (Kassakurs und Swapsatz) getrennt bei der Ergebnisermittlung zu berücksichtigen. Die Swapbeträge werden zeitanteilig abgegrenzt. Die Ermittlung der positiven oder negativen Kassakursdifferenzen werden innerhalb derselben Währung saldiert und in dem Bilanzposten sonstige Vermögensgegenstände bzw. sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Durch die Reststellenbewertung wird untersucht, ob am Abschlussstichtag aus der fristenmäßigen Schließung der Position Verluste drohen und entsprechende Rückstellungen zu bilden sind.

Für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten ergeben sich die Euro-Anschaffungskosten aus den in Euro umgerechneten Anschaffungskosten in Fremdwährung zum Anschaffungszeitpunkt (Erfolgsneutralität des Anschaffungsvorgangs). Alle auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden am Abschlussstichtag (Folgebewertung) zunächst in der jeweiligen Fremdwährung nach den allgemeinen Grundsätzen bewertet. Der sich danach ergebende Wert wird nach § 256a HGB mit dem Devisenkassamittelkurs des Abschlussstichtags in Euro umgerechnet. Nicht abgewickelte Kassageschäfte in Fremdwährung werden ebenfalls mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände in Höhe von 3.859 Mio. € (Vorjahr: 4.798 Mio. €) und Schulden in Höhe von 899 Mio. € (Vorjahr: 862 Mio. €) wurden zu den Kassamittelkursen zum 31. Dezember 2016 umgerechnet. Die Ergebniseffekte aus der Umrechnung der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden des Handelsbestands sind im Nettoertrag des Handelsbestandes bzw. die des Anlagebestands im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Fremdwährungsgeschäfte des Handelsbestandes werden nach den für den Handelsbestand geltenden Regeln bilanziert und bewertet. Die Ergebnisse der Währungsumrechnung werden im Posten Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

Kurzfristige Fremdwährungsspitzen auf dem Fremdwährungs-Verrechnungskonto werden täglich ausgesteuert. Die besondere Deckung umfasst somit alle Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und schwebenden Geschäfte, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind, Finanzinstrumente sind und auf fremde Währung lauten.

Durch die Reststellenbewertung wird untersucht, ob am Abschlussstichtag aus der fristenmäßigen Schließung der Position Verluste drohen und entsprechende Rückstellungen zu bilden sind. Die Ergebnisse aus der Reststellenbewertung werden je Währung aufgerechnet, Verluste zurückgestellt. Verbleibende positive Ergebnisse, wie unrealisierte Gewinne aus offenen Positionen, werden nicht berücksichtigt.

1.8 Angaben zu den Pensionsrückstellungen

Die unmittelbaren und mittelbaren Pensionsverpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Methoden (Anwartschaftsbarwertverfahren) berechnet und unter Anwendung der sogenannten Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode) bewertet.

Die gesetzliche Neuregelung von Anfang 2016 sieht eine Entlastung beim HGB-Rechnungszins für Pensionsrückstellungen vor: Demnach wird der Durchschnittszeitraum von bisher sieben auf jetzt zehn Jahre für Altersversorgungsverpflichtungen verlängert. Gemäß § 253 Abs. 6 HGB ist nunmehr zu jedem Bilanzstichtag die Pensionsrückstellung nach alter und neuer Regelung zu ermitteln und der Unterschiedsbetrag im Anhang zur Bilanz auszuweisen. Für den Fall, dass die Rückstellungen mit dem Siebenjahresdurchschnittszins höher sind, unterliegt der Differenzbetrag einer Ausschüttungssperre. Die neuen Regelungen sind verbindlich für Bilanzstichtage ab dem 31. Januar 2016 anzuwenden.

Vor diesem Hintergrund wurden die unmittelbaren und mittelbaren Pensionsverpflichtungen und ähnliche Verpflichtungen zum 31. Dezember 2016 pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Zum 31. Dezember 2016 betrug dieser Zinssatz 4,01 %. Bei Ermittlung der Rückstellungen auf Grundlage des Siebenjahresdurchschnittszinses von 3,24 % (Vorjahr: 3,89 %) ergibt sich im Vergleich zum Zehnjahresdurchschnittszins ein Unterschiedsbetrag von 7 Mio. €.

Der im Geschäftsjahr 2016 in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesene Effekt aus der Zinsänderung im Berichtsjahr beträgt 1 Mio. €. Im Vorjahr beinhaltete der sonstige betriebliche Aufwand einen Zinsänderungseffekt von 6 Mio. €.

Bei der Ermittlung der unmittelbaren und mittelbaren Pensionsverpflichtungen und ähnlichen Verpflichtungen wurden darüber hinaus die folgenden Bewertungsparameter zugrunde gelegt:

Parameter	2016	2015
Fluktuation (ohne Ruhestand/Vorruhestand)	1,500 %	1,500 %
Rententrend:		
Vorstand/Vertragsangestellte p. a.	2,400 %	2,400 %
Gesamtversorgungen p. a.	3,200 %	3,200 %
Additive Versorgungen p. a.	2,000 %	2,000 %
Beitragsorientierte Versorgungen p. a.	1,000 %	1,000 %
Gehaltstrend:		
Tarifsteigerungen p. a.	2,000 %	2,000 %
Individuelle Gehaltsanhebungen (ruhegehaltfähig) p. a.	0,000 %	0,000 %

Bei den Berechnungen wurden als biometrische Rechnungsgrundlagen die sogenannte Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck verwendet. Als Renteneintrittsalter wurde i. d. R. das 65. Lebensjahr zugrunde gelegt.

Nach Änderung des Durchführungsweges für die betriebliche Altersversorgung durch Einbindung der bestehenden Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg

GmbH (U-Kasse), Bremen, im Jahre 2015 bestehen bei der BLB mittelbare Versorgungsverpflichtungen. Der Fehlbetrag wegen nicht bilanzierter Versorgungsverpflichtungen im Sinne von Artikel 28 Abs. 2 EGHGB in Höhe beträgt 99 Mio. € (Vorjahr: 95 Mio. €).

Der verbleibende Zuführungsbetrag aufgrund der geänderten Bewertung der Pensionsverpflichtungen gemäß Artikel 67 Abs. 2 EGHGB (BilMoG) hat sich insbesondere durch vorgenannte Änderung des Durchführungsweges zum 31. Dezember 2016 auf 3 Mio. € reduziert (Vorjahr: 9 Mio. €).

1.9 Latente Steuern

Basis für die Bewertung der latenten Steuern war der in Deutschland zurzeit geltende Körperschaftsteuersatz von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und ein durchschnittlicher Gewerbesteuersatz von ca. 15,91 % (Vorjahr: 15,91 %). Die latenten Steuern wurden daher mit einem inländischen Ertragsteuersatz von 31,73 % (Vorjahr: 31,73 %) bewertet.

Passive latente Steuern auf handels- und steuerrechtlich abweichende Wertansätze von Sachanlagen wurden mit aktiven latenten Steuern auf abweichende Wertansätze bei Forderungen an Kunden, Rechnungsabgrenzungsposten und Pensionsrückstellungen verrechnet.

Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

2 Erläuterung der einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfolgen entsprechend der Reihenfolge des Ausweises in den Formblättern.

2.1 Bilanz

2.1.1 Bilanz – Aktiva

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Pos. 3: Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen an verbundene Unternehmen	47	53
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	15
Nachrangige Forderungen	–	–
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	2.767	2.715
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	295	302
Pos. 4: Forderungen an Kunden		
Forderungen an verbundene Unternehmen	156	132
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	109	123
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	4.334	4.792
Pos. 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten		
börsenfähige und börsennotierte Anleihen	2.010	2.442
börsenfähige und nicht börsennotierte Anleihen	–	–
bb) von anderen Emittenten		
börsenfähige und börsennotierte Anleihen	612	381
börsenfähige und nicht börsennotierte Anleihen	0	–
von verbundenen Unternehmen	0	0
von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Betrag der nicht mit dem Niederstwert bewerteten börsenfähigen Wertpapiere	348	279
Unterbliebene Abschreibungen auf niedrigeren beizulegenden Wert		
Buchwert	300	114
Zeitwert	296	111
Stille Reserven		
Buchwert	1.230	1.300
Zeitwert	1.253	1.334
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	128	175

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Pos. 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Stille Reserven		
Buchwert	53	19
Zeitwert	54	19
börsenfähige und börsennotierte Anteile	4	19
börsenfähige und nicht börsennotierte Anteile	66	0
Pos. 6a: Handelsbestand		
Derivative Finanzinstrumente	72	131
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von verbundenen Unternehmen	89	85
abzüglich Risikoabschlag	0	6
	-1	-1
Pos. 7: Beteiligungen		
börsenfähige und börsennotierte Anteile	3	3
börsenfähige und nicht börsennotierte Anteile	-	-
Pos. 8: Anteile an verbundenen Unternehmen		
börsenfähige und börsennotierte Anteile	-	-
börsenfähige und nicht börsennotierte Anteile	-	-
Pos. 9: Treuhandvermögen		
Forderungen an Kunden	2	2
Beteiligungen	8	8
Sachanlagen	5	5
Pos. 12: Sachanlagen		
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte		
- Grundstücke und Gebäude	115	49
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	16	5
Pos. 14: Sonstige Vermögensgegenstände		
Zinsabgrenzung für Finanzswapgeschäfte	147	145
Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen	4	60
Anteilsrechte, zum Verkauf bestimmt	-	45
Initial Margins	26	16
Hinterlegte Barsicherheit bei der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung im Rahmen der Bankenabgabe	3	3
Ansprüche auf Erstattung von Steuern	4	0
Pos. 15 Rechnungsabgrenzungsposten		
Agien und Disagien	8	8

Entwicklung des Anlagevermögens

Mio.€	Anschaffungs-/ Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen					Restbuchwerte	
	01.01. 2016	Zu- gänge	Ab- gänge	Umbu- chungen	31.12. 2016	01.01. 2016	Abschr. des GJ	GJ-Zu- schreib.	Sonstige Änd. ¹⁾	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016
Beteiligungen	56	0	0	0	56	4	0	0	0	4	52	52
Anteile an ver- bundenen Unter- nehmen	73	0	0	0	73	0	0	0	0	0	73	73
Wertpapiere des Anlage- vermögens	279	477	109	0	647	0	0	0	0	0	279	647
Immaterielle Vermögens- gegenstände	23	3	0	0	26	12	2	0	0	14	11	12
Sachanlagen	123	43	4	0	162	22	5	3	0	24	101	138

¹⁾ Abgänge und Umbuchungen.

Die Zugänge bei den Sachanlagen entfallen mit 29 Mio. € auf den in 2016 fertiggestellten Neubau (Domshof 26, Bremen).

Die nachstehend aufgeführten Posten der Aktiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

Forderungen an Kreditinstitute

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
31.12.2016						
b) Kommunalkredite	2.767	3	46	141	773	1.804
c) andere Forderungen	948	572	6	26	143	201
Summe	3.715	575	52	167	916	2.005
31.12.2015						
b) Kommunalkredite	2.715	2	40	191	769	1.713
c) andere Forderungen	779	369	6	56	143	205
Summe	3.494	371	46	247	912	1.918

Forderungen an Kunden

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
31.12.2016						
a) Hypothekendarlehen	1.586	1	29	72	387	1.097
b) Kommunalkredite	4.139	16	90	324	1.187	2.522
c) andere Forderungen	14.690	1.523	1.967	1.301	4.152	5.747
Summe	20.415	1.540	2.086	1.697	5.726	9.366
31.12.2015						
a) Hypothekendarlehen	1.603	1	44	73	381	1.104
b) Kommunalkredite	4.526	37	136	476	1.284	2.593
c) andere Forderungen	15.755	1.423	2.010	1.211	3.987	7.124
Summe	21.884	1.461	2.190	1.760	5.652	10.821

Von den täglich fälligen Forderungen entfallen 911 Mio. € (Vorjahr: 826 Mio. €) auf unbefristete Forderungen.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die im Folgejahr fälligen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere im Bestand betragen 328 Mio. € (Vorjahr: 690 Mio. €).

Die in der Erläuterungstabelle zur Bilanzposition 5, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, angegebenen stillen Lasten in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) ergeben sich aus der Differenz von Marktwert und Buchwert ohne Berücksichtigung der Effekte aus Bewertungseinheiten. Etwaige Sicherheiten oder Garantien sind bei der Ermittlung der stillen Lasten ebenfalls nicht berücksichtigt worden.

Bei den Wertpapieren lagen keine dauerhaften, sondern voraussichtlich vorübergehende und damit nicht bonitätsinduzierte Wertminderungen vor. Dementsprechend sind Abschreibungen ausschließlich auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve vorgenommen worden. Für Wertpapiere des Anlagevermögens ist mangels dauerhafter Wertminderung eine Bewertung zum beizulegenden Zeitwert unterblieben. Ebenso wurde bei einem Wertpapier der Liquiditätsreserve aufgrund der Einbeziehung in eine Bewertungseinheit keine Abschreibung vorgenommen.

2.1.2 Bilanz – Passiva

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Pos. 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	58	24
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	1
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	535	706
Pos. 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	95	175
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	23	24
Pos. 3: Verbriefte Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.032	767
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Pos. 3a: Handelsbestand		
Derivative Finanzinstrumente	10	66
von verbundenen Unternehmen	0	0
Pos. 4: Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2	2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13	13
Pos. 5: Sonstige Verbindlichkeiten		
Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	1	1
Zinsabgrenzung aus Finanzswapgeschäften	87	101
Ausgleichsposten aus Fremdwährungsderivaten	222	273
erhaltene Optionsprämien	37	24
Steuerverbindlichkeiten	1	1
Pos. 6: Rechnungsabgrenzungsposten		
Agien und Disagien	12	15
Pos. 9: Nachrangige Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	201	201
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	9	18

Spezifikation der nachrangigen Verbindlichkeiten gemäß § 35 Abs. 3 RechKredV:

Währung	Betrag 31.12.2016 Mio. €	Zinsaufwand 2016 Mio. €	Zinssatz % p. a.	Laufzeitende
€	150	5	6M-Euribor + 3,500 %	16.11.2027
€	50	2	6M-Euribor + 3,500 %	06.12.2027
€	50	2	6M-Euribor + 3,400 %	11.09.2028
€	200	1	6M-Euribor + 0,395 %	28.06.2030
€	85	0	6M-Euribor + 0,350 %	21.03.2031
€	65	0	6M-Euribor + 0,380 %	05.04.2041
Gesamt	600	10		

Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren weder Zu- noch Abgänge zu verzeichnen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten wurden in Form von Namens- und Inhaberschuldverschreibungen ausgegeben und lauten auf Euro. Die Namensschuldverschreibungen können nach Wahl der BLB und vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung der zuständigen Aufsichtsbehörde mit einer Kündigungsfrist von nicht weniger als 30 Tagen und nicht mehr als 60 Tagen vorzeitig gekündigt werden. Die Inhaberschuldverschreibungen können nur aus steuerlichen Gründen vorzeitig gekündigt werden. Eine Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist weder vereinbart noch vorgesehen.

Die nachstehend aufgeführten Posten der Passiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
31.12.2016						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	43	–	25	0	18	0
b) begebene öffentliche Namenspapiere	150	–	25	2	63	60
c) andere Verbindlichkeiten	10.891	553	889	1.450	3.239	4.760
Summe	11.084	553	939	1.452	3.320	4.820
31.12.2015						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	129	–	36	51	40	2
b) begebene öffentliche Namenspapiere	252	–	56	33	88	75
c) andere Verbindlichkeiten	10.217	771	1.025	1.239	2.815	4.367
Summe	10.598	771	1.117	1.323	2.943	4.444

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
31.12.2016						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	294	0	1	14	77	202
b) begebene öffentliche Namenspapiere	1.737	26	31	19	245	1.416
c) Spareinlagen	196	0	0	191	4	1
d) andere Verbindlichkeiten	7.418	3.619	198	1.341	946	1.314
Summe	9.645	3.645	230	1.565	1.272	2.933
31.12.2015						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	326	0	2	95	81	148
b) begebene öffentliche Namenspapiere	1.933	29	22	172	285	1.425
c) Spareinlagen	207	0	0	201	5	1
d) andere Verbindlichkeiten	7.357	3.723	502	1.090	708	1.334
Summe	9.823	3.752	526	1.558	1.079	2.908

Verbriefte Verbindlichkeiten

Die im Folgejahr fälligen begebenen Schuldverschreibungen, die unter den verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesen werden, betragen 1.137 Mio. € (Vorjahr: 753 Mio. €).

Entwicklung von Eigen- und Nachrangkapital sowie Instrumenten des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Mio. €	Eigenkapital				Fonds für allgemeine Bankrisiken	Instrumente des zusätzl. aufsichtsrechtlichen Kernkapitals	Nachrangige Verbindlichkeiten	
	Gez. Kapital Stamm kapital	Kapital-rücklagen	Gewinn-rücklagen	Bilanz-gewinn				
31.12.2015	1.343	265	478	600	0	596	150	600
Jahresergebnis 2016	-837	-	-	-	-837	-	-	-
Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-	-	-	-	-589	+0	-
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (aus Handelsergebnis)	-	-	-	-	-	+1	-	-
31.12.2016	506	265	478	600	-837	8	150	600

In 2015 wurden nachrangige Inhaberschuldverschreibungen im Gesamtvolumen von 150 Mio. € (davon 100 Mio. € gegenüber verbundenen Unternehmen) emittiert, welche die Voraussetzungen zur Anerkennung als zusätzliches aufsichtsrechtliches Kernkapital erfüllen. Die begebenen Additional Tier-1-Anleihen begründen nicht besicherte, nachrangige Verbindlichkeiten der Bremer Landesbank und verfügen über keine Endfälligkeit.

Zweck dieser nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen ist es, der BLB auf unbestimmte Zeit als zusätzliches Kernkapital zu dienen.

Die Anleihen beinhalten in den ersten fünf Jahren eine Zinsfestschreibung von 8,50 % für Tranche 1 (50 Mio. €) bzw. 9,50 % für Tranche 2 (100 Mio. €) und wechseln anschließend in eine variable Zinsphase.

2.2 Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Angaben und Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Mio. €	2016	2015
Pos. 7: Nettoertrag des Handelsbestands		
Risikoabschlag gemäß § 340 e HGB (Auflösungsertrag in 2016)	-1	0
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	2	-1
Pos. 8: Sonstige betriebliche Erträge		
Abzinsungsertrag aus Rückstellungen	3	0
Auflösung von Rückstellungen	12	19
Kostenerstattungen	3	3
Pos. 10: Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
Beitrag zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (Bankenabgabe)	10	6
Pos. 12: Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Aufzinsungen für Pensionsrückstellungen	2	14
Zinsänderungseffekt aus Pensionsrückstellungen (zinsniveauinduziert)	-	6
sonstige Aufzinsungen	2	0
Pos. 16: Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		
Beteiligungen	3	4
Wertpapiere des Anlagevermögens	0	2
Pos. 20: Außerordentliche Erträge		
Ertrag aus Anwachsung einer Beteiligung	-	10
Pos. 21: Außerordentliche Aufwendungen		
Bildung einer Rückstellung für Restrukturierungszwecke	37	-
BilMoG-Anpassungsbetrag für Pensionsrückstellungen	6	6

Zinserträge und Zinsaufwendungen

Die in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung dargestellten Aufwendungen aus negativen Zinsen und Erträge aus positiven Zinsen resultieren aus Tages- und Termingeldern im Interbankengeschäft und im Geschäft mit Nichtbanken sowie aus Wertpapierleihgeschäften. In sämtlichen Fällen führte ein negativer Referenzzinssatz (i. d. R. der EURIBOR-Satz für verschiedene Laufzeitbänder) zu den dargestellten Effekten.

Erträge aus Zuschreibung zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren

Die Erträge im Vorjahr resultieren insbesondere aus dem Verkauf der Beteiligungen an der Eurokartensysteme GmbH. Aus dem Verkauf wurde ein Gewinn von 4 Mio. € erzielt. Im Geschäftsjahr 2016 wurden mehrere Beteiligungen veräußert; ein Teilbetrag von 2 Mio. € entfiel auf die Kaufpreisanpassung aus der Veräußerung der Anteile an der Eurokartensysteme GmbH.

Außerordentliche Erträge

Das Vermögen der 100-prozentigen Tochtergesellschaft BLB Grundbesitz KG ist der Bremer Landesbank im Vorjahr durch gesellschaftsrechtliche Maßnahmen angewachsen. Hierbei wurde im Vorjahr ein Buchgewinn in Höhe von 10 Mio. € realisiert.

Außerordentliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2016 wurde den geplanten Maßnahmen einer Neuausrichtung der Aktivitäten der Bank durch die Bildung einer Rückstellung für Restrukturierungszwecke in Höhe von 37 Mio. € Rechnung getragen.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen zum weit überwiegenden Teil Erträge aus der Bildung von Steuererstattungsforderungen für den Veranlagungszeitraum 2015.

3 Sonstige Angaben

3.1 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen in Höhe von 1,3 Mrd. € (Vorjahr: 1,4 Mrd. €) erfolgt eine Einschätzung des Ausfallrisikos der in Anspruch genommenen Avale im Rahmen der allgemeinen Kreditbearbeitung. Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen entfallen auf Kreditderivate in Höhe von 0,1 Mrd. € (Vorjahr: 0,1 Mrd. €). Es bestehen keine Haftungsverhältnisse gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 0 Mio. €).

Die anderen Verpflichtungen von 1,9 Mrd. € (Vorjahr: 1,8 Mrd. €) entfallen auf Kreditzusagen gegenüber Kunden und Kreditinstituten. Davon entfallen 1,6 Mrd. € (Vorjahr: 1,6 Mrd. €) auf Firmenkunden.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten folgende wesentliche Beträge:

- Die Beitragsbemessung für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurde im Rahmen der Anerkennung des S-Haftungsverbundes als institutsbezogenes Sicherungssystem nach CRR und der Übernahme der Einlagensicherungsfunktion nach Ein-SiG geändert. Über die bereits geleisteten Beiträge hinaus bestehen Nachschusspflichten in Höhe von 55 Mio. € (Vorjahresultimo: 70 Mio. €). Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden. Für das Berichtsjahr wurde für die institutsbezogene Sicherungsreserve ein Jahresbeitrag in Höhe von 7 Mio. € fällig, der in den anderen Verwaltungsaufwendungen gezeigt wird.
- Im Zusammenhang mit der Einziehung der Geschäftsanteile an der FinanzIT GmbH, Hannover, haben sich die ausscheidenden Gesellschafter NORD/LB, Bremer Landesbank und Landesbank Saar verpflichtet, gemeinsam mit den verbleibenden Gesellschaftern der Fi-

nanzIT für Risiken der Gesellschaft aus der Zeit bis zu ihrem Ausscheiden aufzukommen, sofern diese tatsächlich eingetreten und nicht durch bereits gebildete Rückstellungen abgedeckt sind.

- Die Bremer Landesbank haftet – unabhängig von der Veräußerung der mittelbar über die GLB GmbH & Co. oHG, Frankfurt/Main, gehaltenen Beteiligung an der DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt/Main, und die damit verbundene Kapitalherabsetzung der GLB GmbH & Co. oHG – gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern weiterhin als Gewährträger für bestimmte Altverbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale.
- Als Sicherheit für Geschäfte an Terminbörsen wurden – analog Vorjahr – keine Wertpapiere hinterlegt. Stattdessen wurde bei der Eurex Deutschland, Frankfurt/Main, eine Barsicherheit in Höhe von 8 Mio. € hinterlegt (Vorjahr: 15 Mio. €).
- Gemäß § 12 Abs. 5 Restrukturierungsfondsgesetz (RStruktFG) wurden 30 % des gemäß § 12 Abs. 2, § 12b und § 12g RStruktFG festgesetzten Jahresbeitrages 2015 für die EU-Bankenabgabe durch eine unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung in Höhe von 3 Mio. € erbracht. Diese Zahlungsverpflichtung wurde durch die Bremer Landesbank in voller Höhe durch eine erbrachte Barsicherheit abgedeckt. Für das Beitragsjahr 2016 wurde von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht und der Jahresbeitrag wurde in voller Höhe entrichtet.

3.2 Mitarbeiter

Anzahl der Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt

	2016	2015
Männlich	518	525
Weiblich	492	514
Gesamt	1.010	1.039

3.3 Bezüge, Vorschüsse, Kredite und Haftungsverhältnisse von bzw. gegenüber Organmitgliedern

3.3.1 Gesamtbezüge der Organmitglieder

T€	2016	2015
Vorstand	2.330	2.205
Aufsichtsrat ¹⁾	211	198
Beirat ¹⁾	64	66

1) Gemäß § 5a des Senatsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen besteht eine Ablieferungspflicht für Vergütungen aus der Aufsichtsrats- und Beiratstätigkeit.

Neben Direktzusagen durch die BLB bestehen auch mittelbare Pensionszusagen (Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen). Die mittelbaren Versorgungsverpflichtungen gemäß Artikel 28 Abs. 2 EGHGB gegenüber diesem Personenkreis betragen 305 T€.

3.3.2 Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und ihrer Hinterbliebenen

T€	2016	2015
Vorstand	3.217	1.657
Aufsichtsrat	–	–
Beirat	–	–

Die Pensionsverpflichtungen bestehen aus Direktzusagen der BLB und mittelbaren Versorgungsverpflichtungen (Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen). Für die unmittelbaren Pensionsverpflichtungen wurden 9.923 T€ (Vorjahr: 2.148 T€) zurückgestellt; der verbleibende Zuführungsbetrag gemäß Artikel 67 Abs. 2 EGHGB (BilMoG) beträgt am 31. Dezember 2016 1.042 T€ (Vorjahr: 321 T€). Die mittelbaren Versorgungsverpflichtungen gemäß Artikel 28 Abs. 2 EGHGB gegenüber diesem Personenkreis betragen 22.069 T€.

3.3.3 Vorschüsse, Kredite und Haftungsverhältnisse

T€	Forderungen	Verbindlichkeiten
Gewährte Vorschüsse und Kredite per 31.12.2016		
Vorstand	524	135
Aufsichtsrat	739	246
Trägerversammlung	–	–
Gewährte Vorschüsse und Kredite per 31.12.2015		
Vorstand	639	994
Aufsichtsrat	780	201
Trägerversammlung	–	–

3.4 Andere Angaben

3.4.1 Nicht zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossene Geschäfte

Im Geschäftsjahr 2016 sind keine Geschäfte zu nicht marktüblichen Bedingungen mit nahe-
stehenden Personen und Unternehmen vorgenommen worden.

3.4.2 Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen

Die Dritten gegenüber erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind von unter-
geordneter Bedeutung.

3.4.3 Verrechnung von Vermögensgegenständen mit Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen

Den Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen stehen keine gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB
zu verrechnenden Vermögensgegenstände gegenüber.

3.4.4 Ausschüttungssperre von Vermögensgegenständen

Es wurden keine Vermögensgegenstände im Geschäftsjahr 2016 nach § 268 Abs. 8 HGB aktiviert, die einer Ausschüttungssperre unterliegen.

3.4.5 Verbriefungstransaktionen

Als Instrument zur Steuerung von Kreditrisiken nutzt die BLB seit 2015 synthetische Verbriefungen. Ziel der Verbriefungsaktivitäten ist die Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen. Zur Diversifizierung des Kreditportfolios können die in den eigenen Büchern vorhandenen Kreditrisiken an andere Marktteilnehmer abgegeben werden. Nachdem die BLB im Jahr 2015 eine erste Verbriefungstransaktion originiert hatte (Anfangsvolumen 2,145 Mrd. €), wurden die Aktivitäten im ersten Halbjahr 2016 fortgeführt. Dabei hat die BLB für ein Kreditportfolio mit einem Anfangsvolumen von rund 3,583 Mrd. € aus den Assetklassen Erneuerbare Energien, Firmenkunden, Sozialimmobilien, Gewerbeimmobilien und Leasing erneut eine synthetische Verbriefung originiert. Zur Absicherung der darin enthaltenen Kreditrisiken wurde mit Wirkung ab dem 30.06.2016 eine Garantie mit einem Volumen von zunächst rund 94 Mio. € mit einem privaten institutionellen Investor abgeschlossen. Die vertragliche Laufzeit der Garantie beträgt zehn Jahre, zuzüglich einer Periode von maximal zwei Jahren für die Bearbeitung nicht abgeschlossener Verwertungsfälle.

Die von der Bremer Landesbank aus der ersten Transaktion gehaltene Erstverlusttranche beläuft sich auf 10 Mio. €. Sie wurde bisher nicht in Anspruch genommen.

3.5 Termingeschäfte

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

Mio. €	Nominalwerte	Positive Zeitwerte	Negative Zeitwerte
Termingeschäfte des Anlagebestands			
Termingeschäfte in fremder Währung	2.573	5	219
Zinsbezogene Termingeschäfte	6.470	7	22
	9.043	12	241
Termingeschäfte des Handelsbestands			
Termingeschäfte in fremder Währung	1.094	9	9
Zinsbezogene Termingeschäfte	20.394	1.081	746
	21.488	1.090	755

Innerhalb des Nichthandelsbestandes dienen die Termingeschäfte je nach Risikoart der Absicherung von Währungs-, Liquiditäts- und Zinsrisiken. Im Handelsbestand dienen die Termingeschäfte der Steuerung von Zins- und Währungsrisiken; offene Positionen werden unter Berücksichtigung der Limiteinhaltung eingegangen.

In den zinsbezogenen Termingeschäften sind noch nicht abgewickelte Futures und FRAs mit einem Nominalvolumen von 1.340 Mio. € (Vorjahr: 1.860 Mio. €) enthalten.

3.6 Derivative Geschäfte

Die in den folgenden Tabellen aufgeführten derivativen Finanzinstrumente, die der Übertragung von Marktpreis- und Adressausfallrisiken zwischen verschiedenen Parteien dienen, leiten ihren Wert unter anderem von Zinssätzen, Indizes und Devisenkursen ab. Die derivativen Produkte der Bremer Landesbank umfassen Zins- und Zinswährungsswaps, FRAs, Caps und Floors, börsengehandelte Futures und Optionen, Devisenoptionen und Termingeschäfte sowie Kreditderivate. Die Derivate werden als standardisierte Börsenkontrakte oder in Form bilateraler Verträge außerbörslich (OTC) abgeschlossen.

Die Bremer Landesbank setzt die Derivate vorwiegend zur Steuerung der Handelspositionen und des Anlagebestands durch das Aktiv-Passiv-Management ein.

Im Rahmen der Bewertung wird eine Unterscheidung zwischen börsengehandelten und außerbörslichen Produkten getroffen. Bei börsengehandelten Futures findet ein täglicher Barausgleich (Variation Margin) statt.

Die in den folgenden Abschnitten dargestellten Marktwerte entsprechen den tatsächlichen Werten am Bilanzstichtag (Marktpreise) bzw. den anhand marktüblicher Bewertungsmethoden ermittelten beizulegenden Zeitwerten.

Die positiven und negativen Zeitwerte wurden nach der Marktbewertungsmethode zum Bilanzstichtag für die genannten Produktgruppen einzeln ermittelt.

3.6.1 Nicht zum Zeitwert bewertete externe Derivate – Gliederung nach Risikoart und Geschäftstyp (Nichthandelsbestand)

Im Folgenden werden die dem Nichthandelsbestand zugeordneten derivativen Geschäfte dargestellt:

Mio. €	Nominalwerte	Positive Zeitwerte	Negative Zeitwerte	Buchwert	Erfasst in Bilanzposition
Zinsrisiken					
Zinsswaps	5.212	7	21		
FRAs	1.250	0	–		
Caps, Floors	8	0	0		
Swaptions (Käufe)	–	–	–	0	Sonstige Vermögensgegenstände
Zinsrisiken – insgesamt –	6.470	7	21	0	
(Vorjahr)	(6.670)	(1)	(14)	(7)	
Währungsrisiken					
Währungsswaps	379	–	3		
Zinsswaps in Fremdwährung	2.188	5	216		
Caps, Floors in Fremdwährung	–	–	–		
Devisenoptionen (Käufe)	6	0	–	–	
Währungsrisiken – insgesamt –	2.573	5	219	–	
(Vorjahr)	(6.270)	(14)	(288)	(–)	
Kreditrisiken					
Kreditderivate	45	–	1	–	
Kreditrisiken – insgesamt –	45	–	1	–	
(Vorjahr)	(385)	(0)	(1)	(–)	

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe bzw. Long- und Short-Positionen dar. Für alle Kontrakte werden Zeitwerte und Buchwerte exklusive Stückzinsen gezeigt. Eine Verrechnung positiver und negativer Zeitwerte von Kontrakten mit der gleichen Gegenpartei wurde nicht vorgenommen. Die vorstehende Tabelle enthält auch diejenigen Derivate, die in Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB eingebracht wurden. Im Rahmen der Währungsumrechnung gemäß § 340h HGB i. V. m. § 256a HGB wurden keine Derivate mit Währungsrisiken zum 31. Dezember 2016 (Vorjahr: 0 Mio. €) passiviert. Alle Zeitwerte ließen sich verlässlich ermitteln. Bezüglich der angewandten Bewertungsmethoden wird auf das Kapitel „Ermittlung von Zeitwerten“ verwiesen.

3.6.2 Zum Zeitwert bewertete externe Derivate – Gliederung nach Risikoart und Geschäftstyp (Handelsbestand)

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe bzw. Long- und Short-Positionen dar. Sie gliedern sich wie folgt:

Mio. €	Nominalwerte	Positive Zeitwerte	Negative Zeitwerte
Zinsrisiken			
Zinsswaps	19.089	1.070	702
Swaptions	512	–	33
Käufe	–	–	–
Verkäufe	512	–	33
Caps, Floors	703	11	11
Futures	90	–	–
Zinsrisiken – insgesamt –	20.394	1.081	746
(Vorjahr)	(21.942)	(1.129)	(746)
Währungsrisiken			
Devisentermingeschäfte	1.085	9	9
Währungsswaps	–	–	–
Zinswährungsswaps	–	–	–
Caps, Floors	–	–	–
Devisenoptionen	9	0	0
Käufe	5	0	–
Verkäufe	4	–	0
Währungsrisiken – insgesamt –	1.094	9	9
(Vorjahr)	(2.055)	(22)	(21)
Kreditrisiken	140	0	0
Kreditderivate – insgesamt –	140	0	0
(Vorjahr)	(300)	(1)	(1)

3.6.3 Fristengliederung der Derivate (Handelsbestand)

Die Derivate des Handelsbestandes (Nominalwerte) gliedern sich nach Fristigkeiten wie folgt:

Mio. €	Zinsrisiken	31.12.2016 Währungsrisiken	Kreditderivate	Zinsrisiken	31.12.2015 Währungsrisiken	Kreditderivate
Restlaufzeiten						
bis 3 Monate	1.256	229	–	438	652	–
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.070	95	10	2.718	758	160
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	6.873	634	70	10.551	483	140
mehr als 5 Jahre	9.195	136	60	8.235	162	–
Insgesamt	20.394	1.094	140	21.942	2.055	300

Aktien- und sonstige Preisrisiken bestanden zum Berichts- und Vorjahresstichtag nicht.

3.6.4 Kontrahentengliederung der Derivate (Handelsbestand)

Im Folgenden die Aufgliederung des Handelsbestandes der Derivate nach externen Kontrahenten:

Mio. €	Nominal- werte	31.12.2016		Nominal- werte	31.12.2015	
		Zeitwerte positiv	negativ		Zeitwerte positiv	negativ
Banken in der OECD (inklusive Börsenkontrakten)	19.586	939	747	21.099	988	760
Öffentliche Stellen in der OECD	84	7	1	14	1	0
Sonstige Kontrahenten	1.958	145	7	3.184	162	8
Summe	21.628	1.091	755	24.297	1.151	768

3.6.5 Angaben zu Bewertungseinheiten

Die Bremer Landesbank hat folgende Vermögensgegenstände in handelsbilanzielle Mikro-Bewertungseinheiten einbezogen (Angaben der Buchwerte der Vermögensgegenstände ohne aufgelaufene Zinsen):

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Vermögensgegenstände		
Festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve	984	974
Gesamtsumme	984	974

Es handelt sich um 32 Mikro-Bewertungseinheiten von Wertpapieren der Liquiditätsreserve in Höhe von 978 Mio. € Nominalwert (Vorjahr: 31 Bewertungseinheiten mit 968 Mio. € Nominalwert), bei denen das Zinsänderungsrisiko durch Zinsswaps in gleicher Höhe abgesichert worden ist. Der Zeitraum der Sicherungsbeziehung besteht grundsätzlich bis zur Endfälligkeit des jeweiligen Grundgeschäfts. Die Endfälligkeiten der relevanten Grundgeschäfte liegen in den Jahren 2018 bis 2027.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve unterliegen dem strengen Niederstwertprinzip. Zinsinduzierte Wertverluste bei den Grundgeschäften werden aufgrund der perfekten Micro-Hedges-Beziehungen nicht berücksichtigt.

Für acht Wertpapiere der Liquiditätsreserve in Bewertungseinheiten mussten zum 31. Dezember 2016 nicht zinsinduzierte Abschreibungen in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) vorgenommen werden. Die nicht zinsinduzierten stillen Reserven für die übrigen 24 Grundgeschäfte betragen 10 Mio. € (Vorjahresresultimo: 8 Mio. €).

3.7 Weitere Angaben

3.7.1 Offenmarktgeschäfte

Im Rahmen von Offenmarktgeschäften wurden bei der Deutschen Bundesbank keine Anleihen (Vorjahr: 1.319 Mio. €) hinterlegt.

3.7.2 Pensionsgeschäfte

Wie im Vorjahr bestanden zum Bilanzstichtag keine echten Pensionsgeschäfte in Wertpapieren und anderen Vermögensgegenständen.

3.7.3 Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Als Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Forderungen gegenüber Kunden in Höhe von 7.322 Mio. € (Vorjahr: 6.617 Mio. €) abgetreten.

3.7.4 Abschlussprüferhonorar

Die nachfolgende Tabelle zeigt auf aggregierter Basis die für Dienstleistungen des Abschlussprüfers KPMG im Geschäftsjahr 2015 und 2016 angefallenen Honorare:

T€	2016	2015
a) Abschlussprüfungsleistungen	1.988	1.290
b) andere Bestätigungsleistungen	278	534
c) Steuerberatungsleistungen	–	–
d) Sonstige Leistungen	–	41

Die Honorare für Leistungen des Abschlussprüfers in Form von prüferischen Durchsichten von unterjährigen Zwischenabschlüssen sind – wie in den Vorjahren – entsprechend der Klarstellung gemäß IDW ERS HFA 36 n.F., Tz. 12a, den Abschlussprüfungsleistungen zugeordnet.

3.7.5 Finanzgeschäfte in ausgewählten europäischen Staaten

Die nachfolgenden Übersichten zeigen unser Engagement gegenüber europäischen Staaten, für die ein erhöhtes wirtschaftliches Risiko angenommen wird.

31.12.2016		Historische Anschaf- fungskosten	Bilanzierter Buchwert ¹⁾	Wertbe- richtung in GuV	Fair Value
Mio. €	Nominal				
Portugal	-	-	-	-	-
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	-	-	-	-	-
Unternehmen/Sonstige	-	-	-	-	-
Irland	20	20	17	0	18
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	0	0	0	0	0
Unternehmen/Sonstige	20	20	17	0	18
Italien	0	0	0	0	0
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	-	-	-	-	-
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	0	0
Griechenland	0	0	0	0	0
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	-	-	-	-	-
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	0	0
Spanien	2	2	2	0	2
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	2	2	2	0	2
Unternehmen/Sonstige	-	-	-	-	-
Summe	22	22	19	0	20

31.12.2015		Historische Anschaf- fungskosten	Bilanzierter Buchwert ¹⁾	Wertbe- richtung in GuV	Fair Value
Mio. €	Nominal				
Portugal	-	-	-	-	-
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	-	-	-	-	-
Unternehmen/Sonstige	-	-	-	-	-
Irland	20	20	19	0	19
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	0	0	0	0	0
Unternehmen/Sonstige	20	20	19	0	19
Italien	0	0	0	0	0
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	0	0	0	-	0
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	0	0
Griechenland	0	0	0	0	0
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	-	-	-	-	-
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	0	0
Spanien	20	20	19	0	19
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	20	20	19	0	19
Unternehmen/Sonstige	-	-	-	-	-
Summe	40	40	38	0	38

¹⁾ Einschließlich anteiliger Zinsen, Disagio, Agio etc.

3.8 Deckungsrechnung

3.8.1 Deckungsrechnung gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 7 Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung (RechKredV)

Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen (§ 35 Abs. 1 Nr. 7 RechKredV)

Mio. €	Hypothekenkredit- geschäft	Kommunalkredit- geschäft	Schiffe
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten			
	797	3.130	102
Pfandbriefe			
Inhaberschuldverschreibungen	538	1.256	30
Namenschuldverschreibungen	259	1.874	72
Deckungswerte	1.282	3.319	156
Forderungen an Kreditinstitute	0	289	6
Forderungen an Kunden	1.262	2.942	130
Wertpapiere öffentlicher Emittenten	20	88	20
Deckungsüberhang	485	189	54

3.8.2 Report gemäß § 28 Pfandbriefbankgesetz (PfandBG) per 31.12.2016

a. Hypothekendarlehen

Nominal- und Barwertdeckung der umlaufenden Hypothekendarlehen und der dafür verwendeten Deckungsmassen (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress* Mind. +100 bp		Risikobarwert inkl. Währungsstress* Mind. -100 bp	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	797	753	861	812	822	773	884	845
Gesamtbetrag der Deckungswerte	1.282	1.187	1.413	1.311	1.364	1.264	1.424	1.335
Überdeckung	485	434	552	499	542	491	540	490
Überdeckung in %	61	58	64	61	66	64	61	58

*Für die Berechnung der Risikobarwerte wurde der dynamische Ansatz gem. § 5 Abs. 1 Nr. 2 PfandBarwertV verwendet.

Laufzeitstruktur der umlaufenden Hypothekendarlehen und der dafür verwendeten Deckungsmassen

(§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Mio. €	Hypothekendarlehen		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2016	2015	2016	2015
Bis zu 0,5 Jahre		25	100	152
Mehr als 0,5 Jahre und bis zu 1 Jahr		15	80	45
Mehr als 1 Jahr und bis zu 1,5 Jahre		64	25	81
Mehr als 1,5 Jahre und bis zu 2 Jahre		7	15	45
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre		267	71	135
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre		56	142	114
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre		109	56	117
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre		132	157	447
Mehr als 10 Jahre		122	107	51
Gesamtsumme	797	753	1.282	1.187

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Aufschlüsselung der zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendeten Forderungen nach Größenklassen (§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG)

Größenklassen	Mio. €	
	2016	2015
Bis zu 0,3 Mio. €	328	346
Mehr als 0,3 Mio. € bis zu 1,0 Mio. €	195	180
Mehr als 1,0 Mio. € bis zu 10,0 Mio. €	616	495
Mehr als 10,0 Mio. €	123	106
Gesamtsumme	1.262	1.127

Aufschlüsselung der zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendeten Forderungen nach Nutzungsarten (§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG)

	Mio. €	
	2016	2015
Eigentumswohnungen	70	75
Ein- und Zweifamilienhäuser	198	208
Mehrfamilienhäuser	264	244
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	–	–
Bauplätze	0	–
Summe der wohnwirtschaftlich genutzten Grundstücke	532	527
Bürogebäude	106	87
Handelsgebäude	164	161
Industriegebäude	46	5
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	414	347
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	–	–
Bauplätze	0	–
Summe der gewerblich genutzten Grundstücke	730	600
Gesamtsumme	1.262	1.127

Sämtliche wohnwirtschaftlich bzw. gewerblich genutzten Grundstücke sind in Deutschland gelegen.

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2016 bestanden – wie auch im Vorjahr – keine Rückstände, die älter als 90 Tage waren.

Weitere Deckungswerte für Hypothekendarlehen (§ 19 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 3 PfandBG; Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4, Nr. 5 und Nr. 6 PfandBG)

Mio. €	Summe	davon				
		Ausgleichs- forderungen i. S. d. § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	Forderungen i. S. d. § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG Insgesamt	davon gedeckte Schuld- verschreibungen i. S. d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	Forde- rungen i. S. d. § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	
Staat						
Gesamtsumme (alle Staaten)	2016	20	–	–	–	20
	2015	60	–	10	–	50
Deutschland						
	2016	20	–	–	–	20
	2015	60	–	10	–	50

Kennzahlen zu umlaufenden Hypothekendarlehen und dafür verwendeten

Deckungswerten (Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 7, 8, 9, 10 und 11 PfandBG sowie § 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG)

		2016	2015
Umlaufende Darlehen	Mio. €	797	753
davon Anteil festverzinslicher Darlehen; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	71	71
Deckungsmasse	Mio. €	1.282	1.187
davon Gesamtbetrag der Darlehen, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 überschreiten; § 28 Abs. 1 Nr. 7	Mio. €	–	–
davon Gesamtbetrag der Darlehen, die oberhalb der %-Werte nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 liegen; § 28 Abs. 1 Nr. 8	Mio. €	–	–
davon Gesamtbetrag der Darlehen, die oberhalb der %-Werte nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 liegen; § 28 Abs. 1 Nr. 8	Mio. €	–	–
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	84	86
Nettobarwert nach § 6 Darlehen-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio. €;			
§ 28 Abs. 1 Nr. 10 (Saldo aus Aktiv-/Passivseite)	CAD	–	–
	CHF	–	–
	CZK	–	–
	DKK	–	–
	GBP	–	–
	HKD	–	–
	JPY	–	–
	NOK	–	–
	SEK	–	–
	USD	–	–
Volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Darlehen (verstrichene Lfz. seit Kreditvergabe/Seasoning); § 28 Abs. 1 Nr. 11	Jahre	8	9
Durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf; § 28 Abs. 2 Nr. 3	%	60	60

b. Öffentliche Pfandbriefe

Nominal- und Barwertdeckung der umlaufenden öffentlichen Pfandbriefe und der dafür verwendeten Deckungsmassen (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress*		Risikobarwert inkl. Währungsstress*	
	2016	2015	2016	2015	Mind. +100 bp	2016	Mind. -100 bp	2015
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	3.130	3.587	3.626	4.054	3.387	3.758	3.800	4.338
Gesamtbetrag der Deckungswerte	3.319	3.855	3.876	4.460	3.603	4.093	4.084	4.823
Überdeckung	189	268	250	406	216	335	284	485
Überdeckung in %	6	7	7	10	6	9	7	11

*Für die Berechnung der Risikobarwerte wurde der dynamische Ansatz gem. § 5 Abs. 1 Nr. 2 PfandBarwertV verwendet.

Laufzeitstruktur der umlaufenden öffentlichen Pfandbriefe und der dafür verwendeten Deckungsmassen (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Mio. €	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2016	2015	2016	2015
Bis zu 0,5 Jahre	155	278	179	240
Mehr als 0,5 Jahre und bis zu 1 Jahr	158	205	162	272
Mehr als 1 Jahr und bis zu 1,5 Jahre	344	155	188	184
Mehr als 1,5 Jahre und bis zu 2 Jahre	79	158	104	163
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	303	424	315	299
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	243	303	320	308
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	87	243	234	235
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	859	854	833	956
Mehr als 10 Jahre	902	967	984	1.198
Gesamtsumme	3.130	3.587	3.319	3.855

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Aufschlüsselung der zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen verwendeten Forderungen nach Größenklassen (§ 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG)

Größenklassen	Mio. €	
	2016	2015
Bis zu 10,0 Mio. €	1.160	1.208
Mehr als 10,0 Mio. € bis zu 100,0 Mio. €	964	1.373
Mehr als 100,0 Mio. €	906	1.025
Gesamtsumme	3.030	3.606

Aufschlüsselung der zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendeten Forderungen nach Staaten (§ 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG)

	Summe		davon geschuldet von				davon gewährleistet von				
		In der Summe enthaltene Gewährleistungen aus Gründen der Exportförderung	Zentralstaat	regionalen Gebietskörperschaften	örtlichen Gebietskörperschaften	sonstigen Schuldnern	Zentralstaat	regionalen Gebietskörperschaften	örtlichen Gebietskörperschaften	sonstigen Schuldnern	
Mio.€											
Staat											
Gesamtsumme (alle Staaten)	2016	3.030	–	–	189	1.787	453	–	163	192	246
	2015	3.606	–	–	360	2.453	793	–	–	–	–
Deutschland	2016	3.030	–	–	189	1.787	453	–	163	192	246
	2015	3.606	–	–	360	2.453	793	–	–	–	–

Die Differenzierung zwischen geschuldeten und gewährleisteten Forderungen ist erst seit 1. Januar 2016 vorzunehmen; eine Vorjahresangabe ist daher nicht erforderlich.

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen (§ 28 Abs. 3 Nr. 3 PfandBG)

Am 31. Dezember 2016 bestanden – wie auch im Vorjahr – keine rückständigen Leistungen, die älter als 90 Tage waren.

Weitere Deckungswerte für öffentliche Pfandbriefe (§ 20 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 PfandBG; Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4 und Nr. 5 PfandBG)

	Summe	davon	
		Ausgleichsforderungen i. S. d. § 20 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG	Forderungen i. S. d. § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG Insgesamt davon gedeckte Schuldverschreibungen i. S. d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013
Mio.€			
Staat			
Gesamtsumme (alle Staaten)	2016	289	–
	2015	249	–
Deutschland	2016	289	–
	2015	249	–

Kennzahlen zu umlaufenden öffentlichen Pfandbriefen und dafür verwendeten Deckungswerten (Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nrn. 8, 9 und 10 PfandBG)

		2016	2015
Umlaufende Pfandbriefe	Mio. €	3.130	3.587
davon Anteil festverzinslicher Pfandbriefe; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	89	88
Deckungsmasse	Mio. €	3.319	3.855
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 20 Abs. 2 Nr. 2 liegen; § 28 Abs. 1 Nr. 8	Mio. €	–	–
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	97	94
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio. €;	CAD	–	–
§ 28 Abs. 1 Nr. 10 (Saldo aus Aktiv-/Passivseite)	CHF	–	–
	CZK	–	–
	DKK	–	–
	GBP	–	–
	HKD	–	–
	JPY	–	–
	NOK	–	–
	SEK	–	–
	USD	–	–

c. Schiffspfandbriefe

Nominal- und Barwertdeckung der umlaufenden Schiffspfandbriefe und der dafür verwendeten Deckungsmassen (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress*		Risikobarwert inkl. Währungsstress*	
	2016	2015	2016	2015	Mind. +100 bp		Mind. -100 bp	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	102	173	113	186	110	182	113	188
Gesamtbetrag der Deckungswerte	156	227	166	244	149	214	151	217
Überdeckung	54	54	53	58	39	32	38	29
Überdeckung in %	53	31	47	31	35	18	34	15

*Für die Berechnung der Risikobarwerte wurde der dynamische Ansatz gem. § 5 Abs. 1 Nr. 2 PfandBarwertV verwendet.

Laufzeitstruktur der umlaufenden Schiffspfandbriefe und der dafür verwendeten Deckungsmassen (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Mio. €	Schiffspfandbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2016	2015	2016	2015
Bis zu 0,5 Jahre	10	7	14	26
Mehr als 0,5 Jahre und bis zu 1 Jahr	10	64	13	16
Mehr als 1 Jahr und bis zu 1,5 Jahre	20	10	16	30
Mehr als 1,5 Jahre und bis zu 2 Jahre	3	10	17	16
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	–	23	25	41
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	20	–	37	27
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	6	20	10	37
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	33	39	24	33
Mehr als 10 Jahre	–	–	–	1
Gesamtsumme	102	173	156	227

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Aufschlüsselung der zur Deckung von Schiffspfandbriefen verwendeten Forderungen nach Größenklassen (§ 28 Abs. 4 Nr. 1a PfandBG)

Größenklassen	Mio. €	
	2016	2015
Bis zu 0,5 Mio. €	–	1
Mehr als 0,5 Mio. € bis zu 5,0 Mio. €	90	133
Mehr als 5,0 Mio. €	40	60
Summe	130	194

Verteilung der zur Deckung von Schiffspfandbriefen verwendeten Forderungen nach Staaten, in denen die Schiffe und Schiffsbauwerke registriert sind (§ 28 Abs. 4 Nr. 1b PfandBG)

Staaten	Seeschiffe Mio. €		Binnenschiffe Mio. €	
	2016	2015	2016	2015
Deutschland	109	169	8	8
Gibraltar	1	3	–	–
Malta	3	4	–	–
Marshall Islands	9	10	–	–
Panama	–	–	–	–
Summe	122	186	8	8

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen wie auch Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt (§ 28 Abs. 4 Nr. 2 PfandBG)

Deckungswerte	Mio. €	
	2016	2015
Gesamtbetrag der mind. 90 Tage rückständigen Leistungen	2	2
Gesamtbetrag dieser Forderung, soweit der jeweilige Rückstand mind. 5 % der Forderung beträgt	13	17

Weitere Deckungswerte für Schiffspfandbriefe (§ 26 Abs. 1 Nr. 2, Nr. 3 und Nr. 4 PfandBG; Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4, Nr. 5 und Nr. 6 PfandBG)

Mio.€	Summe	davon			
		Ausgleichs-forderungen i. S. d. § 26 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	Forderungen i. S. d. § 26 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG Insgesamt	davon gedeckte Schuldverschreibungen i. S. d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	Forderungen i. S. d. § 26 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG
Staat					
Gesamtsumme (alle Staaten)	2016	32	–	12	–
	2015	35	–	5	–
Deutschland	2016	32	–	12	–
	2015	35	–	5	–

Kennzahlen zu umlaufenden Schiffspfandbriefen und dafür verwendeten Deckungswerten (Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nrn. 8, 9 und 10 PfandBG)

		2016	2015
Umlaufende Pfandbriefe	Mio. €	102	173
davon Anteil festverzinslicher Pfandbriefe; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	90	74
Deckungsmasse	Mio. €	156	227
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 26 Abs. 1 Nr. 3 liegen; § 28 Abs. 1 Nr. 8	Mio. €	6	2
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 26 Abs. 1 Nr. 4 liegen; § 28 Abs. 1 Nr. 8	Mio. €	–	–
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	4	15
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio. €;			
§ 28 Abs. 1 Nr. 10 (Saldo aus Aktiv-/Passivseite)	CAD	–	–
	CHF	–	1
	CZK	–	–
	DKK	–	–
	GBP	–	–
	HKD	–	–
	JPY	–	–
	NOK	–	–
	SEK	–	–
	USD	119	177

3.8.3 Zusätzliche Angaben zu Hypotheken- und Schiffspfandbriefen

a. Hypothekenspfandbriefe (§ 28 Abs. 2 Nr. 4 a–c)

	Gewerblich genutzte Grundstücke		Zu Wohnzwecken dienende Grundstücke	
	2016	2015	2016	2015
Zahl der per 31.12.2016 anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	–	–	–	–
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	–	–	–	–
Zahl der Fälle, in denen die Pfandbriefbank während des Geschäftsjahres Grundstücke zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken hat übernehmen müssen	–	–	–	–
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen (Mio. €)	–	–	–	–

b. Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 4 Nr. 3 a–c)

	Seeschiffe		Binnenschiffe	
	2016	2015	2016	2015
Zahl der per 31.12.2016 anhängigen Verfahren zur Zwangsversteigerung von Schiffen oder Schiffsbauwerken	–	–	–	–
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	–	–	–	–
Zahl der Fälle, in denen die Pfandbriefbank während des Geschäftsjahres Schiffe oder Schiffsbauwerke zur Verhütung von Verlusten an Schiffshypotheken hat übernehmen müssen	–	–	–	–
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Darlehensschuldern zu entrichtenden Zinsen (Mio. €)	–	1	–	–

3.9 Anteilsbesitz

Die nachstehende Aufstellung enthält den Anteilsbesitz der Bremer Landesbank gemäß §§ 285 Nr. 11 und 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB. Erfasst wurde der jeweils letzte festgestellte Jahresabschluss der Gesellschaften.

Name und Sitz des Unternehmens	Anteile am Kapital in %	Eigenkapital Mio. € ¹⁾	Ergebnis Mio. €
Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede	32,26	31	2
BGG Bremen GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	26 ³⁾	0 ³⁾
BGG Marktcarré GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	10 ³⁾	0 ³⁾
BGG Oldenburg GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	10 ³⁾	1 ³⁾
BLBI Beteiligungs-GmbH, Bremen	100,00	0 ³⁾	0 ³⁾
BLB Immobilien GmbH, Bremen	100,00	17 ³⁾	0 ^{2), 3)}
BLB Leasing GmbH, Oldenburg	100,00	1 ³⁾	0 ^{2), 3)}
BREBAU GmbH, Bremen	48,84	74	8
BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877–, Bremen	12,61	19	2
Bremer Spielcasino GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	49,00	1	1
Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen	100,00	50 ³⁾	0 ^{2), 3)}
Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Präsident-Kennedy-Platz, Bremen	100,00	2 ³⁾	1 ³⁾
Bremische Grundstücks-GmbH & Co. Wohnanlagen Groß-Bonn, Bremen	100,00	1 ³⁾	0 ³⁾
Bremische Wohnungsbaubeteiligungsgesellschaft mbH, Bremen	50,00	85	2
GBH Beteiligungs-GmbH, Bremen	100,00	0 ³⁾	0 ³⁾
Gewobau Gesellschaft für Wohnungsbau Vechta mbH, Vechta	20,46	12	1
GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg	22,22	93	5
Interessengemeinschaft KATHARINENKLOSTERHOF GbR, Bremen	30,70	0	0
NBV Beteiligungs-GmbH, Hannover	21,33	15	2
NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	2 ³⁾	2 ³⁾
NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	1 ³⁾	0 ³⁾
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,00	6	1
Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen	100,00	171	148
WLO Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH, Wildeshausen	23,84	0	0
Wohnungsbau-Gesellschaft Wesermarsch mbH, Brake	21,71	19	0

¹⁾ Eigenkapitalbegriff entsprechend §§ 266 und 272 HGB.

²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

³⁾ Die Angaben beziehen sich auf den letzten noch nicht festgestellten Jahresabschluss 2016.

3.10 Angaben zu Investmentvermögen

Die nachstehende Aufstellung enthält die Investmentanteile gemäß § 285 Nr. 26 HGB.

Mio. €	2016	2015
„Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds“, Frankfurt am Main		
Ausschüttung	0	0
Marktwert	16	16
Buchwert	16	16
Unterlassene Abschreibungen	–	–
„NORD/LB AM ARB Europe“, Hannover		
Ausschüttung	0	–
Marktwert	50	–
Buchwert	50	–
Unterlassene Abschreibungen	–	–

Der Fonds NORD/LB AM ARB Europe wurde im Mai 2016 neu aufgelegt; alleiniger Anteilseigner ist die BLB. Der Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds sowie der NORD/LB AM ARB Europe können

in Vermögensgegenständen gemäß §§ 193 bis 198 KAGB investieren. Die Bedingungen für eine Verschiebung der Rücknahme von Fondsanteilen sind für die einzelnen Fonds unterschiedlich geregelt. Kriterien können dabei ein Mindestwert der Anteile oder die Entscheidung des Fondsmanagements sein. Möglichkeiten der täglichen Rückgabe beziehen sich auf Situationen, in denen zu viele Anleger ihre Anteile gleichzeitig zurückgeben möchten. In diesen Fällen können die Fonds die Rücknahme der Anteile bis zu einem Zeitpunkt verschieben, an dem die Rücknahme erfüllt werden kann.

3.11 Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bank nach Abschluss des Geschäftsjahres 2016 sind mit Ausnahme der nachstehend aufgeführten bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht eingetreten.

In einer weiteren Ad-hoc-Mitteilung gemäß Artikel 17 MAR vom 9. März 2017 hat die Bank auf eine weitere unerwartete Erhöhung der Wertberichtigungen auf das Schiffportfolio und damit einhergehende noch höhere Verluste für das Jahr 2016 hingewiesen.

Infolge der deutlich erhöhten Risikovorsorgeaufwendungen waren letztlich die Mindestanforderungen an die Kernkapitalquote gemäß Ad-hoc-Meldung vom 9. März 2017 rückwirkend zum Jahresende nicht mehr erfüllt. Ebenso war die Risikotragfähigkeit nach § 25a KWG i. V. m. den MaRisk in der ökonomischen Going-Concern-Betrachtung (Säule II) zum Jahresende 2016 nicht mehr gegeben. Zusätzlich ergaben sich Großkreditüberschreitungen gemäß CRR. Aus dem erheblichen Verlust im Geschäftsjahr 2016, der Unterschreitung der gesetzlichen Mindest-Kernkapitalquote und der nicht mehr gegebenen Risikotragfähigkeit resultieren bestandsgefährdende Tatsachen. Diese wurden der Aufsicht durch den Abschlussprüfer gemäß § 29 Abs. 3 Satz 1 KWG angezeigt.

Im Zusammenhang mit der Übernahme aller Anteile an der BLB durch die NORD/LB haben die beiden Gesellschaften einen von ihren Trägern genehmigten Beherrschungsvertrag mit Verlustausgleichsanspruch abgeschlossen. Zusätzlich gibt es eine harte Patronatserklärung der NORD/LB für die BLB.

Bei der zuständigen Aufsichtsbehörde wurde am 19. Januar 2017 ein Antrag auf Nutzung eines Waivers nach § 2a (1) und (2) des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) i. V. m. Artikel 7 (1) CRR eingereicht. Mit Bewilligung des Antrages entfallen bestimmte Aufsichtsanforderungen an die Eigenmittelausstattung der BLB auf Einzelinstitutsebene.

Aufgrund des hohen Jahresfehlbetrages der BLB ergab sich die Notwendigkeit einer Barkapitalerhöhung im Umfang von 400 Mio. €, die mit Wirkung vom 21. März 2017 durchgeführt wurde. Dadurch wurde die Kapitalrücklage der Bank gestärkt und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten sowie die Großkreditobergrenzen wurden wieder entlastet.

Die nachhaltige Einhaltung der Kapitalquoten und der Risikotragfähigkeit hängt insbesondere von der Genehmigung eines Waivers zwischen NORD/LB und Bremer Landesbank ab. Für den Fall einer Verzögerung oder Ablehnung des Antrags seitens der Aufsicht liegt ein Beschluss für genehmigtes Kapital in Höhe von 200 Mio. € vor, sodass weitere Mittel kapitalstärkend eingesetzt werden könnten.

Der Fortbestand des Instituts hängt von der planungsgemäßen Umsetzung der oben dargestellten Maßnahmen zur Entlastung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf Ebene der Bremer Landesbank ab.

4 Organe der Bremer Landesbank

4.1 Mitglieder des Vorstandes sowie Generalbevollmächtigte

Vorstand	Geschäftsverteilung im Vorstand	
Ab 14.11.2016: Christian Veit (Vorsitzender)	Unternehmensbereich Banksteuerung	Stabsbereich Vorstand Finanzen Kommunikation und Marketing
Bis 02.11.2016: Dr. Stephan-Andreas Kaulvers (Vorsitzender)		Revision Risikocontrolling (bis 02.11.2016) Operations (ab 03.11.2016)
Ab 03.11.2016: Andreas Hähndel (Stellv. Vorsitzender)	Unternehmensbereich Risikosteuerung	Compliance/Geldwäscheprävention/Fraud
Bis 02.11.2016: Heinrich Engelken (Stellv. Vorsitzender)		Marktfolge Finanzierungen Operations (bis 02.11.2016) Risikocontrolling (ab 03.11.2016)
Dr. Guido Brune	Unternehmensbereich Vertrieb	Geschäftsfeld Financial Markets Geschäftsfeld Privatkunden BLB Immobilien GmbH
Björn Nullmeyer	Unternehmensbereich Vertrieb	Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen Geschäftsfeld Schiffsfinauzierungen Geschäftsfeld Firmenkunden BLB Leasing GmbH
	Unternehmensbereich Banksteuerung	Personalmanagement
Generalbevollmächtigte		
Mathias Barghoorn		
Matthias Hellmann		

4.2 Mitglieder des Aufsichtsrates

Zusammensetzung des Gremiums am 31. Dezember 2016:

Bürgermeisterin

Karoline Linnert

(Vorsitzende)

Senatorin für Finanzen,
Bremen

Minister

Peter-Jürgen Schneider

(Stellvertretender Vorsitzender)

Niedersächsischer Finanzminister,
Hannover

Thomas S. Bürkle

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover

Ursula Carl

Geschäftsführerin
ATLANTIC Grand Hotel, Bremen

Bernhard Reuter

Landrat des Landkreises Göttingen,
Göttingen

Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Prof. i. R.
Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht,
Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht
Universität Bremen, Bremen

Michael Schlüter

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Oldenburg

Frank Doods

Staatssekretär
Niedersächsisches Finanzministerium,
Hannover

Prof. Matthias Stauch

Staatsrat
Senator für Justiz und Verfassung,
Bremen

Dr. Gunter Dunkel

Vorsitzender des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Jörg Walde

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Bremen

Heinz Feldmann

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse LeerWittmund,
Wittmund

Doris Wesjohann

Mitglied des Vorstandes der
Lohmann & Co. AG, Visbek

Dr. Olaf Joachim

Staatsrat
Senatskanzlei,
Bremen

Eike Westermann

Volljurist
Bremer Landesbank,
Bremen

Andreas Klarmann

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Oldenburg

Markus Westermann

Landesbezirksfachbereichsleiter
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di, Hannover

Zusammensetzung des Gremiums vom 1. Januar bis 31. März

2017:

Thomas S. Bürkle

(Vorsitzender)
Vorsitzender des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Thomas Mang

(Stellvertretender Vorsitzender)
Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover

Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Prof. i. R.
Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht,
Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht
Universität Bremen, Bremen

Christoph Dieng

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Frank Doods

Staatssekretär
Niedersächsisches Finanzministerium,
Hannover

Heinz Feldmann

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse LeerWittmund,
Wittmund

Dr. Hinrich Holm

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Andreas Klarmann

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Oldenburg

Bernhard Reuter

Landrat des Landkreises Göttingen,
Göttingen

Bernd Sablowsky

Leiter Strategieentwicklung der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Michael Schlüter

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Oldenburg

Minister

Peter-Jürgen Schneider
Niedersächsischer Finanzminister,
Hannover

Dietmar Strehl

Staatsrat
Senatorin für Finanzen,
Bremen

Günter Tallner

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Jörg Walde

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Bremen

Doris Wesjohann

Mitglied des Vorstandes der
Lohmann & Co. AG, Visbek

Eike Westermann

Volljurist
Bremer Landesbank,
Bremen

Markus Westermann

Landesbezirksfachbereichsleiter
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di, Hannover

Zusammensetzung des Gremiums ab 31. März 2017:

Thomas S. Bürkle

(Vorsitzender)
Vorsitzender des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Günter Tallner

(Stellvertretender Vorsitzender)
Mitglied des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Christoph Dieng

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Frank Doods

Staatssekretär
Niedersächsisches Finanzministerium,
Hannover

Dr. Hinrich Holm

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover

Bernd Sablowsky

Leiter Strategieentwicklung der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Michael Schlüter

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Oldenburg

Dietmar Strehl

Staatsrat
Senatorin für Finanzen,
Bremen

Jörg Walde

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Bremen

Eike Westermann

Volljurist
Bremer Landesbank,
Bremen

Markus Westermann

Landesbezirksfachbereichsleiter
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di, Hannover

4.3 Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Zum 31. Dezember 2016 wurden folgende Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB von Angehörigen der Bremer Landesbank wahrgenommen. Dabei wurden Kreditinstitute großen Kapitalgesellschaften gleichgestellt.

Vorstandsmitglieder der Bremer Landesbank	Gesellschaft/Firma
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers (bis 02.11.2016)	EUROGATE Geschäftsführungs-GmbH & Co. KGaA, Bremen
	BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877, Bremen
	EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg
Heinrich Engelken (bis 02.11.2016)	BREBAU GmbH, Bremen
	GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen
	GSG Oldenburg Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg
Dr. Guido Brune	BREBAU GmbH, Bremen
	DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen (bis 18.08.2016)
	LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin und Hannover
Mitarbeiter der Bremer Landesbank	Gesellschaft / Firma
Mathias Barghoorn (bis 31.12.2016)	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg
Harald Groppel (bis 30.09.2016)	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg

4.4 Mutterunternehmen

Die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Hannover/Braunschweig/Magdeburg, stellt als Mutterunternehmen der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – einen Konzernabschluss für den größten Kreis auf, in den der Jahresabschluss der Bank einbezogen ist. Daneben erstellt die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – einen eigenen Konzernabschluss. Die Konzernabschlüsse werden im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Bremen, 22. März 2017

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – Vorstand




Christian Veit



Andreas Hähndel



Dr. Guido Brune



Björn Nullmeyer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.“

Bremen, 22. März 2017

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – Vorstand



Christian Veit



Andreas Hähndel



Dr. Guido Brune



Björn Nullmeyer

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn-und-Verlust-Rechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, (Bremer Landesbank) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bremer Landesbank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bremer Landesbank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bremer Landesbank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bremer Landesbank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht hin. Dort ist in dem Abschnitt 2.2, Geschäftsverlauf, aufgeführt, dass der Fortbestand der Bremer Landesbank aufgrund des erheblichen Verlusts im Geschäftsjahr 2016, der Unterschreitung der gesetzlichen Mindest-Kernkapitalquote und der nicht mehr gegebenen Risikotragfähigkeit gefährdet ist. Weiterhin werden in dem Lagebericht risikomitigierende Maßnahmen beschrieben. Der Fortbestand des Instituts hängt insofern von der planungsgemäßen Umsetzung der dort dargestellten Maßnahmen zur Entlastung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf Ebene der Bremer Landesbank ab.“

Hannover, 24. März 2017

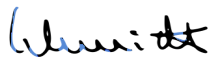
KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Bormann

Wirtschaftsprüfer



Schmidt

Wirtschaftsprüfer

Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex

Erläuterung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex wurde im Jahr 2002 durch eine von der Bundesministerin für Justiz eingesetzte Regierungskommission verabschiedet. Die derzeit gültige Fassung datiert vom 5. Mai 2015. Der Kodex verfolgt das Ziel, die in Deutschland geltenden Regeln für die Unternehmensleitung und deren Kontrolle transparent zu machen. Er enthält national und international anerkannte Standards guter und vertrauensvoller Unternehmensführung, insbesondere hinsichtlich der Leitung und Organisation eines Unternehmens, zu Kontrollmechanismen sowie zur Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Corporate Governance Kodex ist auf kapitalmarktorientierte Aktiengesellschaften ausgerichtet und somit für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts rechtlich nicht verpflichtend. Der Bremer Landesbank und ihrem Vorstand ist es jedoch ein wichtiges Anliegen, sich als verlässlicher Partner zu positionieren und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit durch Transparenz zu fördern. Aus diesem Grund hat sich die Bank dazu entschieden, sich im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung an den Grundsätzen des Kodex zu orientieren und ihr Corporate-Governance-System offenzulegen.

Allgemeines

Die Bremer Landesbank ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt. Die Bremer Landesbank hat ihren Sitz in Bremen. Sie unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 hat die NORD/LB sämtliche Anteile an der Bremer Landesbank übernommen.

Die Organe der Bank sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Trägerversammlung. Während der Vorstand die Geschäfte der Bank führt, ist es Aufgabe des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse (Risikoausschuss, Prüfungsausschuss, Nominierungsausschuss, Vergütungskontrollausschuss und Förderausschuss), den Vorstand zu bestellen, zu beraten und zu überwachen. Der Trägerversammlung obliegen insbesondere Entscheidungen von Grundsatzfragen. Der Aufsichtsrat hat sich mit Unterstützung des Nominierungsausschusses in 2016 im Rahmen einer Effizienzprüfung mit der Struktur, Größe, Zusammensetzung und den Leistungen des Vorstandes und des Aufsichtsrates selbst beschäftigt.

Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung der Bank und der vom Aufsichtsrat und der Trägerversammlung beschlossenen Richtlinien und Grundsätze für die Geschäfte der Bank sowie seiner Geschäftsordnung in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Interesse der Bank gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet.

Der Vorstand hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, wirksame Risikomanagementsysteme einzurichten, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden könnten, früh zu erkennen. Das Risikomanagement muss dabei den jeweiligen aufsichtsrechtlichen Anforderungen wie zum Beispiel des KWG sowie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht entsprechen. Ferner muss das Risikomanagement der Bank in das von der Trägerin Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – als übergeordnetem Kreditinstitut einzurichtende jeweilige gruppenübergreifende Risikomanagement- und Kreditrisikoüberwachungssystem überleitbar sein.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, falls dieser bestellt ist, und weiteren ordentlichen oder stellvertretenden Mitgliedern. Der Vorstandsvorsitzende regelt die Geschäftsverteilung im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes. Der Aufsichtsrat ist über die Geschäftsverteilung zu unterrichten. Jedem Vorstandsmitglied ist mindestens ein abgegrenzter Geschäftsbereich zuzuweisen, in dem es über Angelegenheiten des laufenden Geschäfts innerhalb der festgelegten Kompetenzen selbstständig entscheidet und einzelne seiner Entscheidungsbefugnisse auf Angestellte delegieren kann. Der Vorstand kann für bestimmte Geschäfte seine Entscheidungsbefugnisse auf ein Vorstandsmitglied übertragen oder für diesen Fall die Beteiligung eines weiteren Vorstandsmitgliedes, in der Regel des Vertreters, vorsehen.

Der Vorstand tritt regelmäßig einmal wöchentlich zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Der Vorstandsvorsitzende kann Sondersitzungen anberaumen; er ist dazu verpflichtet, wenn ein Vorstandsmitglied dies unter Angabe der Gründe verlangt. Die Sitzungen werden protokolliert, soweit der Vorstand dies im Interesse einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung für erforderlich hält.

Der Vorstand erörtert die strategische Ausrichtung der Bank mit dem Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen und berichtet ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Er berichtet zudem auf der Grundlage im Einzelnen festgelegter Informations- und Berichtspflichten regelmäßig über wesentliche Angelegenheiten der Bank, insbesondere über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, die Rentabilität der Bank und des Eigenkapitals, den Geschäftsgang, die Lage der Bank, über Geschäfte, die für die Rentabilität und die Liquidität der Bank sowie ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von erheblicher Bedeutung sein können, die Risikosituation der Bank und ihre Vergütungssysteme sowie über Maßnahmen der Konzernsteuerung des NORD/LB-Konzerns. Darüber hinaus berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat – insbesondere unter Risikogesichtspunkten – unverzüglich aus wichtigem Anlass, wenn dies für die Lage der Bank von besonderer Bedeutung ist, und bindet ihn bei grundlegenden Entscheidungen entsprechend ein.

Die Vergütung und sonstige Anstellungsbedingungen der Vorstandsmitglieder werden auf Basis der Empfehlungen des Vergütungskontrollausschusses durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Bezüge umfassen feste und variable Bestandteile und werden regelmäßig überprüft.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen. Er beschließt über die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes, die allgemeinen Richtlinien für die Geschäfte der Bank, den Vorschlag zur Unternehmensplanung an die Trägerversammlung, die Geschäftsordnung für den Vorstand, die Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Angestellten, die Bestimmung und Beauftragung des Abschlussprüfers, die Feststellung des Jahresabschlusses, den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen im Sinne des § 271 HGB sowie den Vorschlag an die Trägerversammlung für die Zustimmung zur Errichtung und Auflösung von Niederlassungen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, dass weitere Geschäfte und Maßnahmen, die für die Bank von besonderer Bedeutung sind, seiner Zustimmung bedürfen.

Aufgrund der bis zum 31. Dezember 2016 geltenden Satzung und einer in § 24 der neuen Satzung enthaltenen Übergangsregelung bestand der Aufsichtsrat bis zum 31. März 2017 aus 18 Mitgliedern, von denen zwölf Vertreter der Träger und sechs Vertreter der Arbeitnehmer waren, die nach den Vorschriften des bis zum 31. Dezember 2016 anwendbaren Bremischen Personalvertretungsgesetzes von der Belegschaft der Bank unmittelbar gewählt wurden. Den Vorsitz des Aufsichtsrates führte bis zum 31. Dezember 2016 die Senatorin/der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, den stellvertretenden Vorsitz jeweils im Wechsel von zwei Jahren der Niedersächsische Finanzminister und der Verbandsvorsteher des Sparkassenverbands Niedersachsen. Ab dem 1. Januar 2017 führte der Vorstandsvorsitzende der NORD/LB den Vorsitz im Aufsichtsrat der Bremer Landesbank, Vertreter war der Verbandsvorsteher des Sparkassenverbands Niedersachsen. In einer Sitzung am 31. März 2017 wurde der Aufsichtsrat neu gebildet. Er besteht nach der neuen Satzung nunmehr aus acht Mitgliedern, die von der NORD/LB berufen werden, und vier Vertretern der Beschäftigten, die in den Aufsichtsrat nach den Vorschriften des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes entsandt werden. Die Amtszeit beträgt auch nach der neuen Satzung vier Jahre.

Zur Unterstützung des Aufsichtsrates wurden der Risikoausschuss, Prüfungsausschuss, Nominierungsausschuss, Vergütungskontrollausschuss und Förderausschuss gebildet.

Der Risikoausschuss bestand aufgrund einer Übergangsregelung bis zum 31. März 2017 weiterhin aus zehn Mitgliedern. Bis zum 31. Dezember 2016 führte der Vorsitzende des Vorstandes der NORD/LB den Vorsitz. Dem Ausschuss gehörten ferner zwei weitere Mitglieder für die NORD/LB, die Senatorin/der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, zwei weitere Mitglieder für die Freie Hansestadt Bremen, der Verbandsvorsteher des Sparkassenverbands Niedersachsen und drei Arbeitnehmervertreter an. Stellvertretender Vorsitzender war ein von der Freien Hansestadt Bremen bestimmtes Mitglied, das der Ausschuss wählte. Vom 1. Januar 2017 bis zum 31. März 2017 war ein Vorstandsmitglied der NORD/LB Vorsitzender des Risikoausschusses, stellvertretender Vorsitzender der Verbandsvorsteher des Sparkassenverbands Niedersachsen. Sonstige Mit-

glieder des Risikoausschusses in diesem Zeitraum waren weitere vier Vertreter der NORD/LB, der Niedersächsische Finanzminister sowie drei Arbeitnehmervertreter. Ab dem 31. März 2017 gehören dem Risikoausschuss nur noch sechs Mitglieder an, zwei davon sind Beschäftigte der Bremer Landesbank, die auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt werden. Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat zur aktuellen und zur künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der Bank und unterstützt ihn bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch die obere Leitungsebene. Der Risikoausschuss hat in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere die Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates bei der Beratung und Überwachung der Geschäftsführung der Bank wahrzunehmen.

Der Prüfungsausschuss bestand bis zum 31. Dezember 2016 aus sechs Mitgliedern, und zwar aus je zwei Vertretern der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – und der Freien Hansestadt Bremen, dem Verbandsvorsteher des Sparkassenverbandes Niedersachsen sowie einem dem Aufsichtsrat angehörenden Beschäftigten der Bank, der auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt wurde. In der Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. März 2017 gehörten zu den sechs Mitgliedern des Prüfungsausschusses vier Vertreter der NORD/LB, der Verbandsvorsteher des Sparkassenverbandes Niedersachsen und ein Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat. Ab dem 31. Januar 2017 besteht der Ausschuss weiterhin aus sechs Mitgliedern, davon jetzt zwei Beschäftigte der Bank, die auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt werden. Mindestens ein Mitglied des Prüfungsausschusses muss über Sachverstand auf den Gebieten der Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses muss über Sachverstand auf den Gebieten der Rechnungslegung und der Abschlussprüfung verfügen. Der Prüfungsausschuss berichtet dem Aufsichtsrat auf der Grundlage der Berichte der Abschlussprüfer über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses. Dem Prüfungsausschuss obliegen außerdem die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionsystems und des Risikomanagementsystems, die Überwachung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses, die Überprüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der von diesem für die Bank erbrachten zusätzlichen Leistungen.

Der Nominierungsausschuss bestand bis zum 31. Dezember 2016 aus sieben Mitgliedern, und zwar aus dem Vorsitzenden des Vorstandes der NORD/LB, der Senatorin/dem Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, dem Verbandsvorsteher des Sparkassenverbandes Niedersachsen, einem von der NORD/LB benannten Aufsichtsratsmitglied, einem weiteren Mitglied des Aufsichtsrates, zu benennen von der Freien Hansestadt Bremen, sowie zwei Arbeitnehmervertretern aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat. Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz entsprachen der Besetzung des Risikoausschusses. In der Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. März 2017 setzte sich der Nominierungsausschuss aus vier Mitgliedern des Vorstandes der NORD/LB, dem Verbandsvorsteher des Sparkassenverbandes Niedersachsen sowie zwei Arbeitnehmervertretern zusammen. Seit dem 31. März 2017 besteht der Ausschuss nur noch aus sechs Mitgliedern, davon zwei Beschäftigte der Bank, die auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von

diesem gewählt werden. Der Nominierungsausschuss unterstützt den Aufsichtsrat insbesondere bei der Ermittlung von Bewerbern für die Bestellung als Vorstandsmitglied und bei der Vorbereitung von Wahlvorschlägen für die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrates sowie bei der regelmäßig, mindestens einmal jährlich, durchzuführenden Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstandes und des Aufsichtsrates und spricht diesbezügliche Empfehlungen aus.

Der Vergütungskontrollausschuss bestand bis zum 31. Dezember 2016 aus sieben Mitgliedern, und zwar aus dem Vorsitzenden des Vorstandes der NORD/LB, der Senatorin/ dem Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, dem Verbandsvorsteher des Sparkassenverbandes Niedersachsen, einem von der NORD/LB benannten Aufsichtsratsmitglied mit ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling, einem weiteren Mitglied des Aufsichtsrates, zu benennen von der Freien Hansestadt Bremen, sowie zwei Arbeitnehmervertretern aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat. Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz entsprachen der Besetzung des Risikoausschusses. In der Zeit vom 1. Januar 2017 bis zum 31. März 2017 setzte sich der Vergütungskontrollausschuss aus vier Mitgliedern des Vorstandes der NORD/LB, dem Verbandsvorsteher des Sparkassenverbandes Niedersachsen sowie zwei Arbeitnehmervertretern zusammen. Seit dem 31. März 2017 besteht der Ausschuss nur noch aus sechs Mitgliedern, davon sind zwei Beschäftigte der Bank, die auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt werden. Der Vergütungskontrollausschuss überwacht insbesondere die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme und bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrates über die Vergütung und die übrigen Anstellungsbedingungen der Vorstandsmitglieder vor und berücksichtigt dabei besonders die Auswirkungen auf das Risikomanagement der Bank.

Dem Förderausschuss gehörten bis zum 31. Dezember 2016 der Vorsitzende des Aufsichtsrates, ein vom Aufsichtsrat aus seiner Mitte zu wählendes Mitglied aus dem Geschäftsgebiet der Bank sowie ein vom Vorsitzenden des Risikoausschusses zu benennendes Mitglied an. In der Zeit vom 1. Januar 2017 bis zum 31. März 2017 setzte sich der Ausschuss aus drei Mitgliedern des Aufsichtsrates zusammen. Seit dem 31. März 2017 gehören dem Ausschuss vier Mitglieder an. Er berät den Vorstand in dem diesem von der Trägerversammlung zugewiesenen Rahmen über die Förderfähigkeit der Bank durch Spenden und Sponsoring.

Trägerversammlung

Träger der Bremer Landesbank sind bis zum 31. Dezember 2016 zu 54,8343% die NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, zu 41,2% das Land Bremen und zu 3,9657% der Sparkassenverband Niedersachsen. Jeder Träger kann bis zu drei Vertreter in die Trägerversammlung entsenden. Das Stimmrecht richtet sich nach den Kapitalanteilen der Träger. Die Vertreter jedes Trägers können ihre Stimme nur einheitlich abgeben. Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 hat die NORD/LB sämtliche Anteile an der Bremer Landesbank übernommen.

Die Trägerversammlung entscheidet über die allgemeinen Grundsätze der Geschäftspolitik, die Änderung der Satzung, die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Änderung des Beteiligungsverhältnisses, die Aufnahme sowie die Festsetzung der Höhe und der Bedingungen sonstigen haftenden Eigenkapitals, den Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen, die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates, die Zustimmung zur Errichtung von Niederlassungen und Filialen, die Unternehmensplanung für das jeweils folgende Geschäftsjahr und die Mehrjahresplanung, die Festsetzung der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates, der Ausschüsse und Beiräte sowie über alle sonstigen Angelegenheiten, die ihr in der Satzung zugewiesen sind.

Interessenkonflikte

Die Vorstandsmitglieder unterliegen während ihrer Tätigkeit für die Bank einem umfassenden Wettbewerbsverbot.

Es ist die Aufgabe der Aufsichtsratsmitglieder, den Vorstand zu beraten und zu überwachen. Die Aufsichtsratsmitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Organmitglieder und Mitarbeiter dürfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendungen oder sonstige Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren. Ferner darf kein Organmitglied bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Mögliche Interessenkonflikte sind dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offenzulegen.

Alle Geschäfte zwischen dem Unternehmen einerseits und dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie dessen Ausschüssen sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits haben branchenüblichen Standards zu entsprechen.

Die Übernahme von Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder, insbesondere der Eintritt in Organe oder Beiräte anderer Unternehmen, bedarf der Einwilligung des Gesamtvorstandes. Die Übernahme eines Mandats bei einem Unternehmen, an dem die Bank nicht direkt oder indirekt beteiligt ist, bedarf zusätzlich der Zustimmung des Aufsichtsrates. Zudem unterrichtet der Vorstand den Aufsichtsrat und den Risikoausschuss einmal jährlich über die Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder.

Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Bank bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die Vorstandsmitglieder haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Verletzen die Vorstandsmitglieder ihre Pflichten, sind sie der Bank zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Für die Sorgfaltspflicht und die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats gilt dies entsprechend.

Impressum

Herausgeber

Bremer Landesbank

Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –